Antifaschistisches INFO BLATT

26

März/April 1994 5,- DM

Großer Schwerpunkt: Innere Sicherheit (u.a. mit Briefbomben in Österreich; Zusammenarbeit Staat-Nazis; Anti-Antifa der Militanten und der Konservativen)

Die Neue Rechte: »Bund freier Bürger«

Nazi-Rock: »Moderne Zeiten«

Roma in Europa

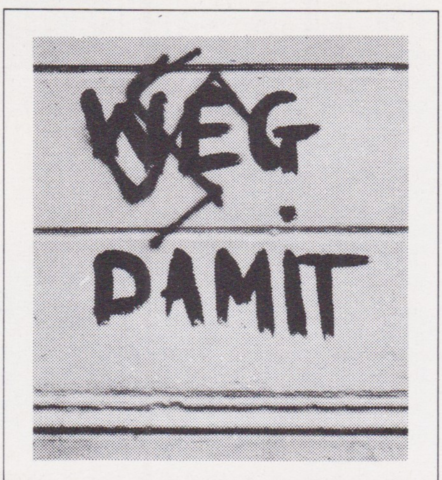
Situation in Italien



BOMBEN

für einen starken Staat!

4xw 60



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 26, März/April 1994

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postgiro Berlin, BLZ 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM (Ausgabe 26)

Abo: 30,- DM/Jahr (siehe Seite 51)

Aus dem Inhalt

Liebe Antifas,
FreundInnen und GenossInnen!

Unser Heft ist mit dem Schwerpunkt »Innere Sicherheit« wieder einmal umfangreicher geworden, als es der übliche Preis von 4,- DM zuläßt. Im Konflikt, entweder wichtige Artikel rauszuschmeißen, oder pleite zu gehen, haben wir uns dieses Mal entschieden, ein umfangreicheres Heft für den Preis von 5,- DM heraus zu geben.

Einen Überblick über den Schwerpunkt findet Ihr auf der nächsten Seite, für die Erwähnung weiterer Artikel reicht der Platz an dieser Stelle nicht. Im Lay-Out gibt es eine Änderung: Ab jetzt gibt es wieder am oberen Seitenrand den Namen des jeweiligen Kapitels. Wir hoffen, daß die Leserei so übersichtlicher wird.

In der nächsten Ausgabe wollen wir uns schwerpunktmäßig mit dem bevorstehenden Prozeß gegen die fünf inhaftierten Berliner Antifas beschäftigen. Vorab findet Ihr in dieser Ausgabe ein Interview mit zwei Leuten aus der UnterstützerInnengruppe. Bei diesem Thema wollen wir Euch noch mal ausdrücklich darum bitten, dem Spendenaufruf eine große Beachtung zu schenken (s.S.32). Es wird verdammt viel Geld benötigt!!!

Einen Artikel über den niedersächsischen FAP-Karrieristen Thorsten Heise mußten wir leider aus Platzgründen, trotz bereits erweitertem Umfang, auf die nächste Ausgabe verschieben.

Eure Redaktion

Innere Sicherheit 1994: Bomben und Wahlen

Die Briefbombenanschläge in Österreich sind ein Vorgeschmack für den neuen Kurs der Nazis im Jahr der inneren Sicherheit. Vieles deutet darauf hin, daß Österreich Testgebiet der Neonazis und der Hardliner im Sicherheitsapparat ist, Parallelen zur Bundesrepublik gibt es in Hülle und Fülle.

Es handelt sich bei den Briefbombenattentätern um Mitglieder der selben Organisationsstruktur der Neonazis, wie in Deutschland, eskalierter Terror ist die Antwort auf Repression durch den Staatsapparat. Die Auswahl der BriefbombenempfängerInnen entspricht der unter dem Stichwort »Anti-Antifa« vertretenen Strategie der Nazikader. Auch im Nachbarland stehen dieses Jahr entscheidende Abstimmungen ins Haus: Regionalwahlen, Nationalratswahlen und schließlich der Volksentscheid über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

Die Anschläge schaffen ein politisches Klima der Bedrohung und nützen rechten politischen Kräften. Die durch die Anschläge ausgelöste Hysterie wurde von den Hardlinern im Sicherheitsapparat benutzt, um nun auch im Nachbarland dem »großen Bruder« BRD nachzueifern und den großen Lauschangriff zu fordern.

Nach der Analyse, der uns zugänglichen Quellen, sehen wir die Vorbereitungen für eine Neuauflage des Paktes zwischen Teilen der Konservativen und Neonazis, wie er während der Kampagne zur Beseitigung des Asylrechts, quasi geschlossen war. Als das Pogrom von Hoyerswerda durch die Polizei ermöglicht wurde, drohte soziale Unzufriedenheit gegen die Regierung Kohl zu eskalieren. Als das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen angezettelt wurde, benötigte die Regierung Kohl ein letztes Druckmittel für die Beseitigung des Asylrechts.

Heute, wo die Regierung Kohl ihr Heil in der Kampagne zur inneren Sicherheit sucht, drohen Anschläge von Neonazis, die ein Klima der inneren Bedrohung schaffen sollen.

Es droht eine Wiederholung der Wahlkampfstrategie der Franz-Josef Strauß-Anhänger im Jahre 1980. Damals hieß es »Freiheit statt Sozialismus« und Neonazis ermordeten mit einer Bombe auf dem Münchener Oktoberfest 13 Menschen. Nur durch Zufall kam der Attentäter dabei ums Leben , er war Mitglied der 'Wehrsportgruppe Hoffmann', Bestandteil der illegalen NSDAP. Zuerst wurde ausschließlich nach »linken« Attentätern gesucht. Der Plan mit einer »Strategie der Spannung«, eine Angst in der Bevölkerung vor »linken Chaoten« und damit den Ruf nach einem »starken Staat« zu erzeugen, scheiterte.

Im Superwahljahr 1994 rüsten die Neonazi-Kader zum Terror, verbreiten detaillierte Handbücher zum Bombenbau und schwören ihre Mitglieder auf den Bürgerkrieg gegen ihren innenpolitischen Feind ein. Unter dem Stichwort »Anti-Antifaschismus« wird zum Angriff auf all jene geblasen, die der Meinung sind, daß auch Deutschland ein Einwanderungsland ist. Der Nazi-Organisator Christian WORCH droht mit Aktionen zur Bundestagswahl, das Spektrum welches den Terror anordnet und ausführt ist offensichtlich und LeserInnen antifaschistischer Zeitungen wohlbekannt.

Auffällig sind die grenzübergreifenden Parallelen zwischen der Aufklärungsarbeit gegen die österreichischen Briefbombenbauer und gegen die deutschen Hersteller der Anti-Antifa-Broschüre 'Einblick': Die Festnahmen kamen nur durch antifaschistische Recherche zustande, während die Bundesanwaltschaft vorgab im Nebel zu stochern. Auffällig ist, daß die Briefbombenattentäter heute und die Attentäter vom Oktoberfest aus dem selben Geflecht von NS-Organisationen stammen. Auffällig ist, daß seit über 10 Jahren jeweils die offen auftretenden Vorfeldorganisationen verboten werden, aber die eigentliche Kaderstruktur im Hintergrund unberührt bleibt.

Im Superwahljahr 1994 sucht die CDU/CSU ihr Heil in der Debatte um die Innere Sicherheit und führt den Wahlkampf mit StaSi-Akten. Es ist der letzte Rettungsanker der Union die Macht in Bonn zu halten. Mangels eigener positiven Themen wird versucht gerade die SPD des »Landesverrats« zu bezichtigen, bei der nationalen Politik der GenossInnen ist das schon einen Lacher wert. Bundesinnenminister Kanther und der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble setzen alles daran, ein Klima des drohenden Staatsnotstandes an die Wand zu malen. Der Eine bereitet mit den neuen Sicherheitsgesetzen den Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates vor, der Andere fordert den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Zur Verschärfung des politischen Klimas ist der Union jedes Thema recht: »Ausländerkriminalität«, militante Serben, die PKK, die russische Mafia, Neonazis und last but not least AntifaschistInnen.

Wir geben Herrn Kanther an dieser Stelle recht – es gibt ein Problem der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik. Das sind die Kräfte, die die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock ermöglicht haben, das sind die Kräfte im Sicherheitsapparat, die mit den Nazis sympathisieren, Mitglied ihrer Organisationen sind, ihre Umtriebe begünstigen – das sind die Kräfte, die Nazi Strukturen decken und nach dem altbekannten Motto der rechten Union verfahren: »Man darf bei der Auswahl seiner Hilfstruppen nicht zimperlich sein!« (Franz-Josef Strauß als bayrischer Ministerpräsident)

Wir sehen eine Gefahr, aber wir sehen auch, daß Vieles, das geheim bleiben sollte, bekannt geworden ist, weil nicht alle den offiziellen Verlautbarungen geglaubt hatten. Wir sehen auch, daß es Viele gibt, die sich nicht einschüchtern lassen und wir finden es wichtig den Spieß der Inneren Sicherheit umzudrehen:

Das Problem der inneren Sicherheit liegt im Bereich zwischen FAP und CDU/CSU.

Die Recherchen zu den Hintermännern der Briefbomben brachten es zu Tage. Was zu Anfang »bloß« nach Verharmlosung von Faschisten durch offizielle Stellen aussah, ergibt mittlerweile ein viel krasseres Bild: berufsmäßige Verschleierung von Faschoaktivitäten, eine Polizeieinheit, bei der Rechtsradikale den Ton angeben, Faschisten mit Zugang zu Melderegister und zum zentralen Waffenlager des Bundesheeres, Faschisten als Polizeispitzel und Polizisten als Faschistenspitzel.

Die GdNF bombt in Österreich

Pünktlich zum Beginn der »Internationalen Rechtskampfwoche« explodierten vier Briefbomben in Österreich, sechs weitere konnten entschärft werden. Die rechte Solidaritätswoche, organisiert aus dem GdNF-Spektrum, richtete sich gegen die Organisationsverbote und die Verurteilung des österreichischen VAPO-Führers Gottfried Küssel. Die ersten Briefbomben gingen am 3.12.93 hoch. Die EmpfängerInnen hatten Position gegen die Ausländer-raus-Politik bezogen und sich damit zum Haßobjekt der Faschisten gemacht.

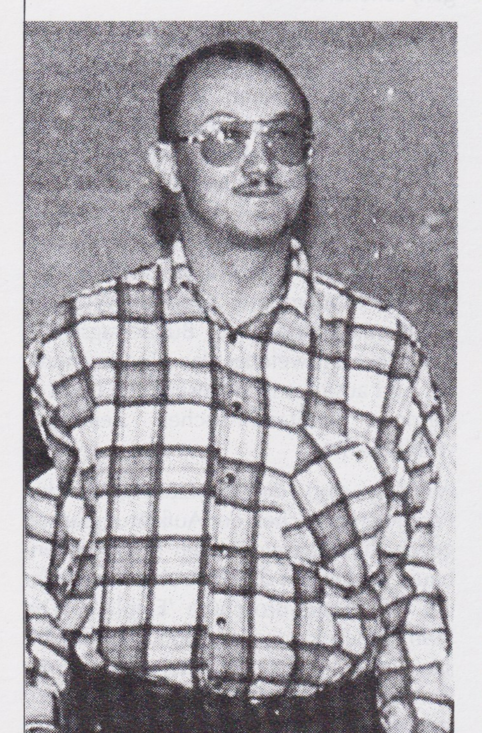
Unterschrieben waren die Bekennerschreiben mit *»Wir wehren uns. Graf Ernst Rüdiger von Staremberg.«*. Der Graf hatte bei der Belagerung Wiens 1633 durch türkische Truppen die Verteidigung organisiert. Sein Nachfahre gleichen Namens war am Hitlerputsch 1923 beteiligt und Führungsperson der austrofaschistischen Heimwehren 1934 gewesen.

Dies hinderte die Ermittlungsbehörden nicht daran, die Öffentlichkeit auf Serben und Bosnier als mögliche Täter in Österreich einzustimmen, auch noch, als mit »von Staremberg« unterschriebene Briefe gefunden wurden. Der Chef der Staatspolizei erklärte, die faschistische Szene sei »zu blöd« für eine logistisch so komplizierte Aktion[1]. Mittlerweile ist nachvollziehbar, wie der Stapo-Chef zu seiner Einschätzung kam.

Die Staatspolizei hatte nämlich einen – es ist offensichtlich nicht der einzige – »Vertrauensmann« in der VAPO, dem österreichischen Zweig der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Sein Name ist in den Akten zur Schändungsaktion am Jüdischen Friedhof[2] zu finden. Nach den ersten Explosionen befragte die Staatspolizei ihren Spitzel, ob denn die österreichischen Faschos zu solch einer Aktion in der Lage wären. Das »Nein« des Faschisten schien dem Stapo-Chef gereicht zu haben, um voller Inbrust die Täter in Immigrantenkreisen zu suchen.

Die erste Festnahme – Zufall

Die entscheidende Festnahme war nicht dem Fahndungseifer der österreichischen Behörden zuzuschreiben. Eine Zeugin, Kioskverkäuferin, konnte eine gute Beschreibung der Person liefern, die einige Tage zuvor zahlreiche 7-Schilling-Marken mit dem Motiv, das sich auf den Briefbomben befand, gekauft hatte. Das mit diesen Angaben angefertigte Phantombild wies eine auffallende Ähnlichkeit mit dem VAPO-Kader Peter Binder auf, stellten die Ermittler fest. Dennoch hatte Binder bei seiner Ausreise keine Probleme; die österreichischen Zollbeamten in Haugsdorf waren nicht vom Innenministerium informiert worden. Kurz darauf meldeten aber die Beamten einer Grenzübergangsstelle



Peter Binder – ein Aufsteiger in der VAPO

Binder, 26 Jahre, ist Elektroingenieur und in der Abteilung Regeltechnik und Automation der Computerfirma Honeywell Austria GmbH beschäftigt.

Binder war als Ordner auf der Hess-Demo 1992 zu sehen. Er war des öfteren in Berlin gewesen, hat auch guten Kontakt zu Nazis in Dresden, berichtet ein VAPO-Kamerad: *»Der Binder und der Priem kennen sich vom öfteren Sehen.«*[6] Profil schreibt, daß Binder der Kontaktmann einer NS-Zelle, somit zuständig für die Kontakte zu anderen Zellen war. Damit hatte er sich im Hintergrund zu halten und die Verbindung im europaweiten Kadernetz der GdNF bzw. der NSDAP/AO zu gewährleisten. Erst mit der Verhaftung Reinthalers (»Gauleiter von Salzburg«) rückte er aus dem Hintergrund zum »Kaderleiter« auf. Die wichtigen Entscheidungen der VAPO traf nun eine gemeinsame Führung bestehend aus Radl, Endres, Sascha Kaspar.

Priem soll er laut Profil wiederholt gewarnt haben, mit dessen auffälligem Opel Omega, ein Geschenk Worchs, bei Österreich-Reisen vorzufahren Auch der Brandenburger VS weiß mehr über Binder. Die Behörde verfügt offenbar über genauere Informationen über einen geplanten Überfall auf eine russische Kaserne.

in Tschechien einen dicken Fang an die österreichische Kollegen: Sie hatten Binder auf dem Weg nach Berlin festgesetzt, in seinem Audi 80 befanden sich 13 Gewehre, 5 Pistolen, ein Bajonett sowie Substanzen zur Nitroglycerin-Herstellung. Außerdem ein weißes Briefcouvert, das mit den Sprengstoffbriefen identisch sein soll[1] und ein Adreßbuch, das Namen und Telefonnummern deutscher Naziführer enthielt.[3] Der bundesdeutsche Verfassungsschutz geht davon aus, daß Binder zusammen mit deutschen Nazis eine russische Kaserne in der BRD zwecks Waffenbeschaffung überfallen wollte.[4]

Bei anschließenden Hausdurchsuchungen in zwei Wohnungen Binders wurden Bestandteile der gleichen Art gefunden, wie sie auch zum Bau der Briefbomben benutzt wurden. Im Wochenendhaus der Schwiegereltern Binders in Niederösterreich entdeckte die Polizei ein riesiges Waffenlager, die bisher »umfassendste Ansammlung von Kampf*mitteln«*, die der Polizei nach dem II.Weltkrieg untergekommen ist.[5] Das Wiener Magazin Profil zählt auf: *»unzählige Waffen (Sturmgewehre, Pistolen, Maschinengewehre etc.); Panzerfäuste, Handgranaten, Kampfanzüge, Stahlhelme und anderes Kriegsmaterial. Dazu: 20 Kilo TNT, ausreichend, um ganze Häuser in die Luft zu sprengen.(...) Außerdem wurden leere Patronenhülsen gefunden – ein Beweis dafür, daß die Kameraden aktiv waren.«*[6] Die Waffen stammen aus Beständen des Zweiten Weltkriegs, des Bundesheeres und aus Kroatien. Eine nach den Waffenfunden eingeleitete Großrazzia war ohne Erfolg, die VAPO-Größen waren wohl vorgewarnt worden.

Ein weiteres Indiz bringt Binder und die VAPO möglicherweise mit dem Herstellungsort des Nitroglycerins in Verbindung. Die Wohnung des eingeknasteten VAPO-Chefs Küssel wurde auch nach seiner Verhaftung weiter als Organisationszentrale genutzt. Offizieller Untermieter ist Küssels Statthalter Gerd Endres, bis auch er in den Knast wanderte. Binder rief die Nachbarn an, nachdem die Badewanne in Küssels Wohnung übergelaufen war und versprach, den Schaden umgehend zu beheben. Nun ist in einschlägigen Nazi-Bombenbauanleitungen nachzulesen, daß sich für das Nitroglycerin ein temperaturkonstantes Wasserbad in der Badewanne empfiehlt – ohne Temperaturschwankungen am besten unter laufendem Wasser zu erreichen...[7]

Die Achse Wien – Berlin

Weitere Briefbomben sollten laut Polizeiaussage auch in die BRD verschickt worden sein, Funde wurden jedoch nicht vermeldet. Binders Waffen- und Nitrotransport nach Berlin weist darauf hin, daß allem Anschein für hier ähnliches geplant war. Einen starken BRD-Bezug gibt es für die österreichische Szene eh. Die österreichische VAPO ist eine Teilorganisation bundesdeutscher Nazis, wichtige Führungspersonen der deutschen NS-Szene wie der Berliner Faschist Priem sind in Binders Adreßbuch zu finden.

Die österreichische Presse berichtete, daß der Berliner GdNF-NSDAP/AO-Kader Arnulf Priem zwei Stunden nach der ersten Bombenexplosion in der Wiener U-Bahn gesehen wurde, was dieser vehement abstreitet. Seine Anwesenheit in Wien, die kein Hinweis auf seine Verwicklung in die Attentate sein muß, ist aber alles andere als unwahrscheinlich. Nach Küssels und Reinthalers Verhaftung ist die Personaldecke auf der GdNF-Führungsebene in Österreich dünn geworden. Priem dementierte in einem Kurier-Interview, jemals in Österreich gewesen zu sein und Binder sowie den zweiten Verhafteten Andreas Wolfert zu kennen. Doch die entgegengesetzte Version gibt ein VAPO-Angehöriger und Binder-Freund, der gegenüber dem PROFIL[6] äußerte, daß Priem und Binder sich des öfteren gesehen hätten. Zudem war Binder mehrere Male in Berlin gewesen, auch in dem besetzten Fascho-Haus in der Weitlingstr.; unwahrscheinlich also, daß er da nicht mit Priem zu tun gehabt hatte.

So leicht ist die Aussage der Wiener Zeugen in der U-Bahn auch nicht vom Tisch zu wischen. Diesen war schon vorher bekannt, wie Priem aussieht, zudem verwiesen sie auf seine obligatorische Eva-Braun-Plakette, die er mal wieder angeheftet hatte.

Zwei Verkäuferinnen in einem Berliner Elektrogeschäft sollen ausgesagt haben, daß Priem Elektronikbauteile im Oktober '93 bei ihnen gekauft hätte. Priem bestreitet dies, er könne sogar noch die Rechnungen vorweisen. »*In Wahrheit habe ich einen CD-Ständer und eine Armbanduhr für meine Freundin gekauft.«*[8]

Einen weiteren Hinweis gibt Profil vom 20.12.93. Am 1. Dezember habe in Österreich ein Treffen zwischen Honsik und anderen Neonazis stattgefunden, zwei Tage, bevor die ersten Briefbomben hochgingen. In Polizeikreisen wird vermutet, daß Honsik mit Priem Anfang Dezember im südlichen Niederösterreich zusammentraf.

Ein weiterer Berliner und enger Honsik-Freund könnte diesen getroffen haben, es gibt Hinweise für einen möglichen Aufenthalt Ekkehard Weils in Österreich. Weils Name wurde im Zusammenhang

Skandale über Skandale begleiten die Fahndung in der Briefbombensache von Anfang an!

Skandal Nr. 1

Nach den ersten explodierten Briefbomben legt die Staatspolizei die falsche Fährte »Serben«. Andere Tätermutmaßungen des Stapo-Chefs Kessler: ein geistesgestörter älterer Mann, dann ein rachsüchtiger Türke – was natürlich zu gerne von der Boulevardpresse aufgegriffen wurde.

Ein großer Lauschangriff wird gegen tausende Telefone von jugoslawischen Staatsangehörigen gefahren. Neuauflage der »Serben-These« kurz vor Weihnachten. Der Funkspruch »bis 24.12. muß Schüller nachjustiert werden« (beim Caritas-Präsident Schüller konnte die Briefbombe entschärft werden) kam nachweislich aus Zagreb, wohin ein wegen der Briefbomben gesuchter österreichischer Nazi geflüchtet war. Dennoch behauptete das Innenministerium wider besseres Wissen, der Funkspruch stamme aus Belgrad.

Skandal Nr. 2

Nach der Festnahme Binders ist klar, daß die VAPO beteiligt ist. Es folgt kein Benennen, geschweige denn ein Aufrollen der VAPO-Struktur. Die GdNF oder NSDAP/AO ist ein Fremdwort für die österreichischen Behörden.

Binder kann trotz Großfahndung mit einem Auto voll Waffen ungehindert die österreichische Grenze passieren. Einer der Gesuchten, Albert Ewald Stieber kann sich zum Weißen Arischen Widerstand (VAM) nach Schweden absetzen. Ein weiterer kann nach Zagreb verschwinden.[9]

Skandal Nr. 3

Interna aus der Stapo frisch auf den Tisch der Nazis: Ein FPÖ-Personalvertreter aus der Abteilung »Rechtsextremismus« informiert die Nazis über von der Polizei eingeschleuste Spitzel.

Nazis waren vor anstehenden Hausdurchungen gewarnt. Der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit: »*Ich muß mir aber verkeifen, zu sagen, von wem die Warnungen gekommen sind.«*[12]

Skandal Nr. 4

Es ist bekannt, daß Küssels Wohnung nach dessen Verhaftung weiterhin als Organisationszentrale dient. Küssels Stellvertreter, Gerd Endres, hält sich dort ständig auf. In der Wohnung lagerten unter dem Fußboden kiloweise Papiere und Waffen, die erst bei einer Hausdurchsuchung Wochen nach den Anschlägen gefunden wurden.[9]

Skandal Nr. 5

Teilweise wurde die Identität von Belastungszeugen enthüllt, so daß diese um ihr Leben fürchten müssen.

mit den Briefbomben von österreichischen Zeitungen ins Gespräch gebracht, schließlich ist er in der »Ostmark« kein Unbekannter. Wegen einer ähnlichen Bombenkampagne fing er sich 1982 in Wien eine fünfjährige Haftstrafe ein; neben ihm auf der Anklagebank saß übrigens Gottfried Küssel.

Die VAPO-Führungsetage in Haft

In den frühen Morgenstundes des 14. Dezembers nahm die Polizei Franz Radl jun. und sen. fest. Mit Vater Radl, Chemotechniker und einst Pächter eines Bahnhofskiosks mit ausschließlich faschistischen Zeitungen[9], hoffte die Staatspolizei, das »Bombenhirn« gefunden zu haben. Aufgrund der komplizierten Bauweise der Bomben gingen sie von einem älteren Bastler aus, der nicht unbedingt selber Mitglied in einer Faschoorganisation sein müsse. Radl sen. war aber schon kurz darauf wieder auf freiem Fuß, im Gegensatz zu seinem Sohn, der es kaum schaffen wird, eine Beteiligung an den Bomben zu widerlegen.

Als das Haus der Radls durchsucht wurde, war alles penibel auf- und ausgeräumt. Die Hausdurchsuchung kam nicht überraschend. Dennoch wurde die Polizei fündig. Ein Zettel mit dem Schema der Bombenkonstruktion, in einem Buch eingelegt, war offenbar bei der Aufräumaktion übersehen worden.



Hans Jörg Schimanek jun. (links) und Gottfried Küssel (rechts) bei einer Provokation vor dem Café Westend in Wien am 21.3.1987

Was sich VAPO-Kader alles erlauben können:

Reinhard KOVAR, Zeitsoldat beim Bundesheer, passenderweise im zentralen Waffenlager, ist aktiver Faschist (firmierte als »Gaubeauftragter« von Wien). Ähnlich wie bei dem Berliner GdNF-Kader Arnulf Priem kann sein ungehindertes Agieren eigentlich nur mit einem intimen Verhältnis zu den Sicherheisbehörden erklärt werden.

Hans Georg LEY war einer der im Dezember Verhafteten. Mit Vergangenheit im Südtirol-Terrorismus, ex-Mitglied der rechtsradikalen Innsbrucker BURSCHENSCHAFT BRIXIA, gute Kontakte zu süddeutschen Neonazis. Seine Frau ist beschäftigt bei der Bundespolizeidirektion Wien – und hat Zugang zum Melderegister!

Als das Auto des »Gauleiters« von Salzburg, Günther RHEINTALER, am 3. Oktober 1990 in Berlin angezündet wurde, fand die Polizei darin eine Maschinenpistole, 390 Schuß Munition, eine 9-mm-Pistole, eine Schrotgewehr und einen Paß Reinthalers auf den Namen »Hrouda« mit Einreisestempeln aus Südamerika.

Als der (inzwischen ausgestiegene) Berliner Nazi Ingo HASSELBACH Aussagen bei der Polizei machte, bekam VAPO-Chef Küssel diese zugespielt.

Das Waffenlager bei Binder ist der zweite Fund im Umfeld von Gottfried KÜSSEL. Kurz nach seiner Verhaftung Januar 1992 nahm die Polizei die WEHRSPORTGRUPPE TRENCK hoch. Die WSG hatte ihre Räumlichkeiten inkl. Schießstand bei der AFP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik, die eine Scharnierfunktion in der faschistischen Szene in Österreich innehat). Küssel war öfters »Ehrengast« bei den WSG-Versammlungen und nahm auch schon mal an den Geländeübungen teil.

Die Polizei beschlagnahmte Maschinenpistolen, Wehrmachtskarabiner, Faustfeuerwaffen, Granaten, Rohrbomben und ein Gewehr mit Laserzielgerät. Die Anführer dieser Gruppe, Hermann Ussmer-Romer und ein 21jähriger Angestellter brauchten für dieses stattliche Arsenal nur zwei Monate in U-Haft verbringen, obwohl Ussner als ehemaliges Mitglied der verbotenen KAMERADSCHAFT BABENBERG und von Honsiks VOLKSBEWEGUNG eindeutig dem faschistischen Lager zuzuordnen ist. Ein Verfahren wegen »staatsfeindlicher Verbindung« und NS-Wiederbetätigung ist noch im Gange.

Im Prozeß wurden Küssel nur seine Fernsehauftritte vorgehalten. Nicht nachgehakt wurde bei der Struktur oder den Finanzen der Organisation. Nach Küssels Verhaftung im Januar 1991 hatte PROFIL ein Fax von NSDAP-Auslandsleiter Lauck an Küssel veröffentlicht. Darin wurde von einem 500.000 DM-Projekt gesprochen, das noch gemeinsam mit Kühnen vereinbart worden war. Im Prozeß keine Erwähnung davon.

Schieß- und Sprengübungen wurden auch noch letztes Jahr in einem ehemaligen KZ-Stollen durchgeführt. ■

»Immerhin schützen diese Rechtsextremisten die inländische Bevölkerung«

Seit Mai 1993 kursiert auf den Wiener Wachstuben und selbst in den internen Dienststellen ein Flugblatt *»An die lieben Kollegen«* einer NOTWEHRGEMEINSCHAFT DER SICHERHEITSBEAMTEN, bewußt abkürzt als NS. Das Flugblatt beginnt mit den Arbeitsbelastungen, der schlechten Bezahlung und den fehlenden Möglichkeiten, die Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Nach dieser Einleitung versichern die Autoren, nach den *»Ursachen geforscht«* und *»Spurensicherung«*(man ist ja unter Kollegen!!) betrieben zu haben.

Zielgruppe ihrer Angriffe sind acht Personen, die von der Regierung bei der Novelle des NS-Verbotsgesetzes als BeraterInnen fungierten, darunter auch Simon Wiesenthal. Die übliche faschistische Verschwörungstheorie, alle stekken unter einer Decke: die Regierung, die organisierte Kriminalität, und versammelt in jedem einzelnen der acht Haßobjekte die Dreieinigkeit von Jude/Kommunist/Freimaurer. Nach dieser erfolgreichen *»Spurensicherung«* ist das übliche faschistische Jammerlied über die Verfolgung von *»sogenannten 'Rechtsextremisten'«* durch staatliche Stellen dran. Man könne hinter Gittern verschwinden, bloß wegen der Forderung nach Beweisen für die *»Existenz angeblicher »Gaskammern« im Dritten Reich«*. Das *»bloße Bekenntnis des Nationalsozialismus«* bringe Küssel (offenbar auch nur so ein »sogenannter Rechtsextremist«) bereits 1 1/2 Jahre U-Haft, ganz zu schweigen von der *»menschenrechtswidrigen Behandlung«* des Günther Reinthaler (schon wieder ein »sogenannter« – der »Gaubeauftragte« für Salzburg und Niederösterreich). Die Autoren dieses NS-Flugblattes sind sich gewiß, daß *»diese »Rechtsextremisten« immerhin für Recht und Ordnung, für den Schutz der inländischen Bevölkerung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive eintreten«*.

Am Schluß läßt die *»Berufsehre«* und die *»Überzeugung als Vertreter von Recht und Ordnung«* gebieten, sich *»in den Dienst unseres Volkes zu stellen«*. Dies geschieht dadurch, daß sie nicht mehr für die Sicherheit der *»Umvolkungspolitiker«* einstehen. Die haben *»durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit ihrer Person verwirkt«*. Sie betonen im Schlußsatz, daß dies auch bestimmte Richter und Staatsanwälte einschließe.

Ein erstes Flugblatt der NS gab es bereits im Februar '93 zur Opernballdemo. Damals riefen die NS'ler zum Krankmachen auf. Tenor: Die Bonzen sollen sich selber schützen, der Polizeipräsident sei ein *»Knecht der Mächtigen«*, der nicht energisch gegen Linke vorgehe.

Die Autoren des Flugblatts verraten Insiderwissen. Denoch müssen sie nicht Polizisten sein, im Gegensatz zu den Verteilern, da nur diese Zugang zu bestimmten Dienststellen haben. Es gibt Anhaltspunkte, um den Autorenkreis einzugrenzen. Die im zweiten Flugblatt attackierten acht BeraterInnen werden mit den selben Verleumdungen und in der selben Reihenfolge in Honsiks NS-Schmähschrift (Titel: *»Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal – Schelm und Scheusal«*) aufgeführt. Das Flugblatt kursierte bereits im Mai '93, Honsiks Buch wurde aber erst im Juli in einer Druckerei beschlagnahmt (das Infoblatt berichtete darüber) – somit muß es Querverbindungen geben.

Mit der »Notwehrgemeinschaft« ist aber noch nicht der einzige braune Fleck im Polizeiapparat ausgemacht. Es gibt eine Einheit, die sich inzwischen zur rechtsextremen Hochburg gemausert hat: die Wiener Alarmabteilung, 450 Mann stark. Dort hat es die FPÖ mit ihrer AUF(Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher) auf bis zu 80% bei den Personalratswahlen gebracht. Begrüßung im Dienst mit »Heil Hitler« gehören ebenso zum Alltag in der Alarmabteilung wie Wehrsportübungen. »Alarmisten« vermummen sich bei Demo-Einsätzen schon mal mit privat besorgten Motorradmasken. Bei der Kundgebung am 9.November '93 bekamen eingekesselte DemonstrantInnen zu hören: *»Ihr Juden gehört alle vergast!«* Äußerlich ist diese Spezies Alarmpolizisten oft an ihrer skinhead-ähnlichen Frisur zu erkennen. Innerhalb der Alarmabteilung betätigt sich eine AKTIONSGEMEINSCHAFT ALARMABTEILUNG, die sich, auch dieses Mal kaum zufällig, mit »AAA« abkürzt, in Anspielung auf eine argentinische Todesschwadron, die tausende Menschen auf dem Gewissen hat. Die Wiener AAA sorgte am Jahresende für Aufsehen. Bei der Weihnachtsfeier, 200 waren anwesend, wurden Nazi-Lieder gegrölt und das Personal massiv belästigt.

So ist nicht erstaunlich, daß VAPO-Leute sich rühmen, nach linken Demos Namen, Telefonnummern und Adressen von Festgenommenen sowie Daten von Anmeldern und Rednern zu bekommen.

Die im Januar gestartete polizeiinterne Untersuchung richtet sich mal wieder v.a. gegen die undichten Stellen im Apparat. Nebenbei kam heraus, daß sich letzten Sommer ein Polizeibeamter zur kroatischen HOS abgesetzt hatte – mit einem teurem Nachtsichtgerät aus der Alarmabteilung. Doch die werden wohl keinen Alarm machen, das Gerät war an der vorgeschriebenen Ausschreibung vorbei angeschafft worden.

Das massive Auftreten faschistischer Polizeibeamte polarisiert allerdings auch im Innneren des Apparates. Nicht alle Polizisten sehen ein, das Spiel zusammen mit den Neonazis spielen zu müssen. Neben den Nazis schützenden und Antifas verdreschenden Bullen bei einer Nazi-Feier im Dezember '93 gab es einige, die den Befehl verweigerten. Auch gab es immer wieder Anzeigen gegen Küssel und Co., die jedoch auf dem Dienstweg beiseite gelegt wurden. ■

Der volle Flugblatt-Text wie weitere Fakten sind im Bericht des ANTIFASCHISTISCHEN NACHRICHTENDIENSTES ÖSTERREICH zu finden; er kann für 2,- in Briefmarken beim INFO bestellt werden.

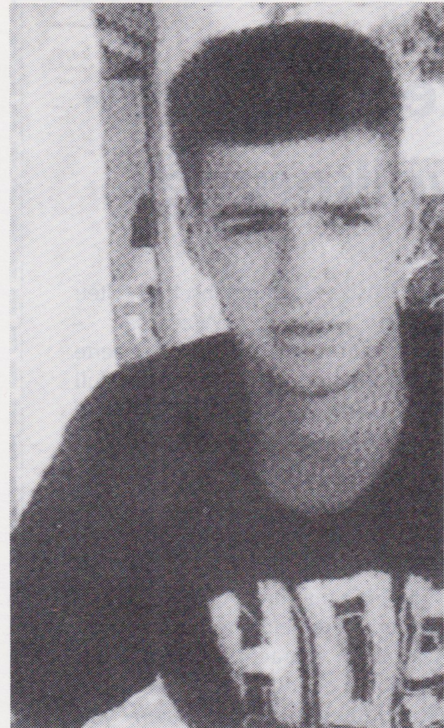




Foto links:
SASCHA KASPAR
Auch er trieb sein Unwesen bei der HOS in Kroatien. Selbst dem Bundesheer, das nicht gerade von antifaschistischen Geist geprägt ist, wurde dieser braune Aufschneider 1991 zuviel. Er wird verdächtigt, an dem Hetzblatt »albus)/11«, das Januar '94 an zahlreiche Wiener Schulen verschickt wurde, beteiligt zu sein.
Foto rechts:
REINHOLD KOVAR
Zeitsoldat des österreichischen Bundesheeres im zentralen Waffenlager.

Als Radl jun. seine Knaststrafe wegen NS-Betätigung absaß (er kam Mitte Oktober '93 wieder heraus), erhielt er eine Karte von dem Burschenschaftler Ley mit dem Vermerk, »*die Briefmarkensache läuft*«. Radl beschäftigte sich in seiner Haftstrafe mit dem Graf Staremberg, er ließ sich Bücher zum Thema schicken. Küssel hat er gemäß Polizeiaussagen über die geplante Bombenaktion verschlüsselt informiert und die Absender der Briefbomben tragen Namen von Personen, die irgendwann mal Radls Lebensweg gekreuzt hatten.

Mit Gerd Endres wanderte ein weiterer VAPO-Kader in den Knast. Er war auf dem Weg zum Gericht mit einer Pistole in der Tasche abgefangen worden. Ziel seiner Begierde war der Journalist Wolfgang Purtscheller, gegen den er einen Zivilprozeß angestrengt hatte. Endres wurde gesucht, weil er aus Küssels Wohnung Richter und Staatsanwalt telefonisch mit dem Tode bedroht hatte.

Nun fehlte nur einer aus der Führungscrew, die sich im November '93 zum »Führerthing« versammelt hatte. Den letzten, den »Kameradschaftsführer« der Wiener Neustadt Sascha Kaspar, erwischte es im Februar '94. Auch diese Verhaftung war keineswegs ein Erfolg langfristiger Observation durch die Ermittler, wie diese nach der Festnahme glauben machen wollten. Gegen Kaspar läuft bereits ein Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung (er hatte Propaganda für die NSDAP/AO gemacht); jetzt wird ihm vorgeworfen, in einer Grazer Apotheke Substanzen zur Nitroglycerin-Herstellung gekauft zu haben.

Der Terror läuft weiter

Parallel in der NEUEN FRONT, dem Organ der GdNF und in NEW ORDER, Zeitung der NSDAP/AO, wurden die Privatadressen und -telefonnummern von Richter und Staatsanwalt im Küssel-Prozeß veröffentlicht – Daten, die nicht öffentlich zugänglich sind. Die beiden sollten in die Aktivitäten der braunen »Internationalen Solidaritätswoche« einbezogen werden. Morddrohungen bekamen außer ihnen Personen, die in der Briefbombenaffäre recherchierten oder die Ermittlungen der Behörden kritisierten.

Höhepunkt bildete im Januar '94 ein Freipressungsversuch von Gottfried Küssel. Beim Innenministerium kam ein Brief an mit einer Zyankali-Kapsel. An einem bestimmten Termin sollte ein Hubschrauber mit Küssel bereitstehen. Andernfalls würden Giftgasanschläge auf Wien ausgeführt. Nach offizieller Version scheiterte die Befreiungsaktion, da sich die Erpresser nicht mehr gemeldet hätten.

Die Ermittlungen sind keineswegs an dem Punkt, wo schlüssig nachgewiesen werden kann, wer die Bomben gebaut und verschickt hat. Das gibt die Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus(EBT) in ihrem Zwischenbericht zu[10]. Die Täter sind noch nicht alle gefaßt. Direkt in Zusammenhang mit den Bomben werden nur Radl. Binder und Kaspar gebracht, gegen alle anderen Festgenommenen wird wegen Wiederbetätigung ermittelt. Die Attentate seien vollprofessionell ausgeführt, meint die EBT. Alle erkennungsdienstlichen Spuren seien, soweit möglich, beseitigt worden (keine Fingerabdrücke, die Briefmarken wurden wahrscheinlich mit Leitungswasser, nicht mit Spucke befeuchtet). Binder könne man nachweisen, daß er mit Sprengmitteln auf Nitroglycerinbasis experimentiert habe. Als Hauptbeweis gegen ihn gäbe es einen Zeugen.

Bisher sind die Ermittler in erster Linie gegen die Faschisten vorgegangen, weil sie unter dem Druck der Recherchen seitens der Presse, v.a. von Profil, nachziehen mußten. Für uns drängt sich immer wieder die Parallele zu der Wiener Bombenkampagne von 1982 auf. Damals gab es ebenfalls einen routinierten Bombenbauer, der für das Explosive zu den »Feindlisten« sorgte: der Berliner Ekkehard Weil[11]. Der an der tschechischen Grenze beendete Berlin-Trip Binders weist in die »Reichshauptstadt«. Eigentlich Grund genug, daß sich die Ermittler die Bombenexperten dieser Metropole genauer anzuschauen. ■

1 Standard 11.12.93
2 geschehen am 31.10.92
3 Kurier 12.12.93
4 Standard 11.12.93. In der BZ (Berlin) vom 12.12.93, die sich weitgehendst auf den Kurier (Wien) von 12.12.93 bezieht, heißt es, Binder habe laut ORF den Überfall in Brandenburg zusammen mit mehreren österreichischen und einem deutschen Nazi vorgehabt.
5 Standard 13.12.93
6 Profil 13.12.93
7 Standard 16.12.93
8 Kurier 12.12.93 und BZ 12.12.93
9 Antifasch. Nachrichtendienst Österreich 1994
10 Profil 7.2.94
11 Weil hat offenbar kalte Füß bekommen und ist untergetaucht
12 Standard 23.12.93

Auftakt zu einer internationalen Terrorwelle?

Eine Gewaltwelle gegen Flüchtlinge, wie sie in der BRD stattfand, konnte die VAPO in Österreich nicht herbeizaubern. In Österreich, sicherlich nicht weniger ausländerfeindlich als die BRD, kam es nicht zu einer Eskalation auf so breiter Ebene. Als die ersten Briefbomben explodierten, drängte sich der Verdacht auf, die österreichischen Faschisten wollten die fehlende breite Unterstützung durch ein größeres Maß von Gewalteinsatz wettmachen. Doch die Waffen- und Sprengstoffunde bei Binder (und dessen Reisetätigkeit) sprechen eine andere Sprache. Bei diesem Umfang ist es offensichtlich, daß eine Struktur und ein strategisches Denken dahinterstecken, die weit über solch einen Ansatz hinausgehen.

In der NEUEN FRONT, Organ der Mutterorganisation der VAPO, wird bereits im Dezember 1990 verkündet: *»Damit ist nun die Zeit reif, innerhalb der VAPO eine stahlharte revolutionäre Kaderorganisation - eine ostmärkische SA - heranzubilden. Damit vollzieht also auch der Bereich Ostmark die bundesdeutsche Linie des konsequenten Kaderaufbaues nach.«* »Politische Soldaten«, so verstehen sich die SA-Angehörigen, haben vor allem eins gelernt: zu gehorchen. Mancher ist bereit, Knast zu riskieren, um später, »nach dem Sieg« vorrangig zum Zuge zu kommen - ganz nach der Devise »Wer am meisten verfolgt wurde...«

Die GdNF, und erst recht die VAPO, haben ihre Rolle vor allem auf der SA-Ebene. Die wirklichen Schaltstellen des illegalen NS-Netzes liegen in anderen Händen, die in der NS-Hierachie oberhalb der GdNF angesiedelt sind. *»Manche Leute sind drinnen nützlicher als draußen«*, dieser auf Küssel bezogene Ausspruch des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger, einer der maßgebenden Persönlichkeiten in der Naziszene, ist eine eindeutige Rollenzuweisung im NS-Netz.

Bei der Briefbombenaktion in Österreich fällt auf, daß die technische Ebene der Bombenproduktion professionell ausgeführt worden ist, im Gegensatz dazu steht der Bereich der Logistik (Deponierung der Waffen, die in der Öffentlichkeit auftretenden Kader erledigen auch das illegale Geschäft, die Wohnung Küssels wird nach dessen Verhaftung, sogar noch nach der Binders als Organisationszentrale genutzt usw.). Ein Grund liegt wohl darin, daß sich die VAPO-Leute sicher fühlten aufgrund der guten Kontakte in den Polizeiapparat, sei es über sympathisierende Beamte oder über die für die Polizei spitzelnden VAPO-Mitglieder.

Dennoch, wir werden das Gefühl nicht los, daß die VAPO-Leute verheizt wurden – wahrscheinlich von der politischen Führung der NSDAP. Das politische Kalkül dahinter: Faschismus baut auf Angst der Massen und nicht auf deren Bewußtsein. Destabilisierung ist immer wichtiger Bestandteil faschistischer Strategie. Jeder weitere Schritt in Richtung 'starker Staat' ist in ihrem Sinne, auch wenn es manchmal den Druck auf sie selbst erhöht. So ist jede Bombenaktion auch dazu gedacht, autoritäre Staatsstrukturen zu fördern. Paradebeispiel ist die internationale Anschlagswelle Anfang der 80er in Bologna, Paris und München. Damals ging es ebenfalls darum, ein Klima zu schaffen, in dem die Bevölkerung nach dem starken Mann ruft.

Briefbomber FRANZ RADL (lin. Foto): Radl ist mit der VOLKSTREUEN JUGENDOFFENSIVE (VJO) aus Linz in die VAPO gegangen. Wir kennen ihn als Herausgeber der faschistischen Jugendzeitung Gäck, später war die Adresse der bundesdeutschen NF im Impressum angegeben. NF-Flugblätter gab Radl mit einem österreichischen Impressum neu heraus. Im April 1992 handelte sich Radl unter dem neuen Verbotsgesetz ein Strafe von 15 Monaten ein, davon 10 zur Bewährung. Den Knast verließ er Oktober '93

HAIDER
zu möglichen Folgen seiner Hetze:
Heide Schmidt, die später die FPÖ verließ, hatte Haider in einer internen Debatte vor dem Anti-Ausländer-Volksbegehren gewarnt, daß *»leicht ein Funke überspringen kann, das ist gefährlich.«* Haiders Antwort: *»Ich nehme sogar an, daß etwas passiert. Da müssen wir durch.«* (Profil 9.12.93)

Und auch dieses Mal haben wir mit einer internationalen Kampagne.zu tun, Anti-Antifa ist kein BRD-Phänomen. In England (Combat 18) und in etlichen anderen europäischen Ländern haben sich ähnliche Strukturen gebildet.

Die parlamentarische Ebene wird in diesem Vorgehen mit einbezogen. Beide, der parlamentarische und der illegale NS-Arm sollen von den Bomben profitieren. Haider wird wie Schönhuber bei den Wahlen von den militanten Neonazis unterstützt. Haider, der in Östereich das rassistische Klima wesentlich mit anheizt, kann sich angesichts der Bomben von den Militanten abgrenzen und den »schwachen« Staat kritisieren – auch wenn er manchmal schwitzt, seine NS-Kontakte nicht verheimlichen zu können. Haider war in Südamerika, um sich Geld für seinen aufwendigen Wahlkampf zu holen. Interesse an einer starken rechtsextremistischen Partei im Parlament (bis zu 20% werden für die FPÖ geschätzt) haben alle, auch die auswärtige NS-Kolonie in Südamerika.

»Es ziehen bei bestimmten Ereignissen alle am selben Strang,« erklärte GdNF-Or-

Die kroatische Regierung hat die HOS Herbst 1992 aufgefordert, nur noch Leute kroatischer Staatsangehörigkeit aufzunehmen. Die HOS reagierte darauf, indem sie an die Söldner der »Schwarzen Legion« kroatische Pässe mit Phantasienamen ausgab.

Etliche der wegen den Briefbomben festgenommenen VAPO-Leute waren in Kroatien gewesen: Andreas Wolfert, kurz nach Binder verhaftet, trägt den Namen »Zündholzschachtel«, er war immer flach am Boden zu finden, wenn es knallte. Er ist auf einem Foto zusammen mit dem GdNF-Kader Thomas Hainke zu sehen, dieser in der Uniform nicht der HOS, sondern des kroatischen Heeres. Gegen Peter Preisl läuft wegen Kroatien ein Verfahren auf Staatsbürgschaftsentzug.

Zu einem anderen Kroatien-Touristen führte Binders Adreßbuch. Unter dem Namen »Jörg« ist eine Leipziger Telefonnummer zu finden. Es meldet sich eine BBM, Baubetreuung in Mitteldeutschland GmbH. Dort betätigt sich als Bauarbeiter der VAPO-Kader und Wehrsportleiter Hans-Jörg Schimanek, der Putz von den Wänden klopft und Fußböden herausreißt. Aufgekauft wurden die Wohnungen von dem BBM-Geschäftsführer Reinhard Rade, GdNF-Kader. Im Infoblatt Nr. 23 berichteten wir über ihren Versuch, in Surinam als Söldner zu landen. Schimanek, zwischenzeitlich in U-Haft, kam mit der Auflage heraus, sich nicht politisch zu betätigen. Der Kurier aus Wien (16.2.94) stellt die Vermutung an, daß die Gelder für die im August 1992 angemeldete Firma aus Kroatien stammen könnten. Rade soll 1992 an *»zumindest vier Einsätzen«* der HOS teilgenommen haben. Dabei soll es zu *»regelrechten Raubzügen gegen Flüchtlinge«* gekommen sein.



BAUBETREUUNG IN MITTELDEUTSCHLAND GMBH
REINHARD RADE
GESCHÄFTSFÜHRER
MARKRANSTÄDTER STRASSE 14, 04229 LEIPZIG
TELEFON 0341 / 477 25 51, TELEFAX 0341 / 477 25 54
FUNKTELEFON: 0161 / 2 83 34 16, 0172 / 3 40 41 10

Baubetreuung in Mitteldeutschland GmbH
REINHARD RADE
Geschäftsführer
Markranstädter Strasse 14, 04229 Leipzig
Telefon 0341/477 25 51, Telefax 0341/477 25 54
Funktelefon: 0161/2 83 34 16, 0172/3 40 41 10

Reinhard Rade

ganisationsleiter Christian Worch am 20. Februar '94 in Spiegel-TV. Dies beinhaltet im Wahljahr '94 laut Worch auch die *»gemeinsame Unterstützung der rechtsradikalen Partei, die Chancen hat, in den Bundestag zu kommen«*, die REPs. Sein Kalkül: Bei 5% hätten die REPs 30 Abgeordnete; darunter würden etliche sein, die Schönhuber nach rechts aus dem Ruder liefen. Worchs Aussage deckt sich exakt mit dem Verhalten der VAPO gegenüber der FPÖ. Die VAPO-Leute unterstützten aktiv Haiders Anti-Ausländer-Volksbegehren 1993 und es ist auch kein Zufall, daß Peter Binder dabei »Security Guard« für Haider spielte.

»Wir müssen in militärischen und geheimdienstlichen Begriffen denken«

Parallel dazu wird eine Umstrukturierung des NS-Lagers betrieben, die Briefbombenkampagne ist ein Ausdruck davon. Die bisherigen militant-faschistischen Parteien und einzelnen Gruppen haben nicht mehr die große Bedeutung wie zuvor. Die Organisationsverbote in der BRD und das Küssel-Urteil (zehn Jahre) haben diesen Prozeß sicherlich beschleunigt. Organisationsegoismen sind jetzt leichter zu überwinden. Teil eines solchen Prozesses – engere Zusammenarbeit von verschiedenen Gruppen bis zum organisationsübergreifenden Zusammenschluß in neuen Einheiten – dürfte auch der Eintritt der VOLKSTREUEN SOZIALISTISCHEN JUGEND Radls aus Linz in die VAPO gewesen sein.

In den letzten ein, zwei Jahren, seit dem Küssel-Urteil massiv betrieben, ist die VAPO zur Zellenbildung übergegangen. Damit vollzieht sie die selbe Entwicklung wie die militanten Neonazis in der BRD seit den Organisationsverboten. Es geht nun darum, überschaubare und leicht kontrollierbare Orgaisationszusammenhänge zu dezentralisieren. Der harte Kern gruppiert sich neu, ein Teil der alten erfahrenen Leute zieht sich in NS-Zellen zurück und macht Aktionen, die die breite Mehrheit der Mitglieder nicht mehr mitbekommt. Diese Neuorganisierung läuft gemäß des Organisierungsprinzips der illegalen NSDAP. Damit ist eine neue Stufe im Aufbau der NS-Bewegung eingeläutet. Das Erstarken der faschistischen Bewegungen in Europa hat die NSDAP/AO-Kader sichtbar ermutigt, den Aufbau der NSDAP in der BRD offensiver als je zuvor zu betreiben.

Franz Radl konnte es sich im Knast nicht verkneifen, die neue strategische Linie einem Mithäftling zu erläutern: *»Es müssen unbedingt geheime Kader herangebildet werden, das erachte ich nicht nur in Hinblick auf allfällige Wahlantritte von Tarnparteien als nützlich, sondern auch in militärischer Hinsicht. Wir müssen uns langsam, aber sicher daran gewöhnen, in militärischen und geheimdienstlichen Begriffen zu denken. Nur so können wir in Zukunft die Schläge des Gegners parieren.«* (Standard 23.12.93)

Neben der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung dürfte Kroatien diese Entwicklung in der NS-Szene beschleunigt haben. Die Bedeutung Kroatiens für die Faschisten als Übungs- und Ersatzschlachtfeld wird in der Öffentlichkeit bei weitem unterschätzt. Waffen, Sprengstoffe und das Know-how werden von den zurückehrenden Nazis eingeschleust. Umgekehrt bietet die HOS, die Miliz der Kroatischen Partei des Rechts (HSP) Nazis,denen der Boden in ihren Ländern zu heiß geworden ist, Unterschlupf. Dies hat auch im Rahmen der Briefbombenfahndung stattgefunden.

Auf jeden Fall sollten sich AntifaschistInnen auf eine neue Stufe der Eskalation durch die Faschisten einstellen. Binders Reise nach Berlin fand statt, um Aktivitäten in Brandenburg und ev. bundesweit einzuleiten. Ob das Projekt mit seiner Festnahme vorerst gestoppt ist, bleibt abzuwarten. Wir sollten uns für die Wahlen in der BRD auf das Schlimmste gefaßt machen. Österreichs Briefbomben waren ein Auftakt, auf der ENDSIEG-Diskette, die die NSDAP/AO kursieren läßt, heißt es: *»Tötet die verbrecherischen Einwanderungs- und Abtreibungspolitiker!«*. ■



Kumpanei des Sicherheitsapparates mit Nazis

Das gute Verhältnis zwischen Polizei und Nazis hat in Deutschland eine lange Tradition. Rassistische Übergriffe durch Polizisten, Schutz von faschistischen Aufmärschen und rechte Gesinnung bei einem großen Teil der Sicherheitskräfte belegen die Kumpanei von Sicherheitsapparat und Rechtsextremen.

Ab 1933 vollzog sich stufenweise der Zusammenschluß von SS- und Polizeiformationen. Gleich zu Anfang wurden SS und SA als Hilfspolizei bei der Verfolgung von AntifaschistInnen eingesetzt. »Chef der deutschen Polizei« im Innenministerium wurde der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler. Abgeschlossen wurde die Verschmelzung durch die Bildung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), das die von Göring aufgebaute Gestapo, die Kripo und den Sicherheitsdienst der SS (SD) vereinigte. Die uniformierte Ordnungspolizei wurde ebenfalls praktisch gleichgeschaltet. Während des Krieges bildeten RSHA und Ordnungspolizei sogenannte Einsatzgruppen, wie z.B. das berüchtigte Polizeibataillon 316, die in den besetzten Gebieten Jagd auf Partisanen machten, für »Vergeltungsaktionen« gegen die Zivilbevölkerung, Massenhinrichtungen von Juden und Jüdinnen und die Deportation von Fremdarbeitern für die deutsche Kriegsindustrie verantwortlich waren.

Auch nach 1945 wurde in Westdeutschland die Polizei von ehemaligen Gestapo- und SS-Führern kommandiert. Allein in Nordrhein-Westfalen kamen bereits 1948 56% der höheren Polizeibeamten aus der NSDAP oder der SS. Und das sogenannte 131er Gesetz ebnete ab 1951 etwa 150.000 belasteten faschistischen Beamten, darunter zahlreichen Polizisten, den Weg zurück in den öffentlichen Dienst. Auffällig ist dabei die Häufung solch »alter Kämpfer« an den verschiedenen Polizeischulen. Es kann also nicht verwundern, wenn sich Polizeigewerkschaftler Hansgeorg Kloppmann laut »Stern« (Okober 93) darüber empört, daß das »Herunterspielen der rechtsradiaklen Bedrohung offenbar zum Ausbildungsplan der zentralen Polizei-Führungsakademie in Hiltrup« gehöre.

Ohne Worte: Verhältnis zwischen »Republikanern« und Polizei ...



Augenzwinkerndes Einverständnis

Rassistische und rechtsextreme Einstellungen unter Polizei-Führungskräften belegt auch eine Studie im Auftrag des hessischen Innenministeriums vom Frühjahr 1993. Nicht ohne Grund wurde in der Auswertung empfohlen: »In Anbetracht der Brisanz wird vertrauliche Behandlung vorgeschlagen.« Diesem Bild entsprechen auch Umfragen zum Polizeibild in der Bevölkerung, die Anfang 1993 in der Berliner Zeitung veröffentlicht wurden. Demnach waren 77% der Befragten der Meinung, daß die Polizei zu lasch gegen Rechts vorgehe. Ein Beispiel für die wohlwollende Duldung faschistischer Aktivitäten ist der Nazi-Aufmarsch in Fulda im letzten Jahr. Dort hielten Nazis aus ganz Deutschland und dem Ausland mit »augenzwinkerndem Einverständnis« der Polizei (so Hansgeorg Koppmann) ihre Kundgebung ab. Während die rund 500 Nazis, geschützt von einem massiven Polizeiaufgebot, ungestört ausländerfeindliche Parolen grölten, die Arme zum Hitler-Gruß streckten, Passanten bedrohten und eine Gruppe Türken verfolgen konnten, wurden AntifaschistInnen an den Stadtgrenzen abgewiesen.

Gute Beziehungen von Nazis und Polizei bescheinigt auch der Svoray-Report. In Zusammenarbeit mit dem Wiesenthal-Zentrum recherchierte der israelische Reporter Yaron Svoray getarnt als rechter Sympatisant von Oktober 1992 bis April 1993 in der deutschen Nazi-Szene. Der

Svoray-Report, der in der ersten Jahreshälfte 93 erschien, führt mehrere Fälle zur Unterstützung von Nazis durch die Polizei an. So ist dort nachzulesen, daß in einigen Fällen Nazis vor Hausdurchsuchungen gewarnt wurden. Heinz Reisz gab z.B. gegenüber Furey (Tarnname von Svoray) damit an, daß er einen entsprechenden Tip aus den Reihen der hessischen Staatspolizei erhalten habe.

Für öffentliches Aufsehen sorgt immer wieder der Nachwuchs. So etwa als die Berliner Polizeischule Schulzendorf Anfang der achtziger Jahre wegen massiver antisemitischer Vorkommnisse von sich reden machte. Die jüngsten Beispiel kommen aus Brandenburg und aus Hessen: Im März 93 wurde bekannt, daß drei Brandenburger Polizeischüler an rechtsextremen Ausschreitungen beteiligt waren. Und im Juni war in der Presse zu lesen, daß in Kassel vier Polizeianwärter in ihrer Freizeit Killermethoden (Gotcha) übten.

Das es bei der regulären Polizei bisher wenig konkrete Angaben über Parteimitgliedschaften in rechtsextremen Organisationen gibt, liegt auch daran, daß solche Mitgliedschaften durch die Parteien verdeckt werden. Bekannt ist dies zumindest von den REPs. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es kein öffentliches Auftreten rechtsradikaler Beamter, obwohl Insider 1989 von 20-50% REP-Anhängern unter Polizisten ausgingen.

Ein deutliches Zeichen für die Gesinnungslage innerhalb der Polizei ist auch die Zunahme rassistisch motivierter Übergriffe und Handlungen, die einer gesonderten Betrachtung bedarf (wir werden in einer der nächsten Ausgaben darauf ausführlicher eingehen). Dabei handelt es sich keineswegs um eine Anhäufung von Einzelfällen, sondern um systematische Vorgänge. Belegt ist dies in jüngster Zeit in Bremen (Dokumentation des Anti-Rassismus-Büro in Bremen, April 92) und Berlin, wo es unter dem Druck der Öffentlichkeit im letzten Jahr zu einer Reihe von Ermittlungen gegen Polizeibeamte kam.

Nazis als Hilfspolizisten

Die »Freiwillige Polizei Reserve« (FPR) in Berlin war jahrelang ein beliebter Tummelplatz für Nazis und Kriminelle. Ein guter Draht bestand auch zu Arnulf Winfried PRIEM, der in früheren Jahren mit seiner Gruppe im Polizeisportverein Schießübungen abhielt. Nachdem der Skandal Anfang 1993 hochkochte (siehe Info Nr.22), kam es erst jetzt, nach einem Jahr zu einem Abschlußbericht zur Überprüfung sämtlicher FPR-Mitglieder. Dem Bericht zu Folge liegen über 665 der derzeit 2.360 FPR-Mitglieder strafrechtliche »Erkenntnisse« vor. Dazu gehören Körperverletzung, Raub und Unterschlagung, Waffenhandel, Vergewaltigung, Besitz von NS-Trophäen, Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen oder Hehlerei. Mehr als 200 Polizeireservisten sind seit Frühjahr 1993 aus dem Dienst ausgeschieden oder entlassen worden. Rund 100 Mitglieder waren der Überprüfung zuvorgekommen und hatten vorzeitig um Entlassung gebeten.

Bereits 1985 war es zu einer Überprüfung sämtlicher Reservepolizisten gekommen, nachdem das FPR-Mitglied Michael Abbas-Jacoub als »Waffenmeister der rechten Szene« aufgeflogen war. Die Wehrsportgruppe, der er angehörte hatte, hatte offensichtlich auch Kontakte zu Michael Kühnen. Der damalige Untersuchungsbericht ist nicht mehr auffindbar und der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, der als damaliger Innensenator die Reserve neu aktivierte und als seine »liebste Selbsthilfegruppe« bezeichnete, kann sich heute angeblich an nichts mehr erinnern. Fest steht jedoch, daß schon 1985 bei 810 Hilfspolizisten eine Kriminalitätsakte vorhanden war. ■



... und das Verhalten der Polizei gegenüber einer antifaschistischen Demo

Dokumentierte Zusammenarbeit von

Verfassungsschutz und Neonazis

Ein sehr lückenhafter Rückblick

»Was die Erkenntnis der wahren Wirksamkeit des Neonazismus so schwierig macht, ist seine im letzten Jahrzehnt bis zur Perfektion gediehene Verzahnung mit dem rechten Flügel, sich selbst zur demokratischen Mitte zählender Parteien, speziell mit der CSU.« (Bernd Engelmann 1980)

Das enge Verhältnis zwischen Verfassungsschutz (VS) und Nazis liegt u.a. im gemeinsamen Feindbild begründet, denn der Feind steht links in diesem Land. Für Kontinuität im Staats- und Sicherheitsapparat nach 1945 sorgte schließlich die Garde »alter Kämpfer«, die allerorts weiterarbeiten durfte. Nach Angaben der IG Metall waren 1963 von 46 höheren Beamten des Verfassungsschutz 16 ehemalige höhere SS- und Gestapo Führer. Die Zahlen beim Bundesnachrichtendienst (BND) oder bei leiteteten den Polizeikräften sehen nicht anders aus.

Die Zusammenarbeit mit dem VS zahlte sich aus und es ist schwer denkbar, daß die rechte Terrorszene ohne staatliche Hilfe und Deckung in den letzten Jahrzehnten so gut hätte gedeihen können. Das muß auch die FAP-Führung gedacht haben, als sie Ende der achtziger Jahre dem Nazi Andreas SZYPA die Genehmigung für seine Arbeit als V-Mann für den VS in NRW gaben.

Der Bund Deutscher Jugend

Die erste Todesliste von AntifaschistInnen, Sozialdemokraten und Kommunisten, der Nachkriegszeit wurde vom Bund Deutscher Jugend (BDJ) bereits Anfang der 50er Jahre erstellt. Der BDJ rekrutierte sich aus Nazi-Kreisen, wurde von Alt-Nazis geleitet und organisierte sich paramilitärisch mit Wissen und Unterstützung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA. Die Zeit des kalten Krieges war angebrochen und aus den ehemaligen Verbündeten der Anti-Hitler-Allianz wurden Todfeinde. Die alten Nazis wurden zu den neuen Bündnispartnern erkoren, man brauchte die Kriegsverbrecher im Westen, um mit den alten Eliten der NS-Herrschaft die Bundesrepublik zu einem wirtschaftlich starken und antikommunistischen Bollwerk auszubauen. Diese Wiedereinsetzung alter Nazis umfaßte alle Bereiche der Gesellschaft, Geheimdienste, Armee, Polizei, Politik und die Wirtschaft.

Der BDJ gilt als erster Ableger der international operierenden Geheimdienstarmee Gladio. Die Truppen der Gladio rekrutierten sich in allen westeuropäischen Ländern aus Faschisten, die für die Liquidation der innenpolitischen Gegnern eingesetzt werden sollten und worden sind. Nach dem öffentlichen Bekanntwerden dieser Todesschwadron wurde sie 1951 offiziell für aufgelöst erklärt (siehe INFO 14). Hier findet sich auch einer der Drahtzieher der heutigen Anti-Antifa-Kampagne wieder, der damals noch junge Friedhelm Busse war Mitglied des BDJ und ist heutiger Bundesvorsitzender der FAP.

1981 wurden in der Lüneburger Heide zufällig Gladio-Waffendepots mit Ausrüstung, Waffen und Kampfmitteln aus Bundeswehrbeständen entdeckt. Die Waffenlager wurden durch den Rechtsextremen Forstmeister LEMBKE verwaltet. Lembke erhängt sich in der Untersuchungshaft. Lembke besaß Verbindungen zur WSG um Uwe Rohwer und Michael Kühnen, zur »Nottechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel« des Arztes Uwe Jürgens, sowie zu einer 19köpfigen Bielefelder Gruppe, bei denen sich 1982 große Mengen an Waffen und Sprengsätzen, die größtenteils ebenfalls aus Bundeswehrbeständen kamen, fanden.

Europäische Befreiungsfront

1969/70 gründete sich die Truppe als Abspaltung von der NPD, um kurze Zeit später aufzufliegen. Die EBF forderte, die »bolschewistischen Zersetzer des Abendlandes müssen liquidiert werden«. Der Kronzeuge Krahberg entpuppte sich im Prozeß als V-Mann. Er stammte ebenfalls aus der NPD, nahm alle Schuld auf sich und ging straffrei aus. Er war der Einpeitscher der Bande und maßgeblich am Aufbau der EBF beteiligt, die »Kameraden seien mehr ideologisch orientiert gewesen«.

Der Wiederaufbau der NSDAP

Seit dem 14.1.1973 hatte der Verfassungsschutz mit dem Agenten »Reiser« alias Werner GOTTWALD umfassenden Einblick in die NS-Gruppen. Gottwald wurde Mitglied in der terroristischen NATIONALEn DEUTSCHEn FREIHEITSBEWEGUNG (NDFB) und stieg zu deren Generalsekretär auf. Der VS zahlte Honorar, Spesen

und Mitgliedsbeiträge etc. Die 1983 von der zeitung 'konkret' veröffentlichten Protokolle Reisers an das Amt legen nahe, daß Reiser mehr war als ein Agent. Der Eindruck entsteht, daß der V-Mann vielmehr Überzeugungstäter mit guten Kontakten zum Amt war und dies kein Widerspruch sein muß. Er knüpfte erste SS-Kontakte noch vor Kriegsende, schickte seine Kinder in die Wiking Jugend, hatte vor seiner politischen Karriere Kontakt zu Spekulanten, Waffenhändlern und Nazigrößen und war in undurchsichtige Geldgeschäfte verwickelt, wofür er auch verurteilt wurde. Trotz des gegen ihn ausgesprochenen Berufsverbotes geht es ihm materiell bestens.



Der Wehrsportgruppenführer Karl-Heinz Hoffmann (links) schleicht sich mit vier Mitgliedern seiner Bande unter der persönlichen Deckung des Einsatzleiters in das Lokal.

1975 war er führend an der 2.Gründung der NSDAP (die 1. Gründung fand 2 Jahre zuvor statt – die 16 Gruppen umfassende Struktur sollte aufgefrischt werden) in Wiesbaden beteiligt und wurde zu deren Kassenwart und Schriftführer ernannt. W.Gottwald war in Waffenhandel großen Stils (bis zu 1.000.000DM) verwickelt: Erst vier Jahre später ging die Polizei gegen die Hanauer NSDAP vor und stellte trotz Waffenfunden, Beschlagnahmung der Zeitung der NSDAP-Hanau »Das Schwarze« und von einer Druckmaschine, im Januar 1980 das Verfahren wg. Krimineller Vereinigung ein.

Über Gottwald war der Verfassungsschutz bestens über das Organisationsgeflecht der NSDAP informiert, die zumeist aus Wehrsportgruppen bestand. Der Verfassungsschutzbericht wußte schon 1975 das selbe zu vermelden wie heute: »Die meisten der neonaz. Gruppen haben grundsätzlich keine organisatorische Struktur«. Die Existenz einer überregional operierenden Nazi-Partei wurde geleugnet.

In Gottwalds Protokollen finden sich auch die Namen der heutigen Anführer neonazistischer Gruppen wieder. Arnulf PRIEM aus Berlin, der beste Verbindungen zu Österreichs Bombenlegern aufrechterhält, Christian WORCH, GdNF-Chef und Initiator der faschistischen Anti-Antifa, Friedhem BUSSE von der FAP, das Ehepaar MÜLLER aus Mainz-Gonsenheim, Thies CHRISTOPHERSEN aus Kollund ...

Einer der beiden Initiatoren der NSDAP-Neugründung Joseph v. STOLZENHAIN führte schon damals eine »Kartei über alle bekanntgewordenen Linksextremisten, Spione und Volksverdummer« und träumte von einer »einheitlichen Zentrale Nachrichtendienst und Abwehr«.

Die NSDAP Westberlin

Beim Prozeß Ende 1979 gegen Wolfgang Rahl und die NSDAP-Westberlin wurde bekannt, daß ein damals bundesweit kursierendes »Todesurteil« der NSDAP/AO gegen Mitglieder der RAF und der linken Stadtguerillagruppe »2.Juni« von einem VS-Agenten verfasst worden war. Die Schreibmaschine gehörte dummerweise einem Mitglied der Jugendorganisation der FDP, der auch auf Honorarbasis mit dem VS gearbeitet hatte und sich in die NSDAP/AO eingeschleust hatte. Er war aber entäuscht darüber, daß der VS nichts mit den Informationen anfing und wandte sich an die Presse. Aufgrund dieses Drukkes wurde die NSDAP-Gruppe angeklagt und verurteilt.

Die NSDAP Braunschweig

Im Verfahren gegen Paul OTTE, den Chef der NSDAP/AO von Norddeutschland, flog der VS-Agent Hans Dieter Lepzien auf. Seine dreieinhalb-jährige Haftstrafe brauchte er nicht anzutreten. Er war Adjudant Ottes, Sicherheitsbeauftragter der NSDAP und deren eifriger Reisekader. Er war einer der tragenden Säulen der NSDAP, wirkte maßgeblich an ihrem Aufbau und beschaffte mit Otte Sprengstoff aus der Schweiz. Die Bomben wurden sodann verteilt: Eine Bombe wurde dem Nazi Eisermann ausgehändigt, der sie im September 1977 vor dem Amtsgericht Flensburg zündete. Eine zweite Bombe detonierte in Hannover und wurde von dem späteren FAP-Kader Volker HEIDEL (verstorben) gelegt. Beide Anschläge wurden lange Zeit Linken in die Schuhe geschoben. Auch der damals gerade aufstrebende Michael KÜHNEN erhielt eine Rohrbombe auf dem Gründungstreffen der »Braunschweiger Gruppe«. Erst im Dezember 1978 meldete Lepzien, daß seine Gruppe Sprengstoff besitzt. Im Bükkeburger Prozeß gegen die Mitglieder Kühnens »Werwolf«-Gruppe schwieg er und meldete sich 1981 in der Nationalzeitung zu Wort: Es tue ihm leid, daß er ausgesagt habe, er gehöre immer noch zu ihnen.

Mit den geplanten aufsehenerregenden Anschlägen sollte die staatliche Ordnung erschüttert und die Bevölkerung verunsichert werden. Damit sei beabsichtigt gewesen, ein Verlangen nach mehr Härte hervorzurufen und neue Anhänger für die neonazistische Bewegung zu gewinnen. (FR 30.9.80, zitiert Paul Otte, Braunschweig)

Wehrsportgruppe Hoffmann

Der Anschlag auf das Münchener Oktoberfest (13 Tote und 200 zum Teil schwer Verletzte), wenige Tage vor der Bundestagswahl 1980, sollte zunächst der RAF in die Schuhe geschoben werden. Diese Version hielt jedoch nicht lange, war doch einer der Attentäter, der sich mit in die Luft gesprengt hatte, der Nazi Gundolf KÖHLER. Das amerikanische Magazin Newsweek schrieb, was hierzulande niemand auszusprechen wagte, nämlich, daß der Anschlag eine mißglückte Wahlhilfe für Kanzlerkandidat Strauß gewesen war. Köhler war nicht der einzige Nazi-Terrorist, der aus dem Umfeld der WSG Hoffmann kam.

Die Wehrsportgruppe, von Karl-Heinz HOFFMANN 1973 aufgebaut, war bis zu ihrem Verbot im Januar 1980 eine der wichtigsten Schnittstelle der faschistischen Terrorszene in Deutschland mit guten Kontakten ins Ausland. Die WSG, die Bestandteil der illegalen NSDAP-Struktur war, hatte bis zu 400 Mitgliedern. Die Aktivitäten wurden, trotz öffentlicher Proteste, jahrelang durch die CSU-Landesregierung gedeckt. Ehemalige WSG-Mitglieder sagten aus, daß Hoffmann ausgezeichnete Verbindungen zu hohen Beamten der mittelfränkischen Polizei hatte. So soll er auch vor drohenden Polizeiaktionen gewarnt worden sein. Und Hofmann selber gab damit an, daß an seinen Übungen auch aktive Bundeswehrsoldaten teilgenommen hätten. Die Truppe war in der rechten Szene als Saalschutz beliebt, wofür sie u.a. von der DVU angeheuert wurde. Nach dem Verbot ging Hoffmann mit einem kleinen Teil

seiner Leute in den Libanon, um eine »Wehrsportgruppe Ausland« aufzubauen und von dort Terrorakte vorzubereiten. Ein WSG-Angehöriger, Kai Uwe BERGMANN, wurde aus Disziplinierungsgründen von seinen eigenen Leuten im Libanon zu Tode gefoltert. Aus der Gruppe kam auch der Mörder des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin. Obwohl Hoffmann schwer belastet wurde, wurde er für die Morde nie zur Rechenschaft gezogen.

Von mehreren WSG-Mitgliedern ist bekannt, daß sie zumindest zeitweise mit Verfassungsschutz und BKA zusammenarbeiteten. Die schillerndste Figur ist dabei Odfried HEPP, der Ende der siebziger Jahre die »KAMPFGRUPPE SCHWARZWALD« (alias WSG Schlageter) aufbaute und 1980 zur Hoffmann-Truppe im Libanon stieß. Nachdem er sich mit anderen Nazis aus dem Trainingslager im Libanon mit Hilfe des Bundeskriminalamtes (BKA) abgesetzt hatte, belastete er Hoffmann und beschuldigte ihn die Ermordung von Levin und Frieda Poeschke angestiftet zu haben und für das Münchener Attentat auf das Oktoberfest verantwortlich zu sein. Mit einer eigenen NS-Gruppe ist Hepp für eine Serie von Attentaten und Banküberfällen im Jahr 1982 verantwortlich. Bekanntgeworden sind auch die Bemühungen von Hepp mit der Stasi zusammenzuarbeiten.

WSG-Mitglied Walter Ulrich BEHLE belastete ebenfalls Hoffmann wegen des Oktoberfestattentates, worauf Hoffmann vor Gericht mit der Beschuldigung konterte, Behle habe für den Verfassungsschutz gearbeitet, eine Information, die später vom Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bestätigt wurde.

Arndt-Heinz MARX, war auch bei der Hoffmann-Truppe im Libanon dabeigewesen und fand nach seiner Rückkehr nach Deutschland eine Anstellung ausgerechnet bei der US-Army im Rhein-Main-Gebiet, angeblich sogar in einer Vertrauensposition! Marx betätigte sich auch zeitweise in Kühnens ANS/NA, bis er wegen erneuter Folterpraktiken in den Knast mußte.

Der Journalist Peter WEINMANN war Dreifachagent im Dienste des VS des italienischen Militärgeheimdienstes SISMI und der Stasi. Weinmann betätigte sich als Mitorganisator der WSG Hoffmann und war weiterhin in der NPD, ANR und PDA aktiv.

Noch mehr Agenten, Spitzel, Nazis

In dieser Aufzählung können nicht alle bekanntgewordenen Fälle berücksichtigt werden. Deshalb seien an dieser Stelle nur die wichtigtsen und aktuellsten Beispiele genannt:

Der deutsche Faschist und Söldner Joachim FIEBELKORN war 1980 am Militärputsch in Bolivien beteiligt und in den Bombenanschlag in Bologna (85 Tote) verstrickt. Italienische Behörden enttarnten ihn als V-Mann des BKA. Der Prozeß wurde ihm wegen seiner Drogengeschäfte gemacht.

Klaus BLOME, war für die DVU in der Bremer Bürgerschaft. Seit Ende 93 ist er bei der DVU-Absplitterung »NATIONAL-KONSERVATIVE GRUPPE«. Blome stand jahrelang im Dienst des BfVS. Im Januar 94 wurde er durch DVU-Kollegen entarnt.

Klaus HARTEL, Beamter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, hatte als Chef des REP-Bundesarbeitskreises »Innere Sicherheit und Rechtspolitik« am aktuellen Parteipogramm mitgeschrieben. Seine Parteimitgliedschaft wurde 1989 bekannt. Mittlerweile ist er im Ruhestand.

Oberstleutnant beim Bundesnachrichtendienst (BND) BÖSCH wurde nach 23jähriger Dienstzeit nach seiner Pensionierung 1992 Organisationsleiter der Republikaner. ■

Quellen:
Leo A. Müller: Gladio – das Erbe des Kalten Krieges, Hamburg 91
Konkret: 11/80 und 9/83
TAZ: u.a. 30.8.83, 12.12.83
Der Rechte Rand: Nr.10 (1/91), Nr.22 (4/93)
ak: u.a. 226 (10/82), 260 (7/85), 262 (9/85)
Antifaschistische NRW-Zeitung: 8-10/93



Anti-Antifaschismus, das alte/neue Thema der Rechten

Die NS-Struktur: Mit Bomben, Broschüren und Bündnissen

Im November letzten Jahres erschien die bundesweit vertriebene Neonazi-Broschüre 'Einblick'. Sie enthält hunderte Namen und Adressen bekannter AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, Journalisten und Sozialdemokraten. Im Visier der Neonazis stehen auch *»die Literaten, Richter, Anwälte, die letzten Überbleibsel [...] anno 1968«*[1]. Die Kader mobilisieren zum Terror gegen alle, die gegen Rassismus Stellung beziehen und die Position vertreten, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist. Zu diesem Kampf will man *»das Mitglied des Deutschland-Forums der CDU, den Skinhead und das Mitglied der verbotenen Deutschen Alternative«*[1] *gewinnen. Derartige Listen aus Neonazi-Kreisen sind nichts Neues. Schon der BUND DEUTSCHER JUGEND, führte 1950 eine Todesliste von über hundert Menschen aus einem ähnlichen Spektrum. Bei den ersten Neu-Gründungsversuchen der NSDAP in den 70er Jahren, berichtete der Verfassungsschutz bereits von umfangreichen Dateien. Der Terror gegen den, zumeist linken, politischen Gegner war bis Anfang der 80er Jahre Hauptbetätigungsfeld faschistischer Gruppen, bevor der Schwerpunkt auf die erfolgversprechendere Schürung des Rassismus gelegt wurde. Der Verfassungsschutz war maßgeblich beim Aufbau dieses Netzwerkes beteiligt und einer seiner Agenten tippte 1979 eine NSDAP/AO-Todesliste gegen Linke in Westberlin, die bundesweit in Umlauf gebracht wurde.*[2]

Bis zu der Veröffentlichung des 'Einblick', wurde die terroristische Anti-Antifa-Initiative in den bürgerlichen Medien bagatellisiert. Wenn sie aufgegriffen wurde, dann im Tenor der Verfassungsschützer, die von einer quasi »natürlichen« Reaktion auf die Gewalt der Linken sprechen. Hier versucht sich die offizielle bundesdeutsche Nachkriegsphilosophie, daß der Staat in der Mitte sich gegenseitig hochschaukelnder Extreme stehe, wobei den organisierten Faschisten die Rolle der Selbstverteidigung zugesprochen wird. Anfangs erblödeten sich Kreise der Sicherheitsbehörden nicht, die Herstellung des 'Einblicks' der antifaschistischen Szene zuzuschreiben: von der Art des (intellektuellen) Schreibens und des Lay Outs seien die Täter eher in linksextremen Kreisen zu suchen, die den Nazis Schwierigkeiten bereiten wollen, erklärte ein Verfassungsschützer aus Nordrhein-Westfalen. Dann aber erhob sich kurzzeitig der Sturm der Entrüstung, die Herkunft aus dem rechten Lager war angesichts des Vertriebspostfaches der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) nicht zu übersehen und die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen wegen Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Zweimal beschlagnahmte die Polizei das 'Nationale Info-Telefon' in Mainz, wegen seiner Ankündigung vom 7.Juli 1993, daß bald eine Broschüre mit gesammelten Daten politischer Gegner erscheinen werde. Der Betreiber Sascha CHAVES und der Chef der DEUTSCHEN NATIONALISTEN Michael PETRI wurden am 8.Dezember in Haft genommen, doch alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Polizeiliche Ermittlung und antifaschistische Recherche

Während die Polizei offenbar im Nebel stocherte und selbst offensichtlichen Hinweisen nicht nachging, legten AntifaschistInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet der Presse zahlreiche Fakten vor, die auf den Hersteller des 'Einblick' Stefan CUMIC hinwiesen. Der Wiesbadener Kader der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) gab vor, zwar die Idee gehabt, sich jedoch ins Privatleben zurückgezogen zu haben. Zu dumm, daß er im September 1993 auf einem Kader-Treffen der Nazi-Gefangenenhilfsorganisation, HNG, auf dem nord-hessischen Hoherodskopf gesehen wurde – zu einem Zeitpunkt, an dem er angeblich bereits ausgestiegen war.

Durch Nachfragen und öffentliches Aufsehen unter Druck geraten, mußte die Polizei handeln. Nachdem Cumic festgenommen war, folgten Durchsuchungen, in deren Folge eine Druckerei ausgehoben und der mutmaßliche Verfasser des Vorwortes sowie andere Beteiligte festgenommen wurden.

Dabei handelte es sich um den 63-jährigen Eberhard HEFENDEHL aus Rodach, der Teile der Auflage gedruckt und vertrieben haben soll. Hefendehl ist Herausgeber der NS-Zeitung 'Scheinwerfer' und altbekanntes NSDAP/AO-Mitglied. Zu den Festgenommenen gehörten auch die oben bereits erwähnten Betreiber des 'Nationalen Infotelefons', die sich wie Hefendehl auf freiem Fuß befinden. (siehe Kasten)

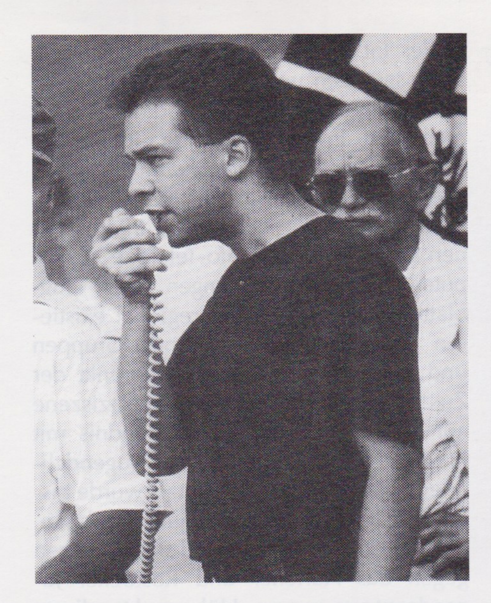




Foto links: ***Michael PETRI, Vorsitzender der Deutschen Nationalisten als Redner beim Hess-Aufmarsch 1993 in Fulda***
Foto rechts: ***Henrik Asferg Kristensen ist der Betreiber des Einblick-Postfaches in Randers (Dänemark), hier beim Prozeß gegen Thies Christoffersen***

Nach den Festnahmen setzten Bundesanwaltschaft und Polizei ihre Verschleierungstaktik fort. Der Name des mutmaßlichen Verfasser des Vorwortes wurde mit Wolfgang K. angegeben und die Bundesanwaltschaft erklärte, daß dieser bisher noch nicht in Erscheinung getreten sei. Einige AntifaschistInnen schenkten dem keinen Glauben und gaben bekannt, daß sich hinter Wolfgang K., niemand anderes als der bekannte Nazi Norman KEMPKEN aus Rüsselsheim verbirgt – die Bundesanwaltschaft mußte dies zähneknirschend bestätigen. Die Rüsselsheimer Polizei betonte, daß ihr von keiner Dienststelle Angaben über Norman Kempkens Aktivitäten zugeleitet wurden. Dabei ist er seit Jahren Führungskader der 'Taunusfront', einer Nazigruppe, die der verbotenen NF nahesteht und in der Vergangenheit häufig durch Überfälle und Verbreitung faschistischer Propaganda von sich reden machte.

Viele, der im 'Einblick' erschienenen, Adressen waren bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden. So war die Broschüre in erster Linie ein Testballon und hat das gewünschte öffentliche Aufsehen erregt. Weniger erwünscht waren die Festnahmen der Hersteller, deren formuliertes Ziel ist, daß *»sich Informationen nur noch über lokale Anti-Antifa-Gruppen abspielen«*[1] sollen.

Das Feindbild der Neonazis

Seit 1992 stimmen die Neonazi-Kader ihre Gefolgschaft auf einen Bürgerkrieg gegen liberale und linke Kräfte ein. Auffällig ist, daß es sich hierbei um eine international koordinierte Kampagne handelt, die zeitgleich in Großbritannien, Österreich, Niederlande und der Bundesrepublik startete.

Der NS-Flügel stellt seine eigentlichen Ziele in den Vordergrund, argumentativ wird auf der Kampagne gegen das Asylrecht aufgebaut und Einwanderung als *»Ethnozid* (Völkermord Anm.Red.) *an den Deutschen«* bezeichnet. Dagegen müsse man sich wehren *»um welchen Preis auch immer. Die Alternative heißt Sarajevo oder Los Angeles.«* Verantwortlich seien *»Hunderttausende von Deutschen, die sich darüber klar sein (müssen), eines Tages dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden«*. Der für Grundsatzartikel im führenden Theorieorgan der NS-Organisationen, 'Nation+Europa', zuständige Hartmut HESSE (wahrscheinlich Pseudonym) benennt das gemeinte Spektrum, damit kein Zweifel über die Größe der Aufgabe aufkomme. Die Liste der *»Inländerfeinde«* ist lang, sie beginnt beim *»deutschen Gesetzgeber«* und setzt sich fort über Politiker aus *»CDUCSUSPDFDPPDSGRÜNEN, Juristen, Kirchenvertreter, Gewerkschaftsfunktionäre, deutsche Medienvertreter, deutsche Lehrer aller Schulstufen, Funktionäre deutscher Sportvereine, verschiedene Bürgerinitiativen«* usw. ('Nation+Europa' [11-12/92])

Diese Aufzählung liest sich wie die Liste der Briefbombenopfer in Österreich und ist auch das eigentliche Spektrum gegen das unter dem Vorzeichen Anti-Antifaschismus mobilisiert wird. Auch der 'Einblick' gesteht in den ersten Zeilen des Vorwortes, daß der Begriff Anti-Antifaschismus eigentlich nicht das Gemeinte so genau treffe, man habe sich den Begriff

Das Netz der Anti-Antifa:
(nicht vollständig)

Hamburg:
Hier fungiert das Postfach der Nationalen Liste als Anschrift. Ihr Leiter Christian WORCH sitzt gleichzeitig in der Organisationsleitung der GdNF. Er war treibende Kraft und Koordinator der Anti-Antifa, deren Aufbau er seit 1992 an führender Stelle vorantrieb.

Nordrhein-Westfalen:
In Bonn sitzt Norbert WEIDNER, FAP, der in Absprache mit Christian Worch, Mitte 1992, die erste lokale Anti-Antifa-Initiative startete. Eine Klage von Bonner AntifaschistInnen wurde von der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen. In Duisburg existiert ein Postfach der Anti-Antifa, welches von Stefan SCHILY (FAP) betrieben wird und in Köln zeichnete Frank SCHOLZ aus Altena für einen ersten Anti-Antifa-Aufruf verantwortlich. (Antifa-NRW-Zeitung) Die Antifaschistischen Nachrichten bezeichneten den Vorsitzenden der SAUERLÄNDER AKTIONSFRONT, Thomas KUBIAK, als verantwortlich für den Sauerländer Raum.

Franken:
Hier liegt ein organisatorisches Zentrum der Anti-Antifa-Arbeit. Hier wirken vor allem Kader der GdNF, der FAP und der JN zusammen. Als mutmaßlicher Hersteller des 'Einblick' wird gegen den 63-jährigen Eberhard HEFENDEHL aus Rodach ermittelt. Er unterhält die besten Kontakt zu dem GdNF-Kader Kai DALEK (GdNF-Franken) und zu Theodor KOTZENBAUER, der als Filmwart der NSDAP/AO fungiert. Ihm werden gute internationale Kontakte nachgesagt. Er sprang nach der Verhaftung von Christian MALCOCI 1993 ein, um den Versand der HNG-Nachrichten zu gewährleisten. Bereits 1976 war Hefendehl mit seiner 15-köpfigen Kampfgruppe Teil des illegalen »NSDAP-Gau's Nordhein-Westfalen«. In den Berichten des Verfassungsschutzagenten Werner Gottwald wurden ihm schon damals gute Verbindungen zu dem, Nazi-Terroristen Manfred ROEDER bescheinigt. (Zeitung 'Konkret': Deckname Reiser – 1982)

Heute fungiert er als Herausgeber der fränkischen Nazi-Postille 'Scheinwerfer'. Einige der Redaktionsmitglieder des 'Scheinwerfer', sind Mitglieder im BUND FÜR GESAMTDEUTSCHLAND und unterhalten wie ihr Landesschriftführer Siegfried NEUBACHER beste Kontakte zum Netzwerk der NS-Gruppen.

Im fränkischen Erlangen ist die Computer Mailbox WIDERSTAND BBS zu erreichen. Sie gehört zum harten Kern des THULE-NETZWERKES, ein Verbund von derzeit sechs Mailboxen. Die Widerstand-Mail Box wird von dem Informatikstudent Thomas HETZER (JN), betrieben, der auch die Zeitung 'Saufeder' herausgibt. In dieser Zeitung arbeiten die JN-Kader vor allem mit Nazis der verbotenen NF zusammen. Beste Kontakte bestehen natürlich zur Mutterpartei NPD und zur FAP. Die Mailbox ist einer der Dreh-und Angelpunkte der Anti-Antifa Kommunikation. Sie hat mehrere Zu-

griffsebenen, von der Ebene, die für den einfachen Benutzer einer Mailbox vorgesehen ist, bis zu internen Ebenen, die nur ereichen sind, wenn man den Neonazi-Kadern vertrauenswürdig erscheint. Über diese Ebenen werden Informationen, Daten und Adressen ausgetauscht, teilweise geschieht dies in vercodierter Form. Das Brett für die interne Anti-Antifa-Ebene ist nur durch Erreichen einer höheren Sicherheitsstufe einsehbar.

Der Ludwigshafener Manfred HUCK, ein weiterer der maßgeblichen Organisatoren der Anti-Antifa und wird in einer Erklärung des Frankfurter Antirassistischen Info-Telefons ebenfalls als Hersteller der 'Einblick' bezeichnet. Er betreibt einen Stützpunkt des Maiboxnetzes, weitere Boxen sitzen Krefeld und Bonn

Rhein Main:
Stefan CUMIC, GdNF-Kader vom Stützpunkt Wiesbaden. Seine Aussagen führten zu den Festnahmen der 'Einblick'-Hersteller, um »strafmildernde Umstände zu erzielen«, wie das 'Nationale Infotelefon' mutmaßt. Er war von Beginn an in die Planung der Anti-Antifa-Aktivitäten einbezogen. Er nahm teil an zentralen Vorbereitungsgesprächen, wie sie z.B. abseits des 1. Anti-Antifa-Aufmarsch in Meschede/Sauerland stattgefunden haben. Dieser Aufmarsch war das Signal zur Anti-Antifa-Kampagne. Wenn auch gerade 100 Nazis daran teilnahmen, waren doch ein Großteil derjengen vertreten, die in der weiteren Kampagne eine Rolle spielen sollten. Neben Christian Worch, Roy Arthur GODENAU alias ARMSTRONG, als internationaler Kontaktmann der NSDAP, dem WIKING JUGEND Funktionär Matthias RIEHS, waren auch die später festgenommenen Betreiber des 'Nationalen Info Telefons' Sascha Genaro CHAVES-RAMOS und Michael PETRI, Vorsitzender der DEUTSCHEN NATIONALISTEN (eine Auffangorganisation für Mitglieder der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE).

Auf dem Treffen von GdNF-, FAP- und NSDAP/AO-Mitgliedern, in der Gärtnerei Müller am 17.4.93 in Mainz, beteiligten sich neben Kroatien-Söldnern auch eine Delegation der dänischen DNSB. (siehe Photos) Es wir davon ausgegangen, daß hier die letzten Formalitäten zur Einrichtung des 'Einblick'-Postfaches im dänischen Randers getroffen wurde.

Auf dem hessischen Hoherodskopf fand im September 93 ein weiteres Treffen von NSDAP-Kadern statt, die sich im Namen der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG) versammelt hatten. Es war ein Treffen auserwählter Führungskader, zu dem Cumic mit dem Ehepaar Müller aus Mainz anreiste. (Christian MALCOCI (NO), Friedrich ILLIAN (NPD), Manfred HUCK (ex-ANK), Otto Riehs (GdNF), W. MOOK, Dieter »Speckblase« RIEFLING, Eite HOMANN (ANS-Niederlande), Thomas WULFF (NL), Wolfgang JUCHEM (DL und AFD), Theodor und Petra KOTZENBAUER (NSDAP/AO-Nürnberg), Oliver SCHWEIGERT (GdNF-Berlin).

jedoch zu Eigen gemacht, weil er schon Bekanntheitsgrad besäße . Getragen wird die Kampagne von der GdNF, der JN (Junge Nationaldemokraten), ihrer Mutterpartei NPD, der Deutschen Liga, der FAP, den Nachfolgern der verbotenen Nationalistischen Front (NF), der Monatszeitung 'Nation+Europa', sowie allen weiteren Institutionen, die sich der NS-Bewegung zugehörig fühlen. Die Federführung liegt bei Kadern der illegalen NSDAP, die seit Anfang der 70er Jahre, entscheidende Drähte hinter den Kulissen zieht. Im Kreis ausgewählter Nazi-Kader funktionierte die Zusammenarbeit von Angehörigen verschiedener NS-Gruppen, Zeitungen oder Parteien schon lange recht gut, doch im politischen Unterbau dominierten lange Jahre Eifersüchteleien und Streit. Mit Hilfe der Anti-Antifa Aktivitäten soll die Szene vereinigt, umstrukturiert und von »Querulanten« bereinigt werden: » *Interesse besteht an den Namen, Funktionen und die entsprechenden Adressen von Personen innerhalb unserer Parteien und Organisationen, die sich der Anti-Antifa-Arbeit feindlich gegenüber verhalten und Kameraden bei Aktionen hindern oder stören. Wer sich Anti-Antifa-Arbeit als Bindeglied aller konstruktiven Kräfte versagt, steht zumindest im Verdacht ein eingeschleuster Provokateur zu sein.*«[1]

Die Organisatorische Ausbreitung der NS-Struktur

Angesichts der Parteienverbote und eines beklagten »Moralverlustes« etablierterer Rechtsparteien, wird die Umstrukturierung der NS-Szene in Angriff genommen und der Gefolgschaft die Bildung einer Zellenstruktur verordnet. Aus der Sicht der 'Nation+Europa' (1/94), müße die »*sich die nationale Gemeinschaft praktisch organisieren, sie muß die Keimzelle einer streitbaren Gegen-Gesellschaft bilden. Daraus folgt selbstverständlich, daß die Organisationsform dieser Gemeinschaft nicht eine Partei, ein Verein oder eine sonstige Körperschaft im rechtlichen Rahmen des bestehenden Systems sein kann, sondern den Charakter einer »Bewegung« haben muß, mit strenger, verbindlicher Organisierung nach Innen, jedoch ohne formale, von außen her nachvollziehbare Strukturen. Es geht auch nicht um eine Massenbewegung.*« Es geht um die Verbreitung einer Struktur, wie sie in Gestalt »*zahlreicher Gruppen, Freundeskreise, Gesprächsrunden und informelle(n) Zusammenschlüße(n),*« längst existiere. Empfohlen wird diese als Ausgangspunkt »*entsprechender Aktivitäten*« zu nutzen, sprich Kontakt mit dem schon bestehenden NSDAP-Netzwerk aufzunehmen.[3]

In der Tat spielen die bisherigen Organisationsgrenzen unter militanten Neonazis eine untergeordnete Rolle und die Zusammenarbeit in der Anti-Antifa-Kampagne trägt zur weiteren Vereinheitlichung bei. Die gesamte Infrastruktur wird für die Anti-Antifa-Arbeit eingesetzt, Informationen über 'Nationale Info-Telefone', Computer-Mailboxen, Zeitungen und Flugblätter ausgetauscht und regional existieren überparteiliche Anti-Antifa-Gruppen und Bündnisse. Dieser Schwerpunkt der Zusammenarbeit dominiert die Naziszene auf allen Ebenen, bis zum Bündnis mit Nazi-Hooligans oder rechten Jugendcliquen auf der Straße. Mehrmals wurde bisher überregional zum Angriff geblasen, die tagelangen Angriffe und Bedrohungen gegen das Auricher und Rostocker Jugendzentrum waren Höhepunkte dieser Art von Bündnissen, die von Kadern faschistischer Organisationen angeleitet wurden.

Terror als politisches Mittel

Die Nazis arbeiten für eine Verschärfung des politischen Klimas und rüsten zum Bürgerkrieg. Der Kampf soll zugespitzt werden gegen »den universalistischen Liberalismus«, »das Gleichheitsdogma« und den »paranoiden Multikultopia-Wahn«.(Nation+Europa 1/94)

Gleichzeitig mit der Herausgabe von »Feindlisten« werden Disketten mit präzisen Anleitungen zum Bombenbau von der NSDAP/AO in Umlauf gebracht. Das Handbuch des »Autorenkollektiv WERWOLF« wird von der NSDAP/AO aus den USA hauptsächlich in Deutschland und Österreich vertrieben. Die Disketten wurden von der NSDAP/AO der Presse zugespielt, damit darüber berichet und Werbung betrieben werde. Die offen propagierte Aufforderung zum Terror soll die Lage der inneren Sicherheit verschärfen und das Umfeld zu Aktionen aufrufen. Hier treffen sich die Interessen der Nazis mit denen der Hardliner im Sicherheitsapparat und der Union. Ihnen ist jede Gewalt willkommen, die sich dazu eignet Angst und Schrecken zu verbreiten, um einen Notstand der Inneren Sicherheit zu beschwören. Das Interesse am Ausbau des Polizeistaates ist rechten Konservativen und Neonazis gemein. ■

Quellen:
1 Der Einblick
2 Aussagen im Prozeß gegen die Berliner NSDAP 1979
3 Nach Einschätzungen aus dem inneren Kreis der Nazis handelt es sich bei bei dem Autor Jürgen Riehl um ein weiteres Pseudonym für den Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen RIEGER. Bereits vor 20 Jahren veröffentlichte er unter dem Namen Jörg Rieck.







Foto oben: ***Der Journalist Yaron Syoray unter Drahtziehern des NS-Netzwerkes. V.l.n.r.: Roy Arthur Godenau, Heinz Reisz, Svoray, Wolfgang Juchem, Wilhelm Koeberich***

Foto mitte: ***Anti-Antifa Kader unter sich: (v.l.n.r.) Oliver Schweigert, Arnulf Priem (beide GdNF-Berlin), Manfred Huck (ex-ANK), Christian Worch (GdNF, NL-Hamburg)***

Foto unten: ***Weitere Kader der Anti-Antifa: (v.l.n.r.) Thorsten Heise, Friedhelm Busse (beide FAP), Worch, Christian Malcoci (HNG) am 17.4.93 in Mainz***

Berlin:
Arnulf Winfried PRIEM ist als führendes GdNF-Mitglied auch einer der Anleiter der Anti-Antifa-Kampagne. Seine recht stümperhaft zusammengeschriebenen Listen waren 1992 die ersten Anti-Antifa-Aufrufe in Berlin. Er nahm auf dem bereits erwähnten Treffen in der Gärtnerei Müller/Mainz teil und genießt anscheinend bei der Polizei Berlins Narrenfreiheit. (siehe Verwicklung in Briefbomben) Das Postfach der stillgelegten NATIONALEN ALTERNATIVE dient hier als Anschrift für die Anti-Antifa, Zugang hat Oliver SCHWEIGERT, der ex-Vorsitzende der Mini-Partei. Auch der, aus dem Umfeld der ehemaligen Nationalen Alternative und der ehemaligen NF hervorgegangene, FREUNDESKREIS REVOLUTIONÄRER VOLKSSOZIALISTEN (FRVS) beteiligt sich maßgeblich und rief zur Sammlung von Daten auf. In seiner Zeitung dem 'Stadtrebell' wurde eine Liste von 90 Projekten der Berliner politischen Linken veröffentlicht, bzw. von Projekten, die für links gehalten werden. Diese Liste ist in puncto Berlin zwar umfangreicher, als die im 'Einblick' veröffentlichte, dafür ist sie aber noch schlechter recherchiert. Zusammen mit der FAP wurde überregional zur Anti-Antifa-Aktion nach Berlin-Marzahn im August 1993 aufgerufen und versucht im November eine Anti-Antifa-Kundgebung durchzuführen. (siehe Infos 24/23) In dieser Gruppe spielt das ehemalige NA-Mitglied Oliver WERNER eine führende Rolle. Die Gruppe bezieht ihre Ideologie aus dem Kreis der verbotenen NF, ordnet sich nach außen jedoch organisatorisch der GdNF zu. Sie ist auch an den Organisationsbestrebungen im brandenburgischen Schwedt /Oder beteiligt.

Als Vorbild für ein reputierliches Anti-Antifa-Bündnis, wird der 'Förderkreis Gerhard Kaindl' vom 'Einblick' auf den Berlin-Seiten präsentiert. Dieser ist ein Zusammenschluß Berliner Neonazis mit den zwei Rechtsaußen-Vertretern, der Stadt, die sich gerne öffentlich mit braunen Freunden zeigen: Professor Klaus MOTSCHMANN (HdK-Berlin) und Landesschulrat a.D. Herbert BATH. Verantwortlich zeichnet Thorsten THALER, der seine rechtsextreme Karriere bei der Berliner Jungen Union begann und heute im Fahrwasser der NS-Gruppen schwimmt. Der Verein soll steuerabzugsfähige Spenden für das 'Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk' ermöglichen.

In der Stadt arbeiten alle Fraktionen der extremen Rechen eng zusammen, da hier besonders große Schwierigkeiten bestehen sich überhaupt öffentlich zu zeigen. Ein Beispiel: Einen Tag, nachdem AntifaschistInnen eine Kundgebung gegen den Parteitag der Berlin-Brandenburgischen Republikaner angemeldet hatten, wurden sie zwei Wochen lang von Neonazis in Eberswalde beobachtet. Als Informant zwischen den REPs und Kadern militanter Organisation wird der Friedhofsgärtner Olaf HEMPELMANN (ex-REP) aus Charlottenburg vermutet, der auch die Kundgebung des FRVS anmeldete. Die Reps gaben danach seinen

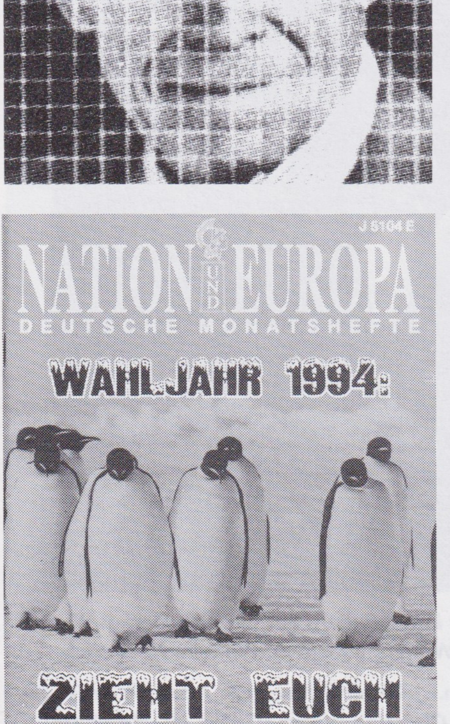
Der Anti-Antifaschismus der Konservativen

Der Anti-Antifaschismus ist auch eines der Hauptbetätigungsfelder der großen Politik geworden. Aus Angst vor einer Wahlniederlage führt die CDU/CSU ihren Wahlkampf mit StaSi-Akten, versucht sämtliche fortschrittliche Personen mit der StaSi in Verbindung zu bringen. Zudem beschwört sie mit der Kampagne für 'Innere Sicherheit' den Ruf nach einem starken Staat. Die angeblich sich gegenseitig aufschaukelnde Gewaltspirale zwischen Neonazis und AntifaschistInnen, ist als Propaganda genauso beliebt wie die Fortsetzung der rassistischen Hatz: Die von Innenminister Kanther entdeckte Bedrohung durch »Ausländerkriminalität«.

Knütter Dir einen!

***Die Titelbilder des »Einblick«** (unten) **und von Nation + Europa 1/94** (r. unten)*
Auch Heiner Geißler** (rechts) **steht im Visier der »Anti-Antifa«, er gehört zu den konservativen »Nestbeschmutzern«, die gegen Auswüchse des Rassismus Stellung beziehen (Foto aus Nation und Europa)





Kreise der CDU/CSU vertreten die reinste Form des Anti-Antifaschismus, wie er von Professor Hans-Helmút KNÜTTER entwikkelt worden ist. Der Bonner Politikprofessor hat diesen Begriff geprägt und von der 'Bundeszentrale für politische Bildung' eine Plattform zur Verfügung gestellt bekommen. Ab 1987 wurden seine Thesen kostenlos zur Politischen »Bildung« versandt. Für Knütter ist Antifaschismus der Hauptfeind der Demokratie und das letzte Zugpferd eines *»linken Totalitarismus«*, dessen *»kommunistische Untaten es nahe legen, nationalsozialistische Taten zu relativieren, und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen.«* Dem Antifaschismus soll auch innerhalb der Konservativen, *»die auf die durchsichtige Masche der Linken hereinfallen«*, der Boden entzogen werden. Die Dramaturgie entwickelt Knütter aus der Beschwörung der Gewaltspirale: *»Wenn der Staat nicht effektiver [...] auftritt, und beide Seiten bekämpft, wird es in der Tat zur Destabilisierung der politischen Ordnung kommen und bürgerkriegsähnliche Zustände werden eintreten.«* (Junge Freiheit 6/94)

So klagt auch das 'Deutschand-Magazin' (7/8/1993) der rechten CDU/CSUler, daß *»der Antifaschismus den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums überlebt«* habe *»und zur gefährlichsten Triebfeder des politischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland zu werden«* dro-

he. Der Autor Wilfried BÖHM, stellt sich auch im weiteren Text als gelehriger Knütterianer heraus und warnt »*Medien und Politik [...] ein schiefes Bild von der wirklichen Herausforderung durch politischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland zu zeichnen, und damit gleichzeitig der ebenso verlogenen wie gefährlichen »antifaschistischen« Propaganda Vorschub zu leisten.*« Als scheinbar wissenschaftliche Grundlagen für das Szenario mit dem Titel »*Wie sich linker und rechter Terror hochschaukeln*« werden die Verdrehungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Ekkehard WERTEBACH, angeführt. In einer Anhörung des Innenausschußes am 20.4.1993 betonte dieser, daß »*Organisationsgrad, Kommunikation und Mobilisierungsvermögen bei den Linksextremisten und Autonomen nach wie vor höher seien als bei den Rechtsextremisten.*« Das das rechte Deutschland-Magazin bei Leibe nicht alleine steht, führen Innenminister KANTHER und CDU-Fraktionschef Wolfgang SCHÄUBLE vor. Der eine will gleich die Bundeswehr für die Innere Sicherheit einsetzen, der andere malt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Sicherheitsnotstand an die Wand: Ob militante Serben, russische Mafia, die PKK, Linke oder Neonazis, das ist Kanther egal – Hauptsache es werden Meldungen produziert, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen. Zur Vermeidung eines angeblich drohenden Staatsnotstandes bietet die Bonner Regierung ihr »Gesetzespaket zur Inneren Sicherheit« an, um »*mit Entschiedenheit gegen Extremismus und gegen Gewalt (zu) kämpfen.*« (Wolfgang Schäuble Deutschland-Magazin 7/8/1993)

Dabei ist augenscheinlich, daß der politische Rechtsextremismus zumindest für den Professor Knütter bis zur FAP geht. Nicht nur, daß er seine Thesen den Konservativen liefert, er ist auch Lehrmeister der NS-Szene. Bescheiden räumt auch die Redaktion des 'Einblick' ein, daß der Begriff nicht aus ihren Kreisen stamme. Der Lehrmeister Knütter war Mentor des sog. »Ost-West-Arbeitskreises« an der Universität Bonn. Dieser betrieb »politische Bildung« für die FAP um Norbert WEIDNER und die NS-Schaltstelle in Bonn, die INITIATIVE FÜR GESAMTDEUTSCHLAND. Hier referierte der Geschichtsfälscher und Holocaust-Leugner David IRVING, sowie der in der gesamten NS-Szene gefeierte Hans-Dietrich SANDER über »*Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete*«. Nach einer Veranstaltung des Arbeitskreises mit dem Nazi-Barden Frank RENNIKKE marschierten u.a. Kader der Wiking Jugend, der FAP durch die Bonner Uni, es kam zum Eklat und der Arbeitskreis wurde schnellstens aufgelöst.

Dieser Vorfall setzte Knütter massiver öffentlicher Kritik aus, es änderte jedoch nichts daran, daß die »politische Mitte«, von Kanther, Schäuble bis zu Christian Worch, mit unterschiedlichen Vorzeichen auf die Anti-Antifa-Kampagne setzen. Kanther kann es nur recht sein, wenn Worch seine Gefolgschaft zum Bombenwerfen auffordert. ■

Die Delegation der DNSB in Fulda: Torben Haue (links hinten), Henrik Asferg Kristensen (2.v.l. mit weißem Hemd) und der Anmelder der Demo, Dirk Winkel (FAP-Kassel, mit runder Sonnenbrille ganz rechts)



Ausschluß bekannt. Ein paar Tage zuvor war Hempelmann noch Ordner auf ihrem Landesparteitag in Berlin.

Brandenburg:
Hier hat sich die stärkste NS-Gruppierung in die Anti-Antifa-Arbeit eingeklinkt. Die NF-Nachfolgeorganisation JF (Direkte Aktion Mitteldeutschland) veröffentlicht Anschriften von Antifas in ihrer Zeitung 'Angriff', die in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren kostenlos verteilt wird. Von einem ihrer Kader, Daniel KERSTEN, wird das Postfach 609 der JF in Frankfurt/Oder betrieben – die selbe Anschrift wurde vom 'Nationalen Info-Telefon' als Anti-Antifa-Kontakt für Brandenburg bekannt gegeben.

Mecklenburg Vorpommern:
Ende November bis Anfang Dezember hatten die Nazis an drei Wochenenden zum Großangriff auf die Linke in Rostock gerufen. Dieselben Kader, die schon am Pogrom von Rostock-Lichtenhagen beteiligt waren, leiteten zwischen 100 – 150 hauptsächlich lose organisierte Neonazis, zum Sturm. Ein Alternativ-Cafe wurde zerstört und Passanten in der Innenstadt angegriffen. Die Stürmung des Jugendzentrums, JAZ, konnte gerade noch abgewehrt werden. Trotz einer Unterzahl an diesem Tag ließen sich die Rostocker Antifas nicht unterkriegen und dankten angereisten UnterstützerInnen »für die Hilfe bei der Nachlese«.

In Rostock ist neben kleineren Skin- und Hooligan-Gruppen hauptsächlich JN und FAP organisiert – für die Angrffe reiste Unterstützung aus Mecklenburg-Vorpommern, Bochum und Berlin an. Kontakte an auswärtige Nazis wurden von dem Hamburger Neonazi Christian Worch vermittelt, der an seinen Kontaktmann »Andre« verwies. Aus Rostock selbst beteiligte sich u.a. die Gruppe aus dem Kreis um Andras Czajko. Dieser leitete den Angriff auf JAZ und unterhält Kontakte zur Wiking Jugend. Zusammen mit einer von älteren Faschos aufgebauten Infrastruktur gelang es ihm zahlreiche rechte Mitläufer zu mobilisieren.

In Rostock war die zentrale Abschlußkundgebung der »Rechtskampf-Woche« gegen die Parteienverbote geplant. Sie wurde von zwei FAP-Kadern aus HH angemeldet, jedoch auf Grund antifaschistischer Proteste verboten.

Dänemark:
Henrik Asferg KRISTENSEN ist der Inhaber des Vertriebspostfaches für den 'Einblick'. Das Postfach 1 in Randers ist Kontaktadresse der NSDAP/AO, Bestelladresse für die dänische Ausgabe des NS-Kampfrufes, 'Vaterland', und auch Kontaktadresse für die DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung). Kristensen ist ihr zweiter Vorsitzender und betreibt ein 'Nationales Infotelefon'. Er nahm mit einer Delegation auf dem Hess-Marsch 1993 teil und war einer der offiziellen Redner. Bereits am Wochende des 17.4.93 nahmen Mitglieder der DNSB an der Hitlerfeier ins Mainz-Gonsenheim teil.





Espen Rohde Kristensen (r. Foto vorn), Ole Anker Mortensen (r. Foto verdeckt) und Thomas Derry Nakaba (l. Foto rechts) (alle DNSB - Dänische Nationalsoz. Bewegung) werden von Christian Worch (l. Foto links) am 17.4.93 in Mainz eingewiesen.

Wie schütze ich mich gegen Nazi-Terror?

Bedrohungen , Telefonterror und Überfälle auf Antifas haben zugenommen, das ist eindeutig. Die Nazis wollen einschüchtern, doch die ersten Reaktionen zeigen, daß diese Tour nur begrenzten Erfolg hat. Gerade diejenigen von uns, die gegen Nazis recherchieren oder offen auftreten sind gefährdet. Für AktivistInnen ist es ratsam einige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, kühl zu bleiben, denn Panik ist die beabsichtigte Wirkung der Anti-Antifa:

Als erstes ist zu empfehlen eure Beobachtungen zu dokumentieren, auf Fotos, Video, Tonband oder Papier. Sammelt Zeugenaussagen und nehmt Drohanrufe auf Tonband auf. Diese Unterlagen können im Zweifelsfall als Beweismaterial dienen.

1. Sichert Euer Büro und eure Wohnung. Das beinhaltet doppelte Führung von Computerdisketten, wichtige Dokumente sollten in einer Kopie ausgelagert sein. Wenn möglich bzw. notwendig, sorgt dafür, daß die Nazis nicht genau wissen wo ihr zu finden seid.

2. Eine funktionsbereite Kamera mit eingelegtem Film sollte ständig in eurem Büro oder Wohnung vorhanden sein. Das versetzt euch in die Lage, verdächtige Personen sofort auf Zelluloid zu bannen oder Beschädigungen bzw. Schmierereien festzuhalten.

3. Seid vorsichtig bei verdächtigen Telefonanrufen. Einige Faschos können sich bei Euch als Reporter oder Interessierte an eurer Arbeit melden, um Informationen über euch bzw. über eure Gruppen zu sammeln. Wenn ihr einen Anruf erhaltet, der euch verdächtig erscheint:
a) Fragt nach Name und Adresse des/r Anrufers/Anruferin.
b) Sagt, daß ihr in ein paar Minuten zurückruft, notiert die Telefonnummer.
c) Ruft die Auskunft an oder überprüft Nummer und Adresse im Telefonbuch.
d) Wenn unter dem angegebenen Namen eine andere Rufnummer verzeichnet ist, ruft diese an. Wenn ihr ein Bandgerät habt, nehmt eingehende Drohanrufe auf, um sie später als Beweismittel benutzen zu können.

4. Ihr könnt bei der Post beantragen, daß die Nummern der Anrufer gespeichert werden, dadurch besteht die Möglichkeit auf rechtlichem Weg gegen den Drohanrufer vorgehen. Dieser Weg ist mit zahlreichen Behördengängen und einer Strafanzeige gegen Unbekannt verbunden. Noch relativ teuer sind Telefonapparate, die die Nummer des Anrufers anzeigen.

5. Erstellt ein Protokoll über verdächtige Anrufe und Vorfälle, dieses Material kann zur Öffentlichkeitsarbeit oder bei Gerichtsverfahren nützlich sein. Es ist Material um andere zu informieren und einen gemeinsamen Umgang mit Bedrohungen dieser Art zu finden. Wichtig werden kann diese Auflistung auch, um herauszufinden von wem die Bedrohung ausgeht.

6. Falls ihr einen Anrufbeantworter angeschlossen habt, solltet ihr euch darüber im Klaren sein, daß Apparate mit eingebauter Fernabfrage, Möglichkeiten zum Abhören der aufgezeichneten Gespräche bieten. Die Nummerncodes können relativ einfach von außen geknackt werden. Abhilfe wird geschaffen durch Abklemmen der Fernabfrage.

7. Teilweise versuchen Neonazis Spitzel in Antifa-Initiativen einzuschleusen. Bei den bisher bekanntgewordenen Fällen handelte es sich auch um Frauen, die der Kaderebene der Organisationen angehörten. Als Antifa-Gruppen müssen wir mit dieser Taktik einen Umgang finden. Seid nicht zu blauäugig und erzählt jeder/m gleich alles. Bevor ihr mehr zusammen unternehmt, lernt Euch erstmal besser kennen. Oft neigen Gruppen dazu jede/n Neuen mißtrauisch zu beobachten, doch eine Spitzelparanoia ist ein gewünschter Effekt der Spitzelei und der Tod jeder politischen Arbeit.

8. Schafft Öffentlichkeit und berichtet über die Vorfälle. Es trifft anfangs nur Einzelne, gemeint sind sehr viel mehr. Stellt klar, daß ihr euch vor diesem Feind nicht umdreht!

Niedersachsen

Im Januar 94 erhielten mehr als 2200 Gaststätten in Nordwest-Niedersachsen einen Aufruf von Antifas, insbesondere in den diesjährigen Wahlkämpfen, rechtsradikalen Gruppen und Parteien keinen Veranstaltungssaal zur Verfügung zu stellen. Die Veranstaltungen dienen den Faschisten nicht nur zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie, sondern werden auch zur Rekrutierung neuer Mitglieder und Planung neuer Aktionen und Überfälle genutzt. So fuhren am 8.5.93 nach einer Versammlung der NL im Ofenerdieker Krug in Oldenburg über 100 FaschistInnen nach Aurich, um unter den Augen der Polizei ein AusländerInnenfest im Jugendzentrum Schlachthof zu überfallen. Nur dem entschiedenen Eintreten der dort anwesenden Antifas war es zu verdanken, daß Schlimmeres vermieden werden konnte.

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Weser-Ems des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes hat sich in einem Interview deutlich dafür ausgesprochen, die Vermietung von Veranstaltungsräumen an rechtsradikale Parteien/Versammlungen unbedingt abzulehnen. Zudem gibt er in dem Interview Rechtshilfetips, wie ein Gastwirt gegen die unerwünschte Anmietung seiner Räume vorgehen kann.

Detaillierte Informationen über diese beispielhafte Briefaktion erhaltet ihr über das Antifaschistische Bündnis Weser-Ems und das Antifa-Plenum Oldenburg, c/o Alhambra, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg.

Göttingen

Der »Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.« organisierte am 29.1.94 in Bad Lauterberg im Harz eine Demonstration unter dem Motto »Widerstand hat Tradition – den antifaschistischen Widerstand im Harz organisieren!«. In diesem Rahmen gab es im Vorfeld Veranstaltungen am 27.1. in Göttingen und am 28.1. in Bad Lauterberg. Außerdem fanden in der Region in den zwei vorherigen Wochen mehrere Büchertische statt. An der Demo nahmen ca. 200 Personen teil, was für die Region Südharz als Erfolg gewertet werden kann. Sie fand in der regionalen und auch in der überregionalen Presse eine entsprechende Würdigung. Mit Hilfe einer guten Pressearbeit konnte erreicht werden, daß das Thema des Antifa-Widerstandes massiv in der Öffentlichkeit präsent war.

(n. Inf. des »Vereins z. Förd. antifasch. Kultur«)



Wunsiedel

Von der Reaktion zur Antifaschistischen Aktion

Unter diesem Motto startet die diesjährige Wunsiedel-Vorbereitungsgruppe eine Kampagne. Im Folgenden zitieren wir aus einem Flugblatt der Vorbereitungsgruppe.

Seit 1987 mobilisieren Faschos anläßlich des Todestages des Hitlerstellvertreters Heß zu Aufmärschen unter Beteiligung von FaschistInnen aus ganz Europa. Antifaschistische Gegenmobilisierungen konnten diese Aufmärsche kaum behindern, von Verhinderung gar nicht zu reden.

In Wunsiedel 90 fanden beide Demonstrationen in der gleichen Stadt statt, in den beiden darauffolgenden Jahren wurde der antifaschistische Konvoi, wie in Rudolphstadt oder Fulda geschehen, entweder von den Bullen umgeleitet oder festgesetzt. Um dieses Jahr erfolgreicher zu sein, wurde von mehreren Gruppen aus verschiedenen Städten ein dezentrales Konzept erarbeitet, welches kurz vorgestellt werden soll. Um Inhalte besser an die Öffentlichkeit zu bringen, und den FaschistInnen nicht immer hinterherzulaufen, soll schon im Februar/März eine Kampagne anlaufen. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen zu verschiedenen Schwerpunkten linker Politik, soll eine Vernetzung mit anderen fortschrittlichen Kämpfen erreicht werden.

Anfang März wird es eine Auftaktveranstaltung geben. In den folgenden Monaten sollen bundesweit regionale Aktionen, wie z.B. Info-Stände, Veranstaltungen, Flugblatt-Aktionen, Demos, Wohnungsblockaden, etc. pp... stattfinden. Am eigentlichen Tag X soll es bundesweit antifaschistische Mobilisierungen zu regionalen Nazi-Zentren und Wohnungen von bekannten Faschos geben.

Wir sind uns der Unterschiede zwischen Stadt und Landt bewußt. Um Unterschiede auszugleichen, stellen wird uns bei-

Leittransparent der Antifa-Demo am 29.1.94 in Bad Lauterberg/Harz



spielsweise vor, daß strukturschwache Gebiete in der Provinz bei Ihren Veranstaltungen und Aktionen aus strukturstarken Gebieten personell wie logistisch unterstützt werden. Vorstellbar ist auch, daß sich mehrere strukturschwache Städte und Dörfer aus einer Region zusammenschließen und gemeinsame Aktionen planen und durchführen.

Die Kampagne beinhaltet von Beginn an eine intensive und langfristige Pressearbeit, so daß wir unsere Inhalte an die Öffentlichkeit bringen können und interessierten Menschen Informationen zugänglich sind. Begleitet wird die Kampagne von einer regelmäßig erscheinenden Informations-Broschüre, in der Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Kampagne dokumentiert und angekündigt werden. Weitere Informationen erhaltet ihr über folgende Stellen:

Antifa Cafe, c/o Cafe Exzess, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt, Tel Montags zw. 18 und 23 Uhr oder
Antifasch. Notruf- und Infotel., werktags 17-7 Uhr, am Wochende durchgehend.
Spendenkonto: Anna Schie, M.St., Kto-Nr.: 304801372, BLZ 50050201, Frankfurter Sparkasse, Stichwort: Aktion

Koblenz

Erfolgreiche 2. Antifa-Aktionswoche

Die Aktionswoche vom 7.-13.11.93 unter dem Motto »Gemeinsam gegen den deutschen Größenwahn«, in der jeden Tag Veranstaltungen stattfanden, wurde durch eine Demo abgeschlossen, an der 300 Leute teilnahmen. Sie richtete sich gegen die »Out of area-Einsätze« der Bundeswehr (in Koblenz ist das III.Korps stationiert, das u.a. den Somalia-Einsatz koordiniert) und hatte die Geschichte des Militarismus anhand des Beispiels Kaiser Wilhelms d. I. und den Zusammenhang von Militarismus und patriarchaler Ideologie zum Thema.

Am Rande der Demo wurde ein professionell arbeitendes Kamerateam der Anti-Antifa mit einer ziemlich teuren Videokamera gesichtet, das verscheucht wurde. Nach Abschluß der Demo zogen ca. 100 Leute zur Rhein-Mosel-Halle, in der eine öffentliche Veranstaltung des »Forum res publica« stattfand (ein lokaler »Gesprächskreis« mit regelmäßigen Anzeigen in der »Jungen Freiheit« und Vorstellung in DESG-Inform 4/93). Zum Thema Bundeswehr referierte General a.D. Günter Kiesling. Die Antifas wurden gehindert in die Halle zu gelangen, mehrere wurden durch Hunde und Knüppeleinsätze verletzt,. Fotografen wurden unter Anwendung brachialer Gewalt die Filme abgenommen (die Koblenzer SEK-Einheit besteht größtenteils aus ex-GSG9-Bullen, die aus finanziellen Gründen überwechselten). Die durchschnittlich 70jährigen Veranstaltungsteilnehmer wurden anschließend tüchtig angepöbelt.

Detmold

4000 demonstrierten gegen NF

Sie ist verboten und dennoch aktiv, die Nationalistische Front um ihren ehemaligen Leiter Meinolf SCHÖNBORN. Das Zentrum der verbotenen Partei in Detmold-Pivitsheide war deshalb Ziel einer überregionalen Demonstration. Aufgerufen hatten verschiedene Antifa-Gruppen der Region, nach dreistündiger Verspätung formierte sich der Demozug. Grund der Verzögerung waren umfangreiche Vorkontrollen der Polizei, die mit Gefahr vor möglichen Ausschreitungen begründet wurden. Trotz der 24 Festnahmen von DemonstrantInnen verlief die Demo ohne Zwischenfälle. Für etwas Konfusion unter den BürgerInnen hatten die Nazis gesorgt – sie verteilten im Raum Detmold ein Flugblatt, daß »die deutschen Bürger« vor anreisenden »Chaoten« warnte. Zwei Tage vor Demonstrationsbeginn erschien ein zweiter Handzettel, diesmal im Namen der Demoveranstalter, dem Infoladen in Bielefeld. Darin wurden gewalttätige Aktionen angekündigt, mit denen man auch schon woanders Erfolg gehabt hätte. Dieses Flugblatt war gefälscht und trug zur Verunsicherung der BürgerInnen bei, die der Demonstration auch fernblieben.

Nach einem Prozeß gegen Schönborn versammelten sich bereits einen Tag vor der Demonstration rund 40 Nazis im Zentrum und es tauchten Flugblätter der »Autonomen Nationalisten und Aktionsfront Freiheit für Deutschland« auf, die ihre Mitglieder aufforderten sich unter die DemonstrantInnen zu mischen, zu peilen, zu beobachten und zu fotografieren. Weiterhin erschien eine Liste mit 20 Bielefelder linken Projekten, gegen die man »zeitversetzt« vorgehen solle. Doch Schönborns Mob von 49 Leuten verbrachte die Demo in Polizeigewahrsam, wegen zahlreicher »Hinweise auf Straftaten«.

Nach Willen der VeranstalterInnen sollte die »*Demo ein konkreter Schritt*« sein, um »*kontinuierlich die Faschisten, ihre Hintermänner und Wegbereiter auf allen Ebenen (zu) bekämpfen und ihnen wirkungsvoll Widerstand entgegenzusetzen*«.

(Ouelle: Aufruf, Antifaschistische Nachrichten)

Magdeburg

Republikaner-Kreisverbandstreffen durch Antifa-Protest verhindert

Am 10.01.94 sollte in der Gaststätte »Zum Prater« im Magdeburger Stadtteil Cracau ein Treffen des Kreisverbandes der Republikaner stattfinden, wo u.a. die Kandidaten für die Bundes- und Landtagswahlen aufgestellt werden sollten. Dieses Treffen wurde kurz vorher vom sachsen-anhaltinischen REP-Landesvorsitzenden Rudolf KRAUSE aus Bonese offiziell abgesagt. Angemeldet war es als »Vertriebenen-Treffen« von Joachim CZUGA, dem Pressesprecher des Magdeburger Vertriebenenverbandes Oberschlesien und stellvertretenen REP-Kreisverbandsvorsitzenden. Die Gaststätte sagte daher das Tref-

BürgerInnen aus Pivitsheide protestieren gegen das NF-Zentrum



fen ab und schloß an diesem Tag gleich ganz.

Trotz der Absage des Treffens sammelten sich ca. 300 AntifaschistInnen im Stadtteil Cracau und zogen durch die Innenstadt. Über Pressebetreuung und -erklärungen konnte das Anliegen der Demonstration vermittelt werden. So ist es auch erfreulich, daß in einigen Medien die Presseerklärung unserer Gruppe zitiert wurde. Nach dem »offiziellen« Ende der Demonstration in der Innenstadt zogen ca. 150 AntifaschistInnen noch zu der Gaststätte »Zum Prater«, weil es Gerüchte gab, das REP-Treffen würde doch dort stattfinden, was sich jedoch nicht bestätigte. Vor der Gaststätte fand zur selben Zeit eine Lichterkette statt, zu der eine BürgerInnen-Initiative gegen Rassismus in Cracau aufgerufen hatte. Leider kamen zu der Lichterkette jedoch nur ca. 25 Menschen. Nach der Demonstration versuchte mindestens ein Auto mit Faschisten, DemoteilnehmerInnen anzugreifen, was ihnen aber in dem von Antifaschistinnen beobachteten Fall nicht gelang.

Dennoch war die Demonstration – nach unserer Einschätzung – recht erfolgreich. Für eine derartig kurze Mobilisierungszeit und trotz der offiziellen Absage des Treffens kamen ca. 300 AntifaschistInnen zusammen, um gegen das geplante Faschisten-Treffen zu protestieren.

Am 26. Januar 1994 sollte das verhinderte Kreisverbandstreffen der Magdeburger Republikaner nachgeholt werden. Als bekannt wurde, daß gegen dieses Treffen eine antifaschistische Mobilisierung läuft, wurde die geplante Versammlung erneut abgesagt und die Gaststätte geschlossen.

Mit der Verhinderung solcher Treffen hoffen wir, die politische Arbeit der Magdeburger Republikaner erheblich zu behindern. Erste positive Ergebnisse (Risse im Informationsfluß zwischen Vorstand und Basis) sind schon erkennbar. Wir hoffen, daß es uns auch in Zukunft gelingt, die Arbeit faschistischer Parteien zu erschweren und Treffen in Magdeburg zu einem Risiko für solche Organisationen zu machen.

Agit-Prop-Aktion

Am 29.01.94 fand auf dem Alten Markt in Magdeburg eine Agit-Prop-Aktion der Antifaschistischen Gruppe Bandiera Rossa unter dem Motto »Gemeinsam gegen Faschismus in Europa! – Organisiert den Widerstand!« statt, zu der ca. 100 AntifaschistInnen kamen. Bei der Aktion wurden auf Holzrahmen gespannte Transparente aufgestellt, auf den die Umrisse europäischer Länder und die Namen faschistischer Parteien bzw. die ihrer Führer abgebildet waren. Während über einen Lautsprecherwagen informationen zu den faschistischen Parteien verlesen wurden, verbrannten antifaschistische FeuerspuckerInnen die Transparente. Mit der Agit-Prop-Aktion sollte auf den gewachsenen Einfluß faschistischer Parteien in Europa hingewiesen und zu organisiertem Widerstand aufgerufen werden.

Vorher wurden von uns gezielt JournalistInnen angesprochen, weil wir das Anliegen der Aktion über das Szene-Publikum hinaus verbreiten wollten. So gab es auch während der Aktion Personen, die sich um die MedienvertreterInnen kümmerten. Die Resonanz in der Presse war daher ganz gut. (aus: Presseerklärung der Bandiera Rossa Antifaschistische Gruppe)

Berlin

Aktion »Gelber Punkt«

Seit kurzer Zeit sind an den Fensterscheiben verschiedener Gaststätten und Lokale in Berlin-Kreuzberg, Neukölln und Schöneberg gelbe Punkte zu sehen. Diese tragen die Aufschrift: »Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen!«

Wir, einige Leute aus Kreuzberg, möchten über diese Aktion und uns berichten: Unsere Gruppe entstand aus einem Kieztreffen, das vor ein paar Monaten im Gemeindehaus in der Nostizstraße stattfand. Anlaß dazu war der Brand in der Blücherstraße 31a im Juni 1993, der nach Aussage von AnwohnerInnen auf einen Anschlag durch Rassisten zurückzuführen ist. Bei diesem Brand starben eine Frau und ein Kind. Fanden bis dato die rassistischen Übergriffe scheinbar in anderen Stadtbezirken statt, wurde spätestens nach diesem Vorfall deutlich: Auch in Kreuzberg ist niemand vor rassistischen Übergriffen sicher!

Auf dem Kieztreffen überlegten wir gemeinsam, wie wir unsere Betroffenheit und Wut in entschlossenes Handeln umsetzen könnten. In den darauffolgenden Treffen kam die Idee des »Gelben Punktes« auf, die in Saarbrücken entstanden war (siehe Info Nr. 23, d. Red.). Zum einen soll mit dieser Aktion den Menschen, die einem rassistischen Angriff unmittelbar ausgesetzt sind, Schutz und Hilfe geboten werden. Zum anderen geht es um den demonstrativen Effekt: Mit dem gelben Punkt wird klar nach außen hin politisch Stellung bezogen. Zudem wird der wachsenden Anonymität, die rassistische Übergriffe überhaupt erst möglich macht, etwas entgegengesetzt: Jedes Lokal, das die Aktion unterstützt, erhält außer dem gelben Punkt eine Telefonliste, auf der alle Läden vermerkt sind, die sich an der Initiative beteiligen. Ziel dabei ist es, eine dichte Vernetzung zu erreichen, die sich auf alle Stadtteile erstreckt.

Es wäre sehr schön, wenn noch mehr Menschen diese Aktion unterstützen und in anderen Bezirken aufgreifen würden. Unsere Gruppe ist offen für neue Leute, Ideen, Fragen und Vorschläge. Kontaktadresse: Antifa-Kieztreffen, c/o Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1, 10961 Berlin.

Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen

Kundgebungen vor Hotel Kempinski

Seit Dezember 93 finden vor dem Berliner »Bristol Hotel Kempinski« am Kurfürstendamm / Fasanenstraße wöchentliche Protestaktionen statt.Die Hinterbliebenen der jüdischen Familie Kempinski und unterstützende AntifaschistInnen protestieren damit gegen das Verhalten des Hotelkonzerns und des Berliner Senats. Diese lehnen es bisher ab, wahrheitsgetreue Gedenktafeln an den Hotels bzw. in dessen Nähe anzubringen.

Da die Hotels wieder den Namen der jüdischen Familie tragen, sollen die Gedenktafeln daran erinnern:

1937 – die M. Kempinski & Co wird arisiert. Die Eigentümer werden verjagd oder vergast. Unter dem NSDAP-Mitglied Spethmann, leisten Jüdinnen Zwangsarbeit bis zur Deportation ins KZ und damit in den Tod..

1953 arrangiert derselbe Spethmann die Übernahme der Kempinski-Reste durch die schwer NS-belastete Hotelbetriebs AG. 1977 benutzt der Hotelkonzern den jüdischen Namen und firmiert seitdem als »Kempinski-AG«. . Aufgrund der Veröffentlichung einer Erklärung der Familie Kempinski im Neuen Deutschland versuchte der Kempinski-Konzern die Verhandlungen mit der Kempinski-Familie für beendet zu erklären.

Auf Anfragen im Abgeordnetenhaus bezeichnet der Berliner Senat die Verhand-

lungen als »privatrechtliche Angelegenheit«.

Der Hotel-Konzern gerät zunehmend unter Druck. Seine Weigerung, wahrheitsgemäße Gedenktafeln zu errichten, kostet nun Geld.Bei den öffentlichen Mahnwachen, die jeden Samstag um 19 Uhr stattfinden erkundigen sich vor allem ausländische Gäste. Manche suchten sich daraufhin ein anderes Hotel. Das israelische Verkehrsbüro sagte einen großen Empfang ab, in einem Brief an verschiedene israelische Stellen hat der »Jüdische Runde Tisch« gebeten, von Veranstaltungen in diesem Hotel Abstand zu nehmen.
(aus: frontblatt)

Weihnachtsgeschenk

Ein frühes Weihnachtsgeschenk für den Schöneberger JN-Kader Andreas Storr von der »Lesbenfrauen Antifa«: In der Nacht vom 20. zum 21.12.1993 ging sein blauer Golf in Flammen auf. Storr blickt auf eine langjährige braune Karriere zurück (siehe Info Nr. 24). Seit dem 27.2.92 ist er Bundesvorsitzender der Jungen Nationalen, der Jugendorganisation der NPD. 1990 war er NPD-Kandidat für die Bundestagswahl, zudem war er Teilnehmer am »Heldengedenkmarsch« in Halbe und bei Seminaren der »Deutschen Kulturgemeinschaft« anwesend. Mit einem Mitgliederstamm von ca. 1000 Mitgliedern ist die JN die stärkste faschistische Jugendorganisation neben der Wiking Jugend.

Dieses Jahr: Kein Nazi-Aufmarsch in Berlin am 1. Mai!!!

Ein Bündnis, zu dem die 'GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus' aufgerufen haben, hat beschlossen, sich dieses Jahr keinen Aufmarsch der FAP bieten zu lassen. Letztes Jahr zogen 100 braune Hansels durch Lichtenberg, 500 eingesetzte BeamtInnen sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Das Ziel des Bündnisses ist es, bereits im Vorfeld durch politischen Druck auf den Senat den Aufmarsch zu verhindern. Eine Gegendemo ist dort geplant, »*wo immer auch sich die Nazis sammeln. Wir werden viele sein und die Faschos werden nicht marschieren.*« Ein Aktivist des Bündnisses betonte weiterhin gegenüber dem INFO, daß man ein breites politisches Spektrum in die Vorbereitungen einbeziehen werde und eine Aktionswoche mit Konzerten und Veranstaltungen plane. Leider steht der genaue Plan noch nicht fest. Dieser kann bei den GewerkschafterInnen nachgefragt werden: DGB-Jugendzentrum, Brunnenstraße 125-127, 1000 Berlin 65

Im Brennpunkt: Der 20.April

Am diesjährigen 20. April kommen in Berlin verschiedene Aspekte bundesdeutscher Wirklichkeit wie in einem Brennglas zusammen. Verantwortlich dafür sind der Berliner Senat und der Fußballverband der Stadt, die sich förmlich um die Austragung des Fußballänderspiels Deutschland – England gerissen haben. Das Datum wurde vom Vorstand des Deutschen Fußballbundes beschlossen, er ist verantwortlich für die unsägliche Debatte, ob man ein Fußballspiel am »Hitler Geburtstag« abhalten könne oder nicht. Der Hamburger Senat hatte abgelehnt, da ihm durch den Verfassungsschutz Erkenntnisse über geplante Ausschreitungen vorlagen. Der 20.April hat auch für die ImmigrantInnen eine besondere Bedeutung, da in Berlin türkische und kurdische Jugendliche vor 5 Jahren das erste Mal eigenständig gegen die Bedrohung von Rechts auf die Straße gingen. Dieses Jahr soll bundesweit nach Berlin aufgerufen werden, eine Entscheidung, die schon vor der Bekanntgabe des Länderspiels feststand.

Die Krone setzte der Berliner Senat auf mit seinem Angebot, das Olympiastadion als Austragungsort des Länderspiels zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig im Rahmenprogram des Länderspiels die Westalliierten zu verabschieden. Alles ist wieder ganz normal oder eben doch nicht so normal, wenn ausschließlich die drei westlichen Armeen ausgerechnet an »Führers Geburtstag« verabschiedet werden. Die Armee, welche die Hauptlast des Krieges gegen die Nazi-Barbaren zu tragen hatte, die ehemals sowjetische, soll nicht geladen werden, eine Aussöhnung mit der stärksten Kraft der Anti-Hitler-Koalition ist auch nachträglich nicht erwünscht.

Der Berliner Senat spielt auf der Tastatur des Wahlkampfes im Jahr der »Inneren Sicherheit«. Mit dem Fußballspiel am 20.April wird gerade unter der türkischen Bevölkerung Angst gesät. Die Überreaktionen, zu denen es in der aufgeputschten und aggressiven Stimmung der Stadt kommen kann, würden den Hardlinern der CDU nutzen, um sich als Vertreter von Recht und Ordnung aufspielen zu können. Bei normalem Auftreten der Polizei, wäre diese Angst nicht unbedingt begründet, aber diese Polizei ist bekannt für ihre rassistische Haltung und ihr provokantes Auftreten.

Gerade Fußballänderspiele ziehen den Nazi-Mob in einer großen Anzahl an, während ihr Einfluß bei den meisten Vereinen zurückgegangen ist. Trotzdem wird es das Hauptanliegen der Hooligans sein, sich mit den englischen Fans zu prügeln. Wir betrachten die Hools nicht als Gegner und wenn sie sich untereinander prügeln, kann man davon zwar halten was man will, aber es stört uns nicht. Entscheidender wird sein, angemessene politische Protestformen zu finden, bereit zur Selbstverteidigung zu sein, ohne die Situation zu eskalieren.

Antifaschistische Fußballfans treffen sich bereits, um mit lebendigen Aktionen gegen Rechts zu mobilisieren. Sie lehnen das Spiel an diesem Tag ab und fordern eine zeitliche Verlegung. Sie, wie auch viele deutsche Antifa-Gruppen, werden sich der Demo der ImmigrantInnen anschließen. Die inhaltliche Ausrichtung wird von ImmigrantInnen Gruppen mehrerer Städte festgelegt und ist noch nicht abschließend klar. Es soll eine großangelegte Aktion werden, bei der SchülerInnen und LadenbesitzerInnen zum Streik aufgerufen werden sollen. Deshalb soll die Demo auch bereits um 14 Uhr starten.

Achtet auf weitere Ankündigungen!

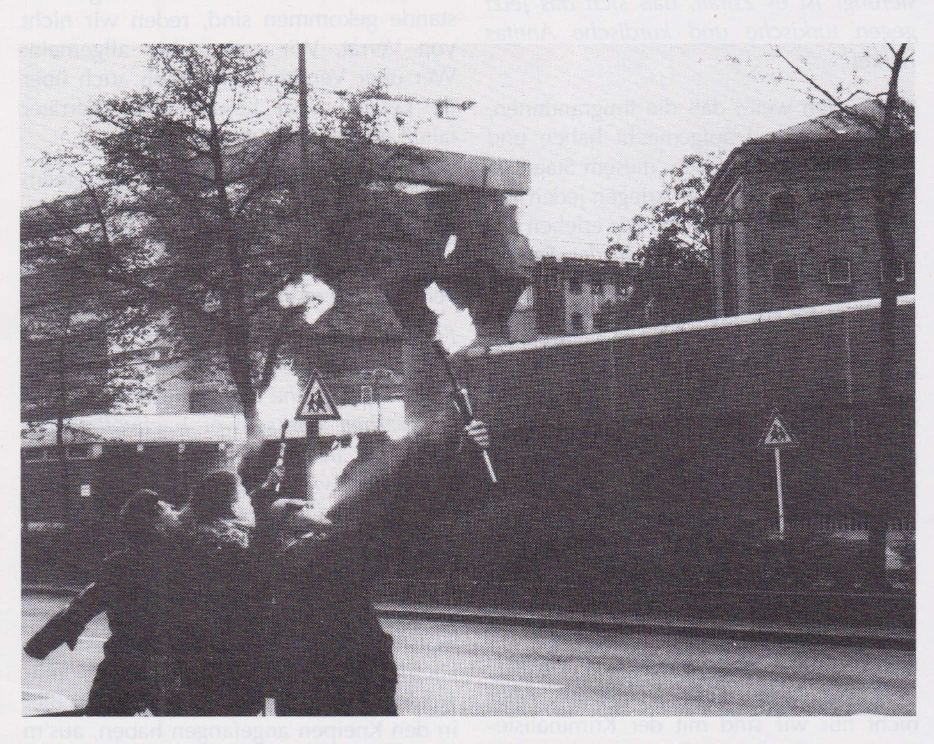
Am 8.10.1977 (!) gab es im Olympiastadion Berlin beim Spiel BRD - Italien jede Menge zum »Gruß« erhobene Arme: Nur ein kleiner Vorgeschmack auf dieses Jahr



Seit Mitte November 1993 sitzen fünf Antifas in U-Haft (siehe Info Nr.25). Vorgeworfen wird ihnen Mord, Mordversuch und Körperverletzung im Zusammenhang mit der Tötung des DL-Funktionärs Gerhard Kaindl am 4. April 1992.
Im Folgenden geben wir Positionen von zwei Personen aus dem Berliner UnterstützerInnenkreises wieder.



mit 2 Leuten aus dem UnterstützerInnenkreis der inhaftierten AntifaschistInnen



Frage: Wer seid ihr, wie heißt Eure Gruppe?

LISA: Es gibt mehrere Gruppen, die sich zur Unterstüzung der Gefangenen zusammengeschlossen haben. Ich selber mache mit in dem Öffentlichkeitsbüro, das es seit Anfang Januar gibt, und kümmere mich insbesondere um die bürgerlichen Medien. Dann gibt es aber noch eine ZeugInnengruppe, 'ne Finanzgruppe, die Zeitungsgruppe und die Verteilungsgruppe.

ÖMER: Ich arbeite mit an unserer Zeitung »Herzschläge«. Die zweite Nummer, in deutsch und in türkisch, ist gerade fertiggeworden. Wir versuchen so, mehr Öffentlichkeit für die Inhaftierten herzustellen.

Frage: Die Haftbedingungen haben sich zum Teil verändert. Wie sieht die Situation von Fatma, Abidin, Erkan, Mehmet und Bahrettin jetzt aus? Wie geht es ihnen persönlich?

ÖMER: Fatma hat jetzt Gemeinschaftsvollzug, endlich, nach über zwei Monaten Isolationshaft. Dementsprechend geht es ihr jetzt auch besser, wo sie mit anderen Frauen sprechen kann, und sie den Tag, so gut es geht, zusammen gestalten können.

Mehmet und Abidin dürfen nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen.

LISA: Von Erkan und Bahrettin wissen wir recht wenig. Erkan ist vor ca. 2 Wochen in eine psychatrische Klinik, in eine geschlossene Abteilung – versteht sich, verlegt worden. Soweit wir das mitgekriegt haben, ist er apathisch. Zwischen Weihnachten und Neujahr hatte er sogar versucht, sich umzubringen.

Über Bahrettin was zu sagen, ist noch schwieriger. Über seinen Anwalt hat er uns ausrichten lassen, er wolle keine Solidarität von uns.

Wir wissen von beiden, daß sie Aussagen gemacht haben, wissen aber nicht, was sie gesagt haben, und wie diese Aussagen zustande gekommen sind.

Frage: Wie läuft die konkrete Unterstützung der Leute im Knast von euch aus?

LISA: Na ja, alle 2 Wochen dürfen je 3 Leute auf Besuch in den Knast. Die Leute, die bei Abidin, Fatma und Mehmet Knastbetreuung machen, kümmern sich auch um die Bücher und all den Kram, den die Gefangenen haben wollen. Bei den Besuchen oder in den Briefen sagen die drei



dann auch, wen sie sehen wollen. Um Erkan und Bahrettin kümmern sich deren Eltern. Bei ihnen war auch noch keiner der UnterstützerInnen.

Frage: Was könnt ihr zur Unterstützung von außerhalb eurer Gruppe sagen.

LISA: Es gibt verschiedene Formen der Unterstützung. Gerade auch Briefe an die Gefangenen sind wichtig. Es schreiben sogar Leute, die die Gefangenen gar nicht persönlich kennen. Briefe sind für sie ziemlich wichtig; aber ich weiß auch von mir selber, daß es schwer ist, Leuten im Knast zu schreiben, wenn der persönliche Bezug so völlig fehlt.

ÖMER: Einige wenige Gruppen aus Berlin haben uns bei der ersten Knastkundgebung, auch bei der zu Silvester, geholfen. Das hat uns ziemlich geholfen. Es hat auch ein paar Soli-Feten gegeben, damit wir Geld für die Gefangenen zusammenkriegen, und um den AnwältInnen wenigstens ein bißchen Geld geben zu können. Es gab sogar Solifeten und Geldspenden aus anderen Städten.

Was für mich wichtig ist – und wohl auch für unsere FreundInnen drinnen – ist, daß sich am 22. Januar in Hamburg ein »Antifasist Genclik Komitee« gegründet hat. Das sind ImmigrantInnen aus der BRD, die sich zusammengeschlossen haben, um Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit für die Gefangen zu machen.

Frage: Ist mittlerweile bekannt, wie die Anklage lautet?

ÖMER: Die Anklageschrift wird von der Staatsanwältin erst formuliert, wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind. Auf den meisten Haftbefehlen standen die Vorwürfe »Mord, Mordversuch und Körperverletzung«. Auf zwei Haftbefehlen stand auch noch »Mitgliedschaft« bzw. »Sympathisant« von Antifasist Genclik [Antifaschistische Jugend – eine Initiative von ImmigrantInnen in Berlin]. Einer der Anwälte meinte neulich, die Anklage würde wohl auf »gemeinschaftlichen Mord« hinauslaufen.

Frage: Welche Funktion hat die Kriminalisierung? Ist es Zufall, daß sich das jetzt gegen türkische und kurdische Antifas richtet?

ÖMER: Ich weiß, daß die ImigrantInnen, die ihren Mund aufgemacht haben und immer noch aufmachen, diesem Staat ein Dorn im Auge sind. Wir kriegen jeden Tag rassistische Pöbeleien ab. Wir erleben auf der Straße, auf den Behörden den Rassismus. Die Grenzen von Menschenwürde und Menschenrecht, die die Deutschen haben, existieren für uns ImigrantInnen nicht. Sie haben Sondergesetze festgeschrieben und behandeln uns auch so. Wenn wir uns einsetzen für unsere Rechte, dann reagieren Staat, Bullenapparat, Presse, Faschisten und Politiker mit einer Hetzkampagne und direkter Gewalt. Seit 1983 setzten sie ihren Plan, uns ImigrantInnen und Flüchtlinge aus diesem Land rauszukriegen, immer mehr durch. Dieser Prozeß soll exemplarisch zeigen, was mit uns passiert, wenn wir uns gegen Rassismus und Faschismus laut äußern. Aber nicht nur wir sind mit der Kriminalisierung gemeint. Das geht gegen alle Linke hier. Die Bevölkerung soll glauben, die antifaschistische Bewegung ist eine Mörderbande.

Frage: Der Staatschutz hat Informationen an Faschisten weitergegeben. War das eine Panne oder ist das Teil einer bestimmten Strategie?

LISA: Das ist Teil von dem, was wir meinen. Wir wissen nicht genau wieviel der Staatsschutz an die Faschisten weitergegeben hat. Aber die Faschisten der DL haben Namen und Adressen von türkischen Leuten bekommen, das ist klar. Wir denken nicht, daß das Zufall war. Die Bullen arbeiten sowieso gegen uns. Da ist es nur ein Punkt, daß sie Namen weitergeben. Wahrscheinlich haben sie gehofft, daß die Nazis uns dann sozusagen »besuchen« kommen.

Frage: Nach dem Tod Kaindls war die Rede von 6-8 Vermummten, von Frauen war nicht die Rede. Jetzt werden mindestens 10 Personen beschuldigt, darunter mehrere Frauen. Wie kommt es zu diesen Widersprüchen?

LISA: Das wüßten wir auch gerne. Die Ermittlungen richteten sich damals gegen türkische und kurdische Jugendliche, sowohl Frauen als auch Männer.

Frage: Gab es bereits Akteneinsicht?

ÖMER: Ja, seit ein paar Tagen. Allerdings wissen wir noch nicht, was drinnen steht.

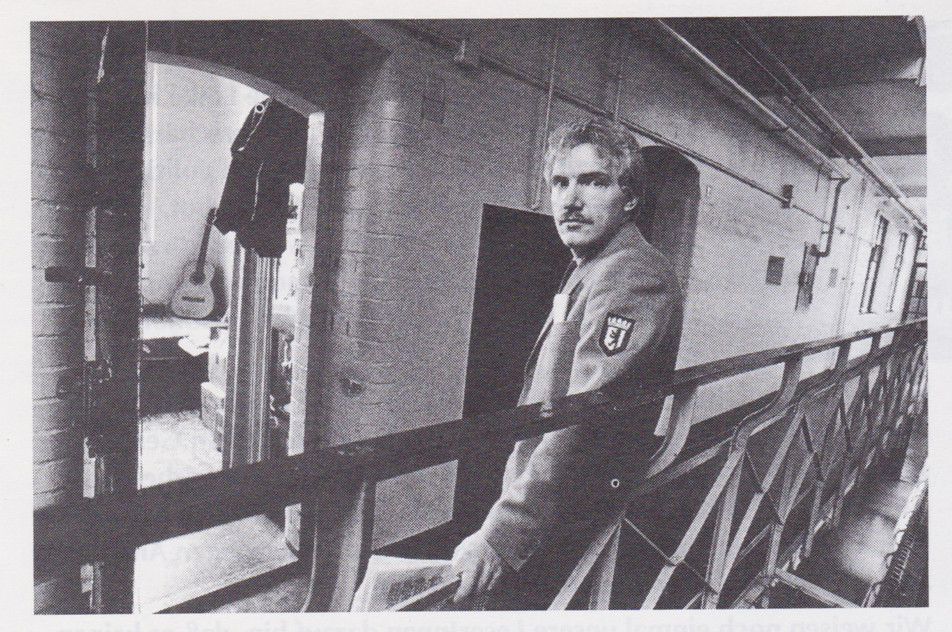
Frage: Betrachtet ihr Erkans Aussagen als Verrat?

ÖMER: Können wir erstmal nicht so sagen. Solange wir nicht wissen, wie und mit welchen Methoden die Aussagen zustande gekommen sind, reden wir nicht von Verrat. Wir sagen aber allgemein: Wer über Verräter redet, muß auch über die Leute um sie herum reden. Verräter fallen nicht vom Himmel.

LISA: Erkan war auch schon vor seinem Zusammentreffen mit den Bullen in psychatrischer Behandlung. Ich weiß nicht, ob seine Aussagen überhaupt vor Gericht verwertet werden können.

Frage: In Diskussion mit verschiedenen Leuten ist uns aufgefallen, daß nach außen eine politische Strategie der Unterstützungsarbeit nur schwer nachvollziehbar ist. Könnt ihr den aktuellen Stand eurer Diskussion wiedergeben?

LISA: Nun ja, für uns alle war die Situation zuerst völlig neu. So'n heftiger Vorwurf wie Mord und dann auch noch gemeinschaftlich, ist nicht gerade alltäglich. Zuerst ging viel von unserer Kraft in »Schadensbegrenzung«. Wir haben mitgekriegt, wie Leute nach dem fünften Bier in den Kneipen angefangen haben, aus'm Nähkästchen zu plaudern, wahrscheinlich aus Profilierungssucht. Dann haben wir noch erfahren, daß die Bullen mit Fotomappen durch Kneipen gezogen sind und Leute ausgefragt haben oder es zumindestens versuchten. Also ging's darum, daß alle erst mal das Maul halten sollten. Erst nach ein paar Wochen konnten wir dann über die politische Strategie diskutieren. Immer mit der Angst im Nakken, den Gefangenen mit irgendwelchen Statements zu schaden. Die derzeitige Diskussion zusammenzufassen, ist etwas



schwierig. Ich will nur ein paar Stichpunkte nennen. Zuerst einmal bleibt richtig, was wir immer gesagt haben: antifaschistische Selbsthilfe ist notwendig. Wir sind eine verschwindend kleine Minorität, unser Kampf ist ein Abwehrkampf. Unser Eingreifen muß vielfältig sein, und auch das Angreifen von faschistischen Kadertreffen ist darin ein Teil. Denn das ist so richtig wie banal: Wo es den Faschisten schwer gemacht wird, ihre Struktur auszuweiten, d.h. da, wo die Antifa stark ist, gibt es weniger Anschläge und organisierte militante Rassisten. Wer Fascho-Treffen duldet, billigt auch die davon ausgehende Gewalt.

ÖMER: Ein anderer wichtiger Punkt in der Diskussion geht darum, daß wieder gelernt werden muß, mit den Mitteln, die wir benutzen, verantwortlich umzugehen. Ich weiß, daß wir oft gar nicht mehr die Wahl haben, ob wir uns auf Auseinandersetzungen einlassen oder nicht. Sie wird uns aufgezwungen. Wir sind konfrontiert mit einer Ideologie, die auf Gewalt setzt und die keine Regeln und Grenzen kennt. Nur diejenigen, die noch nicht im Fadenkreuz der Faschisten stehen, können es sich erlauben, sich von militanten Aktionen zu distanzieren. Trotzdem ist für uns wichtig, die Diskussion über verantwortliches Umgehen mit Waffen zu führen.

LISA: Eine andere Diskussion ist, warum die Gefangenen ausgerechnet türkische und kurdische Menschen sind. Das ist doch kein Zufall. Die Kriminalisierung setzt an einem verdammt schwachen Punkt an, der ImmigrantInnen-Antifa. Die Hetze kennen wir seit Jahren, Vorurteile sitzen auch bei der Linken verdammt tief.

ÖMER: Es gibt verschiedene Einschätzungen zur Kriminalisierung. Zum einen könnte der Prozeß für das momentane Wahlkampfthema »Innere Sicherheit« verwertet werden. Gleichzeitig soll die Antifa als Mörderbande abgestempelt werden, während die Zusammenarbeit von Staatsschutz und Faschisten prima läuft. Die gemeinschaftlichen Versatzstücke der Ideologie der Herrschenden und der Faschisten sind die Grundlage dafür. Widerstand soll zerschlagen werden, noch mehr gespalten in staatstragende und andere, so'n Nebeneffekt für die Bullen ist die Verunsicherung der Szene. Auf jeden Fall sind wir alle mit der Anklage gemeint, die Gefangenen sitzen stellvertretend für viele.Wenn ich von dem Treffen im China-Restaurant erfahren hätte, wäre ich auch hingegangen. Deshalb werden wir auch alles daran setzen, damit das Kalkül des Staatsschutzes nicht aufgeht

Frage: Wie sieht eure Öffentlichkeitsarbeit aus?

LISA: Bisher noch ziemlich chaotisch. Wir versuchen natürlich, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dabei wollen wir sowohl unsere Positionen verbreiten als auch Informationen über die DL sowie über die haarsträubenden Ermittlungspraktiken nach außen tragen. Mit der bürgerlichen Presse ist es relativ schwierig, da der Prozeß noch nicht begonnen hat. Aber wir versuchen natürlich auch schon vorher Artikel zu dem Thema unterzubringen, gerade auch zu den erfolgten Durchsuchungen und der Situation der Gefangenen. Zusätzlich sollen die Herzschläge mit den neuesten Infos regelmäßig erscheinen. Mit Veranstaltungen fangen wir gerade erst an. Die erste Veranstaltung hier in Berlin war sehr informativ und stark besucht. Vorbereitet wird gerade eine große Veranstaltung in der Volksbühne, wo Künstler sich solidarisieren. Am 20. April oder zwei Tage später wird es eine Demo von ImmigrantInnen geben. Am 20. oder 21. Mai soll eine bundesweite Demo »Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands – Eingreifen ist gerechtfertigt!« in Berlin stattfinden.

Wir wollen natürlich auch eine Öffentlichkeit in anderen bundesdeutschen Städten und im Ausland schaffen. Jedoch haben wir uns mit der Verteilung etwas verzettelt. Aber wir werden das bestimmt auch noch hinkriegen.

Frage: Wie wird auf eure Öffentlichkeitsarbeit reagiert?

LISA: Gerade die Linke scheint sehr interessiert zu sein. Jedoch gab es bisher wenig Feedback; inwieweit das an uns liegt wissen wir nicht. Aber das wäre der richtige Moment um auf unser Öffentlichkeitsbüro hinzuweisen:

Öffentlichkeitsbüro zur Unterstützung der verfolgten AntifaschistInnen
c/o Kreuzbüro
Großbeerenstr.89, 10963 Berlin
Fax/Tel: 030 / 251 05 91
Mo, Di, Do von 9.00 - 12.00
und Do von14.30 - 17.30

Spenden an:
R. Stüker, Stichwort: »Antifa«
Kto.-Nr.: 240 297 679
Sparkasse Berlin, BLZ: 100 500 00

Frage: Was erwartet ihr euch an Unterstützung?

LISA: Viel! Toll wäre Hilfe bei der Verteilung von Informationen, Plakaten etc.. Geldspenden werden natürlich dringend gebraucht. Büromaterial wird massenweise benötigt. Toll sind Soliveranstaltungen, wo die Unterstützung aber nicht dabei stehen bleiben darf. Sonst liegt unsere Forderung an die Linke, die Diskussionen, die Jahre lang nicht geführt worden sind, nicht uns zu überlassen,sondern sie in den eigenen Reihen jetzt zu führen, und uns daran Teil haben zu lassen. Es gibt schon Möglichkeiten, diese Diskussionen teils auch öffentlich zu führen. Super wäre, wenn Leute uns Informationen über andere Prozesse schicken könnten.

Und schön sind Briefe an die Gefangenen:

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436/3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

FatmaBalamir, BuchNr.: 950/93/8, Jva Frauen, Friedrich Olbricht Damm 17, 13627 Berlin

Erkan Sönmez: aktuelle Adresse unklar

Bahrettin Yoldas, Jugendstrafanstalt Plötzensee, Friedrich Olbricht Damm 40, 13627 Berlin

Stand: Mitte Februar 1994 ■



Die Repression gegen die politische Linke in Deutschland wird angezogen und verschärft. Die Verbote gegen kurdische Vereine und politische Organisationen, begleitend zum PKK-Verbot, sind ein deutliches Signal. In Schwerin wurden kürzlich die Untersuchungen im Fall der Ermordung von Grams eingestellt; Grams habe demnach Selbstmord begangen.

Wir weisen auf diese Vorgänge hin, weil sie große Bedeutung haben und die Repression gegen Antifas nicht isoliert von diesem Generalangiff gesehen werden kann. Die Zusammenarbeit der »Sicherheits«apparate mit organisierten Faschisten stellen wir im Schwerpunkt dar. Hier werden lediglich einige Repressionsmaßnahmen gegen Antifas aus der Fülle der laufenden Angriffe gezeigt.

Wir weisen noch einmal unsere LeserInnen darauf hin, daß es keinen Sinn macht, den Behörden gegenüber irgendwelche Aussagen zu machen. Kümmert Euch schon jetzt um AnwältInnen!

Berlin

Ein Jahr Knast für Flugblatt

Das Landgericht unter Vorsitz von Richter Brüning verurteilt Garip zu 12 Monaten ohne Bewährung wegen »Verleumdung eines Verfassungsorgans« (vorgesehene Mindeststrafe: 3 Monate). Garip hatte drei Wochen nach dem Solinger Attentat im letzten Frühsommer Flugblätter verteilt, in denen das Verhalten von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten gegenüber Nazis dargestellt wurde. Insbesondere die Kritik an Richtern geht Herrn Brüning zu weit. Daneben sollte Garip auch noch Landfriedensbruch angehängt werden. Er sei ein Aufwiegler, da er bei seiner Verhaftung (u.a. durch Zivilpolizei) um Hilfe geschrieen und damit die explosive Lage, die am Kottbusser Damm geherrscht habe, angeheizt hätte.

Garips Flugblatt ging auch auf die Zusammenarbeit des Staatsschutzes mit den Faschisten im Fall Kaindl ein.

Quelle: Die Rote Hilfe 1/94

9 Monate auf Bewährung wegen Landfriedensbruch bestätigt

In der Berufungsverhandlung gegen einen berliner Antifa bestätigte Richterin Eschenbach ein vorher ergangenes Urteil wegen Landfriedensbruch anläßlich des FAP-Aufmarsches im Prenzlauer Berg am 1.Mai 1992, obwohl sie es dem Angeklagten zugute hielt, gegen die FAP demonstriert zu haben. Grundlage ihres Urteils waren die Aussagen der Polizisten, obgleich es auch Entlastungszeugen gab.

Quelle: Die Rote Hilfe 1/94

Carlo Weber droht

In die dritte Instanz ging ein Antirassist aus Neubrandenburg, der zuvor wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand zu 8 Monaten auf Bewährung verurteilt worden war. Trotz verschiedener Widersprüche in den vorangegangenen Verfahren – nun waren die PolizeizeugInnen besser abgesprochen – wurde er nicht freigesprochen. Anläßlich einer Demo am 3.Oktober soll er angeblich Steine auf die Polizei geworfen haben. Die Polizistin Luithle erklärte vorher, daß sie und ihrer KollegInnen bei diesem ersten großen Einsatz nur darauf gewartet hätten, daß es endlich losgehe. Carlo Weber, politischer Staatsanwalt in Berlin, Autonomenfresser und bekannt als glühender Feind jeder fortschrittlichen Regung, drohte der Verteidigung, wegen Falschaussage gegen den Entlastungszeugen des Angeklagten zu ermitteln, wenn nicht sofort die Berufung zurückgezogen würde. Die Verteidigung mußte sich beugen.

Quelle: Die Rote Hilfe 1/94

Arolsen / Kassel

Am 14.8.93, im Vorfeld des »Rudolf-Hess-Gedenkmarsches« wurde in Allendorf-Rennertehausen bei Frankenberg der Neonazi Thomas Kubiak zusammengeschlagen. Presse und Polizei bescheinigen ihm eine lebensgefährliche Kopfverletzung, die eine Operation im Uniklinikum nötig gemacht haben soll.

Kubiak ist Funktionär der »Nationalen Jugend« und Mitinitiator der »Sauerländer Aktionsfront« (SAF). Die Öffentlichkeits- und Aufbauarbeit der SAF führt im Jahr 1992 zum Anstieg faschistischer Aktivitäten in der Region. Neben der »Anti-Antifa«-Demo in Meschede wird ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Schröck bei Marburg verübt, AntifaschistInnen in Arolsen werden überfallen und erheblich verletzt, DiskobesucherInnen werden von Nazi-Skinheads in Bromskirchen verprügelt. Erst Anfang November sieht sich die Polizei genötigt Hausdurchsuchungen gegen Mitglieder der SAF durchzuführen.

Nach dem Überfall auf Kubiak reagiert die Polizei wie üblich sehr viel schneller. Bereits zwei Tage später wird eine Person mit dem Vorwurf »schwerer Landfriedensbruch« und »gemeinschaftlich begangener versuchter Totschlag« festgenommen. In der folgenden Woche werden neun weitere Menschen verhaftet, die alle aus antifaschistischen Zusammenhängen im Raum Arolsen kommen, drei weitere werden verhört, einer ist flüchtig.

Nach 4-7 Wochen Untersuchungshaft werden die Festgenommenen wieder freigelassen. Der Vorwurf des »versuchten Totschlags« mußte fallengelassen werden, da Kubiak zu keinem Zeitpunkt ernsthaft verletzt war. Bereits 2 Wochen nach dem Überfall nahm er an einem Treffen der »Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener« (HNG) im Vogelsberg teil.

Am 4.2.94 begann der Prozeß vor dem Landgericht Kassel (Saalbau, R. 133, Frankfurter Str. 11, 34117 Kassel) gegen die fünf schwer beschuldigten Personen wg. »einfachem bzw. schwerem Landfriedensbruch«, »Nötigung«, »Sachbeschädi-

gung« sowie »Körperverletzung« in einem Fall (weitere Prozeßtermine: 2.3., 4.3.94). Gegen acht weitere Antifas wurde das Verfahren abgetrennt, gegen sie wird wg. »Landfriedensbruch« ermittelt (Prozeßbeginn voraussichtlich am 11.3., weiter am 18.3., 25.3.94). Zeigt den Angeklagten Eure Solidarität und besucht die Prozesse.

(Quelle: Kasseler Soligruppe)

Hann. Münden

Wegen Körperverletzung wird am 23.2.1994 gegen einen Antifa verhandelt. Er war mit einem Freund von der Polizei in einem Waldstück bei Hann. Münden festgenommen worden. Wesentlich früher war es auf einem benachbarten Grillplatz zu einer Auseinandersetzung mit Faschos gekommen. Als Zeugen werden die Faschisten Holger WETZEL, Daniel BODE und die Gebrüder MUCE (Adelebsen) gehört werden. In Hann.Münden war es im letzten Herbst auch zu Hausdurchsuchungen gegen junge Antifas gekommen.

Quelle: Info der Roten Hilfe Göttingen/Jan. 1994

Frankfurt/Main

Andreas Lörrach spitzelte seit Sommer/Herbst 1991 unter dem Namen Andreas Walther in frankfurter Zusammenhängen, unter anderem im Antirassistischen/Antifaschistischen Info- und Notruftelefon. durch einen Zufall wurde er aufgedeckt.
Nähere Informationen über:
Notruf/Infotelefon, c/o Café Exzeß,
Leipzigerstr.91, 60487 Frankfurt
Tel: 069/703337, Fax: 069/7077283.

Quelle: Die Rote Hilfe 1/94

Göttingen

Bei einer Kundgebung auf dem Gelände einer Göttinger Schule kam es zu Störversuchen seitens der Lehrerschaft und des Direktors. Die Antifa Jugendfront Göttingen forderten in Redebeiträgen SchülerInnen auf, an der Demo zum 9.11.1993 in Göttingen teilzunehmen. Ein Lehrer und der Direktor versuchten, die Lautsprecheranlage außer Betrieb zu setzen; es kam zu Rangeleien. Die AJF verließ schließlich das Schulgelände und hielt die Redebeiträge von draußen. Die herbeigerufene Polizei nahm Personalien auf; zwei Jugendliche wurden wegen Körperverletzung und Beleidigung angezeigt.

Quelle: Info der Roten Hilfe Göttingen/Jan. 1994

Im Berufungsverfahren gegen einen Göttinger Antifa, der bei den Protesten anläßlich der Beerdigung Michael Kühnens im Januar 1992 von einem Hund gebissen worden war, ist das Strafmaß gesenkt worden. Der Antifa war wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand zu 90 Tagessätzen à DM 20 verurteilt. Die letzen beiden Anklagepunkte wurden nun fallen gelassen, das Strafmaß auf 30 Tagessätze abgeändert.

Quelle: Info der Roten Hilfe Göttingen/Jan. 1994

Zwei Göttinger Antifas werden der Körperverletzung und Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung beschuldigt. Sie sollen am 16.10.1993 an den Aktionen gegen das Treffen der Ritterkreuzträger in Celle teilgenommen haben (s.Info Nr.25)

Quelle: Info der Roten Hilfe Göttingen/Jan. 1994



Broschüren zu Repression

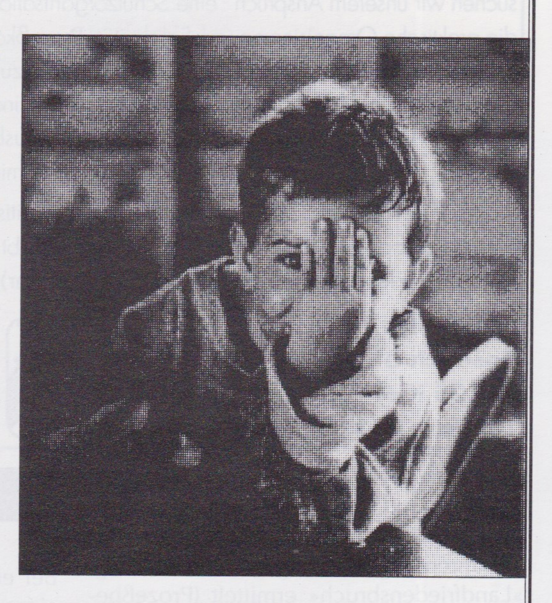
Verschiedene antifaschistische und antirassistische Initiativen – aus Ingelheim, Bingen, Kreuznach, dem Hunsrück und Mainz/Wiesbaden – haben gemeinsam eine Broschüre »Staatliche Repression gegen den antifaschistischen Widerstand in Rhein-Hessen Sommer '92 – Herbst '93« herausgegeben. Geschildert werden Repression und Ausspitzelung in Bingen, Biebelsheim, Kreuznach, auf dem mainzer Uni-Gelände, außerdem die faschistischen Strukturen in Mainz und eine antifaschistische Aktion in Worms (vgl. Info Nr.23, S.22 f). Daneben stehen politische Einschätzungen. Zu bestellen ist die Broschüre bei der Autonomen Antifa Mainz/ Wiesbaden, (2,- DM + 2,- Porto).

Eine Recherchegruppe zum V-Mann Klaus Steinmetz, der den Mord an Grams in Bad Kleinen und die Verhaftung von Birgit Hogefeld möglich machte, kann bestellt werden unter dem Titel Recherche zum V-Mann Klaus Steinmetz, bei: Recherchegruppe für DM 3,-. Wir verweisen auf die Besprechung in Die Rote Hilfe 1/94

Bestelladresse für beide Broschüren ist: c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten den Faschisten Gerhard Kaindl getötet. Wir wissen nur, sie wehren sich gegen die, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.



Wir brauchen Geld zur Unterstützung der Gefangenen und für ihre AnwältInnen.

Spendet an: R. Stüker; Stichwort: "Antifa"
KtoNr: 240 297 679;
Sparkasse Berlin; BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen,
c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

Pinneberg

6 türkische und kurdische Jugendliche stehen seit dem 18.1.1994 in Pinneberg unter dem Vorwurf »schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung« vor Gericht. Sie hatten am 2.12.1992 vor der FAP-Bundesgeschäftstelle in Halstenbek demonstriert. Während dieser Kundgebung war es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den ca. 30 deutschen, türkischen und kurdischen Jugendlichen und den Faschisten der FAP gekommen. Die Demonstration ist vor dem Hintergrund der wenige Tage zuvor begangenen Morde in Mölln zu sehen.

Als Anwalt der Nebenklage ist der berüchtigte Faschist Jürgen RIEGER zugelassen worden. Im Verlauf von Protesten gegen ihn kam es zu Personalienfeststellungen, 5 Festnahmen und Anzeigen sowie brutalen Aktionen gegen UnterstützerInnen. Trotzdem ist die Unterstützung durch MigrantInnen und deutsche Antifas breit. So gab es nach dem dritten Prozeßtag in Krupunder eine spontane Protestkundgebung. Schon auf dem Bahnhof wurden zwei Antifas von Polizisten mit vorgehaltener Waffe gezwungen, sich auf den Boden zu legen; es wurden massiv Personalien aufgenommen. Inzwischen machten FAP'ler Fotos der Antifas. Einem Antifa wurde von ihnen eine Flasche ins Gesicht geworfen. Die Polizei forderte die Faschos freundlich auf, sich zu entfernen.

Quelle: Flugblatt antifaschistischer und internationalistischer Gruppen aus Hamburg und Umgebung

Saarbrücken

Seit September '93 läuft ein Prozeß gegen 4 Antifas aus Rheinland-Pfalz, denen vorgeworfen wird, am 12.10.1991 die Nazi-Skin-Kneipe »Spinnrädchen« in St.Ingbert angegriffen zu haben. Sie waren nach einer Demo am selben Tag von der Polizei angehalten, festgenommen und entsprechend beschuldigt worden. Keiner der sechs Tatzeugen – unter ihnen der ex-JN-Kreisvorsitzende Oliver NEUMÜLLER, der Wirt und zwei Polizisten -konnte die Angeklagten identifizieren. Ihre Aussagen widersprachen sich gründlich. Statt eines Freispruches hetzte der Staatsanwalt Zökke gegen die Antifas, stellte Neumüller (2 Jahre auf Bewährung wegen schwerer Körperverletzung, weil er vor dem »Spinnrädchen« mit einer Baseballkeule Jugendliche angegriffen hatte) als glaubwürdigen Zeugen dar, forderte 8 Monate auf Bewährung für die Antifas und sprengte schließlich den Prozeß, der nun neu aufgerollt werden muß. Die Anwälte der Antifas haben Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt und den Ausschluß Zöckes von dem Verfahren beantragt.

Eine komplette Prozeßerklärung kann bei der Prozeßgruppe,
c/o Jabberwocky,
Pirmasenser Str.35, 67655 Kaiserslautern
für DM 1,- + 2,- Porto bestellt werden.

Spenden für die Prozeßkosten:
Kreissparkasse K'lautern,
BLZ 540 520 20,
Kto.-Nr. 100895630,

Das deutsche »Modell Haider« als neuer Versuch von rechts!

»Bund freier Bürger«



Schickt sich nun ein rechtsradikaler Österreicher an, auch in Deutschland Politik zu betreiben und ein Deutscher Freund bereitet schon mal alles vor? Die Rede ist von Jörg Haider, Chef der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) und dem Ex-EG-Kommissar und Ex-FDP-Exponent gegen die Maastrichter Verträge, Manfred Brunner, der am 23. Januar 94 mit neuer Gefolgschaft die Partei »Bund freier Bürger« (BfB) gründete.

Die Lage

Schon im Dezember analysierte Springers »Welt« die Lage der Konservativen im Artikel »Haider klopft an, wer öffnet ihm die Tür?«: »Denn es sieht so aus, als vollzögen sich derzeit im rechten Spektrum der deutschen Politik Entwicklungen, die sich auf der anderen Seite Ende der siebziger Jahre abgespielt haben. Damals bildeten sich innerhalb und außerhalb der SPD eine heimatlose Linke, die sich schließlich zur Partei der Grünen verfestigte. Heute gibt es in Deutschland offensichtlich eine vagabundierende Rechte auf der Suche nach Reputierlichkeit, die sich weder von etabliertem Konservativismus noch Republikanern, DVU oder anderen Extremisten und Radikalen vertreten fühlt. Zwischen Stoiber und Schönhuber wird eine Lücke vermutet, groß genug, daß ein umstrittener mann wie Haider sich bemüht hineinzustoßen.« Treffend formuliert. Es gärt bereits lange im Bereich zwischen Neofaschismus und Nationalkonservativismus der BRD. Die Republikaner, auf die etliche vor Jahren ihre Hoffnung setzten, sind mittlerweilen für viele verbraucht. Die neofaschistische intellektuelle Elite ist hier herausgedrängt, eine organisatorisch breite Basis bis heute noch nicht erreicht. Die Partei steht und fällt mit Franz Schönhuber (der mittlerweile zum Podium geführt werden muß) und kann sich nicht vom Geruch des Rechtsextremismus erholen. Auch die DVU des Spekulanten und Devotionalien-Händlers Gerhard Frey, stellt trotz Wahlerfolge durch flächenmäßige Werbung keine Alternative für dieses Klientel. So sammelt sich momentan das »heimatlose« neofaschistische und ultrakonservative Lager z.B. in Lesekreisen der »Jungen Freiheit«, in Konservativen Clubs wie der »Düsseldorfer Herrenrunde«, in »Christlich-Konservativen Deutschland-Foren«, Kleinstparteien wie »Aufbruch 94« des Ex-REP Emil Schlee und populistischen Versuchen wie »Statt-Partei«. Es herrscht Gründerstimmung. Die CDU hängt derzeit bei Meinungsumfragen in einem Tief, die Bayerische CSU demontiert sich mit ihren Amigo-Affären selbständig und die FDP kämpft mit der 5%-Hürde. Das Vertrauen in die etablierten Parteien schwindet. So fordern Autoren der »Welt« deshalb die Unionsparteien auf, die Bekämpfung von allem was sich rechts von ihnen regt, zu beenden. Ein koalitionsfähiger Rechtsausleger wird gebraucht. Auch das neofaschistische Lager kam schon vor zwei Jahren in Debatten der Zeitschriften »Nation und Europa« und »Europa vorn« zum Schluß, daß ein deutsches »Modell Haider« die beste Lösung für die Lage wäre.

Haider meldet sich zu Wort...

Haider ist ein gnadenloser rechtsextremer Populist. Er sorgte auch in Deutschland mit seinen Provokationen für Tabubrüche und Argumentationsmunition. Einer seiner letzten war das Lob auf die »ordentliche Beschäftigungspolitik« im Dritten Reich. Die »Mißgeburt der österreichischen Nation« sowie die Forderung nach neuem Anschluß an Deutschland ist Standard in der Argumentation der »Freiheitlichen Partei Österreichs«. In einem Interview der Zeitschrift »Conturen« konkretisiert Haider, laut Nachrichtenagentur APA: »Wir können uns vorstellen, daß wir in absehbarer Zeit in Deutschland mit einer eigenen Partei kandidieren, so wie wir schon in Südtirol angetreten sind.« Die Partei könne sich schon an den nächsten Wahlen in Deutschland beteiligen, »und zwar bundesweit«.

...und Brunner versucht es

Manfred Brunner (46), profilierte sich im rechten Lager durch seine Klage gegen den Vertrag von Maastricht. 1992 war er deshalb von Bundeskanzler Kohl als Kabinettchef des EG-Kommissars Bangemann (FDP) entlassen worden. Nach der Niederlage seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht trat Brunner bei den Liberalen aus. Ministerpräsident Stoiber (CSU), versuchte sogleich Brunner einzubinden und führte Verhandlungen mit ihm, daß dieser mit seiner neuen Partei nicht in Bayern kandidiere (die bundesweit notwendigen 5% können so für die CSU zumindest bei der Europawahl abgehakt werden). Stoiber versucht nun populistisch in Sachen Europapolitik mitzuhalten. Doch Brunner geht, unterstützt durch die Freundschaft mit dem »wichtigen österreichischen Reformer« Haider, den er noch von den Zeiten als FDP-Mitglied kennt, seine eigenen Wege. Er tingelte vortragend durch die BRD und warb bei den konservativen Eliten für sein Konzept. Unter anderen sprach er bei der 2. Hochschulwoche des »Studienzentrum Weikersheim«, der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaft in Jena oder dem Berliner Herrenclub »Das Dienstags-Gespräch« vor. Letzteres ist von Hans-Ulrich Pieper initiiert und besteht aus Repräsentanten der Wirtschaft, Medien und Politik, an der auch die rechten Historiker Rainer Zittelmann und Ernst Nolte teilnehmen. Laut »Europa Vorn spezial« fanden Verhandlungen mit Carl Zimmerer statt, dem Unternehmer, der die »Düsseldorfer Herrenrunde« führt und der bereits die REPS mitfinanzierte. Die Gründung der Partei erfolgte schließlich am 23.1.94 in Wiesbaden, nachdem es mit dem symbolbeladenen Weimar, nach einer Bombendrohung und der Ankündigung des thüringischen Innenminister Franz Schuster, den Gründungsparteitag beobachten zu lassen, nunmal Essig war. Doch die neue Elite war da und zog den Parteitag gut vorbereitet als Formalie durch, denn Programm (Zehn-Punkte-Papier), Name und Bundesvorstand waren bereits beschlossene Sache des 38köpfigen Gründungsausschusses, wie es schien. Hervorzuheben unter den honorigen Doktoren und Professoren, die Brunner alles als »Entscheidungsmenschen« bezeichnet, sind vor allem:

- Karl Albrecht Schachtschneider, der Brunnner zusammen mit Hans Heinrich Rupp mit seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat, der Jungen Freiheit dafür ein ganzseitiges Interview gab und an der WISO in Nürnberg lehrt. Ende Februar trat er zusammen mit Jörg Haider zusammen bei Wahlveranstaltungen in Österreich auf.

- Joachim Starbatty als Prof. für Volkswirtschaftslehre trat bei der Gründung für marktwirtschaftliche Elemente auch in der

Bundesvorstand des Bundes freier Bürger

(mit beruflichen Eigenangaben)

Präsidium

Bundesvorsitzender:	
Manfred Brunner (München)	Rechtsanwalt
Stellvertretende Bundesvorsitzende:	
Prof.Dr. Karl Albrecht Schachtschneider (Nürnberg)	Ordinarius für Öffentliches Recht
Prof.Dr. Joachim Starbatty (Tübingen)	Ordinarius für Volkswirtschaftslehre
Dr. Ralph Gutmann (München)	Zahnarzt
Rolf-Dieter Gmeiner (Wiesbaden)	Rechtsanwalt
Hans-Peter Thietz (Schöneiche)	Patentassessor, MdEP
Beisitzer im Präsidium:	
Dr. Bruno Bandulet (Bad Kissingen)	Verleger
Prof.Dr. Michael Kobler (Passau)	Ordinarius für Bürgerliches Recht
Prof.Dr. Bernd Thomas Ramb (Linden)	Unternehmer
Prof.Dr. Hans-Heinrich Rupp (Mainz)	Ordinarius em. für Staatsrecht
Barbara Voigt (Donauwörth)	Industriefachwirtin
Bundesschatzmeister:	
Dr. Wolfgang Hacker (Königsstein/Taunus)	Rechtsanwalt und Notar
Beisitzer im Bundesvorstand:	
Ernst Udo Abzieher (Schwäbisch Gmünd)	Versicherungskaufmann
Günter Cerweny (Nürnberg)	Koch
Prof.Dr. Achim Fahs (Rostock)	Sprachwissenschaftler
Uwe Garten (Wilnsdorf)	Journalist
Meike Gorski (Mainz)	Studentin
Prof.Dr. Kottowski-Dümenil (Düsseldorf)	Ingenieurswissenschaftler
Klaus-Helmut Lang (Wiesbaden)	Rechtsanwalt
Wolfgang Madai (Dresden)	Journalist, MdL, Landesvorsitzende der Europa-Union Sachsen
Peter Pfeiffes (Fürth)	Maschienenbaumeister
Dr. Helmut Riemenschneider (Würtzburg)	Pathologe
Karin Rhode (Rostock)	Polygrafie-Technikerin
Dr. Rudolf Rosmus (Weil am Rhein)	Pharm.Chemiker
Dr. Hans Schauer (Meckenheim)	Botschafter a.D.
Karl P. Schlor (Tamm)	Industriekaufmann
Regina Freifrau von Schrenck-Notzing (Ammerland)	Hausfrau
Hans Jörg Schülke (St.Ingbert)	Unternehmensberater
Dr. Hans Helmut Schneider (Düsseldorf)	Ltd. Ministerialrat
Gunnar Sohn (Bonn)	Volkswirt
Gerhard Waitschies (Sercetz/Ostsee)	Kaufmann
Dr. Erwin Wickert (Remagen)	Botschfter a.D.
Prof.Dr. Willeke (Heidelberg)	Ordinarius em. für Volkswirtschaftslehre
Walter H. Zarbock (Heidelberg)	Rechtsanwalt
Wolf von Zworowski (Kassel)	Landtagsvizepräsident a.D.

Sozialpolitik (sprich Eigenverantwortlichkeit) ein.

- Roland Vaubel der Mannheimer Wirtschaftsprofessor (Gründungsausschuß)

- Günther Steckhan der Polizeipräsident von Hagen (Gründungsausschuß).

- Erwin Wickert als ehemalger Botschafter in China, stellte die »drei Grundsätze« des BfB vor: »Ordnung, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit in Deutschland«.

- Bruno Bandulet, ex-Quick-Chefredakteur, Adenaueranhänger, zu dem er eine Biographie veröffentlichte und Autor in »criticon«.

- Wolf von Zworowski war 21 Jahre CDU-Abgeordneter (u.a. Landtagsvizepräs. der CDU Hessen), gründete 93 die »Deutsche Partei« wieder und stand in Verhandlungen mit der DSU wegen der Ausdehnung zu einer bundesweiten Partei.

- Peter Thiez der bereits im Europaparlament sitzt.

- Gunnar Sohn der ehemalige JU-Vorsitzende und ständiger Autor in den Zeitschriften »Mut« und »Criticon«.

- Regina Freifrau von Schrenck-Notzing ist als Ehefrau von Caspar, dem Herausgeber von »Criticon«, ständige Mitarbeiterin der Zeitung (Anzeigen).

Auffällig ist, daß viele Vorstandsmitglieder Autoren von »Criticon« sind, der Zeitschrift der »Neuen Rechten«, die schon immer dabei war, wenn sich eine Möglichkeit zur Gründung der sog.5.Partei bot. In der Zeitschrift läuft auch seit längerem eine Debatte über die Gestaltung Europas und der Rolle Deutschlands.

Europa: hier treffen sich Populismus und Wirtschaftsinteressen

Schon 1989 erschienen in »Criticon« Artikel wie »Nationalstaat contra Europa«, die die Argumentation, die Brunner in seiner Klage verwendet, entwickeln. Sensibel für seismographische Entwicklungen in der Gesellschaft, nahm die Rechte die Widerstände in der Gesellschaft gegen ein wirtschaftlich sich vereinigendes Europa wahr. »Ja zu Europa- nein zu dieser EG« war die populistische Parole, die sich bei Schönhuber und Frey wiederfand. Brunners 10-Punkte Programm für eine moderne Europapolitik spiegelt nun eine Fortentwicklung wieder, die über die reine »Rettet die DM«-Haltung hinausgeht. In Angst vor einem Stabilitätsverlust der starken Deutschen Mark gegenüber der vorgesehenen einheitlichen europäischen Währung (»ECU«) nennt sich der »Bund freier Bürger« auch »DM- und Bundesbank-Partei«. So sprechen sie populistisch von der EG als einem Europa der Kaufleute, einer bloßen wirtschaftlichen Interessensgemeinschaft. Anstelle der exakten Festlegung der Bestimmungen des Europäischen Binnenmarktes im Text der Maastrichter Verträge, fordern sie dessen Vollendung lediglich aufgrund des »Prinzips der gegenseitigen Anerkennung«. Eine »totale Harmonisierung« wird kategorisch abgelehnt und ihr Zentralismus und Aufblähung der Bürokratie vorgeworfen. Das zieht beim Wähler. Doch werden hier auch leichte Akzentverschiebungen der Wirtschaft im europäischen Einigungsprozeß wahrgenommen. Am kommenden Binnenmarkt geht kein Weg für sie vorbei. Es geht um dessen Gestaltung: die Machtverteilung, die schnellere Öffnung nach Osten, die Erweiterung um die EFTA-Staaten... . Es geht um mehr Spielraum für die stärkste Wirtschaftsmacht innerhalb eines Wirtschaftsraumes für 340 Millionen Menschen, um mehr »Autonomie« der einzelnen Staaten und »Demokratisierung« durch Rückführung von Kompetenzen vom Europäischen Parlament zurück zu den einzelnen Nationen.

Brunners Partei könnte die Funktion bekommen, die Diskussion zur Gestaltung Europas von der Kapitalseite mitzugestalten und auf der anderen Seite populistische Widerstände dagegen zu kanalisieren. Ihr Programm gleicht dem der FPÖ und diese ist in ihrer Haltung zu Europa der beste Spiegel für die Veränderun-

Aus dem österreichischen Graz kommt eine der führenden neurechten Zeitschriften: »Aula - Das freiheitliche Magazin«.

»Nation und Europa« aus Coburg nimmt eine wichtige Schlüsselfunktion in der gesamten Nazi-Szene incl. Braunzone ein.

gen in den letzten Jahren. Seit 1983 tritt sie als erste österreichische Partei für einen Beitritt in die EG ein. Ihre Haltung entwickelte sich mittlerweile zu »EG ja, aber...«. Friedrich Dillersberger, Europa-Sprecher der FPÖ, faßt zusammen: »Diese EG nicht. Da sie in meinen Augen eine Gemeinschaft von Staaten ist, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsame Geschäfte zu machen. Hinter dem neuen Europa muß mehr stehen. Da muß der Wille stehen, wirklich demokratische Strukturen zu schaffen... Da muß ein Geist der Gemeinsamkeit stehen«. Und Andreas Mölzer, Grundsatzreferent der FPÖ: »Aus der Geschichte wissen wir, das große politische Gebilde nur überleben, wenn sie eine Art Legitimität oder so etwas wie eine sakrale Sinngebung haben.« Die Vorstellungen, die sich anschließen gleichen denen des »Bund freier Bürger« (BfB) wie ein Ei dem anderen: Gefordert wird ein Staatenbund, eine Föderation Europäischer Staaten, die sich wiederum aus autonomen Regionen zusammensetzt. Ein Staatenbund und kein Bundesstaat (Stoiber griff diese Forderung vollständig auf). Es soll ein Europa der Völker, der Heimaten und der Regionen werden, wobei die »nationale und kulturelle Identität der Individuen« bewahrt werden soll. Doch das ganze braucht zum Zusammenhalt in seiner Vielfalt eine Klammer, die sich nicht über Wirtschaft oder Geographie alleine bilden läßt: »Europa muß vielmehr eine geistig-kulturelle Einheit stellen.« Und Mölzer liefert in der »neurechten« Zeitschrift Aula auch gleich das Modell eines zukünftigen Europa: Eine Neuauflage des Reichsgedankens, abgekupfert vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nationen!

Der erste Zulauf

Am 1.Februar trat nun Wilfried Hofmann, FDP-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt, zum BfB über und verhalf ihnen so zu ihren ersten Mandat. Nun arbeitet er für sie als Landesbeauftragter. In Berlin setzte sich gar ein konspirativer Kreis von Abgeordneten der CDU, FDP und SPD in Fraktionsstärke zusammen um zu beraten. Ergebnis: Sieben Mitglieder des Abgeordnetenhaus gründeten den »Verband demokratischer Erneuerung« zur Pflege des nationalen Gedanken, um im richtigen Zeitpunkt dem BfB beizutreten. Mit dabei sind Ekkehard Wruck (mit guten Kontakten zu Manfred Brunner und Jörg Haider), Gabriele Rost, Peter Krause, Horst Reimann, Ekkehard Schmidt (alle CDU) sowie Erika Schmid-Petry und Burkhard Cornelius (beide FDP). In Bayern wird man Peter Gauweiler, Duzfreund von Brunner, im Auge behalten dürfen, nachdem der Amigo seinen Rücktritt einreichen mußte.
Warten wir es ab! ■



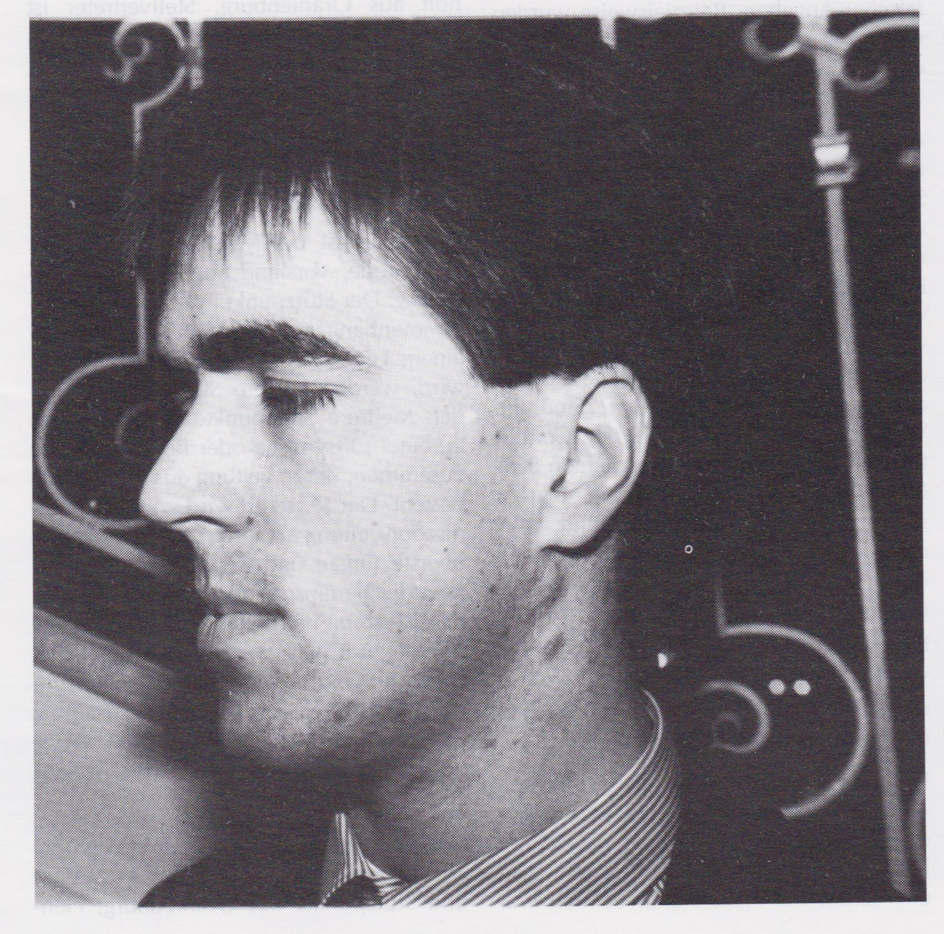
Potsdam/Berlin

Angesetzte Pressekonferenz der »Jungen Freiheit« erfolgreich verhindert

Die JF erschien bislang monatlich, ihre Redaktion saß in Freiburg. Neuerdings sind sie in Potsdam ansässig und sie erscheinen wöchentlich. Dies wollten sie am 20.01. pompös der Presse mitteilen, im Potsdamer Cecilienhof. Dort wurde das historische Potsdamer Abkommen der Alliierten unterzeichnet. Nur – im Cecilienhof wollte man sie nicht haben. AntifaschistInnen hatten die dortige Bewirtung informiert, wer bei ihnen einkehren wollte; »keine Nazi-Pressekonferenz in unseren Räumen« hieß deren Reaktion. Doch die JF gab nicht auf. Sie meldeten sich unter einem Decknamen in der Gaststätte Klosterkeller in Potsdam an. Doch auch hier hat der Gastwirt nach Aufklärung und Protesten von Potsdamer AntifaschistInnen die Räume gekündigt.

Genervt gaben die nazistischen Macher der JF ein Fax an die Presse heraus, daß Ort und Zeit der Konferenz erst unmittelbar vor Beginn telefonisch zu erfragen seien. Sie hatten gemerkt, daß es eine ganze Menge Leute in Potsdam und auch in Berlin gibt, die was gegen sie haben. Ca. 200 Menschen, darunter GewerkschafterInnen der IG Medien, Jusos und viele unabhängige AntifaschistInnen haben dann auch an dem Morgen, wo die Pressekonferenz stattfinden sollte, vor dem Klosterkeller demonstriert. Tausende Flugblätter wurden an interessierte PassantInnen verteilt, fast alle waren mit uns einer Meinung: Nazi-Zeitungen gehören in den Müll. Gegen 11 Uhr wurde bekannt, daß die flüchtenden Nazis die Presse nun in die Berliner Friedrichstraße ins Grand Hotel einluden. Sofort hat sich die Kundgebung aus Potsdam auf den Weg dorthin gemacht. Derweilen waren andere vorgefahren, und haben die Geschäftsleitung des Grand Hotels aufmerksam gemacht, wer da im Foyer Propaganda macht. Nach einiger Diskussion mußten Chefredakteur Dieter Stein, PR-Ina Schmidt und Götz Meidinger, ihr Manager und Geschäftsführer, rotangelaufen wie Tomaten, durch den Lieferantenausgang das Weite suchen, während Berliner Polizeibeamte mal wieder nichts Besseres zu tun hatten, als die inzwischen eingetroffenen AntifaschistInnen auseinander zu prügeln. Dennoch war es ihr Erfolg, daß der geplante Gala-Auftritt der JF zum kompletten Desaster wurde; übrigens: am nächsten Tag berichtete die Presse voller Spott über die peinlichen Nazi Zeitungsmacher, einhellig wurde ihre Zeitung als rechtsradikal und gefährlich eingestuft. Sorgen wir dafür, daß die Redaktion Potsdam verlassen muß, sorgen wir dafür, daß ihre Zeitung aus sämtlichen Kiosken verschwindet!





(Nicht verhindert werden konnte das wöchentliche Erscheinen der JF mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren. Aber – den »Neuen-Rechten«-ZeitungsautorInnen sprang bei ihrem morgendlichen Gang zum Zeitungsstand noch was ins Auge – gleich daneben – der Konkret-Verlag und dessen Sondernummer zur rechtsradikalen Medienlandschaft, die sich auf die Broschüre zur »Jungen Freiheit« (s. Kasten) stützt. Unter dem Motto »stell Dir vor, die neurechte Postille »Junge Freiheit« erscheint wöchentlich und geht trotzdem pleite...« haben AntifaschistInnen aus unterschiedlichen politischen Gruppen, die sich u.a. dies vorgenommen haben, eine Broschüre über die JF erarbeitet. Die Broschüre ist absolut lesenswert und kann nur allen AntifaschistInnen empfohlen werden. Anm. d. Red.)



Kurzmeldungen und Berichte aus der Fascho-Szene

Brandenburg

Das Namenskarussell dreht sich:

Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF

Am 20.1.94 fand eine Razzia gegen die Nachfolgeorganisation der verbotenen NF, Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF statt. Durchsucht wurden Objekte in Nordrhein Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg Vorpommern, Berlin und Brandenburg. Das Hauptgewicht des Großeinsatzes lag in den beiden letztgenannten Bundesländern. Hier wurden 43 von insgesamt 50 Wohnungen durchkämmt.

Ein Schwerpunkt der Durchsuchungen war der Kreis Oranienburg mit den Orten Hennigsdorf, Kremmen und Velten. Die Nazis haben sich hier zu der Ortsgruppe Osthavel zusammengeschlossen. In Oranienburg haust der Vorsitzende der JF, Ernst von AMHOFF. Bei ihm wurde gar nichts gefunden, die Bude war leergeputzt. Weitere Durchsuchungen fanden in Hennigsdorf, in der Fontanestr. bei Marko PFANNSCHMIDT, dem Stützpunktleiter Henningsdorf und in der Tucholskystr. statt. In Velten wurde die Bahnstr.10 durchsucht. In Kremmen war u.a. Olaf DEGENHARDT fällig, der Schatzmeister der JF.

Ein anderer Schwerpunkt der Razzia war die Oderregion mit Schwedt und Frankfurt/Oder. Hinzu kommen Durchsuchungen in Luckenwalde, Potsdam, Bernau, Cottbus, Lippstadt, Bodenburg und Hildesheim. In Berlin wurden nur drei Wohnungen kontrolliert. Enno GEHRMANNS Domizil stand ebenso im Visier der Polizei wie Gregor JOHN in der Prinzenallee 25.

Der Brandenburger Innenminster Alwin Ziel bewertete die Aktion gleich als vollen Erfolg. Zum einen braucht er die Lobeshymnen, um bei Bundesinnenminister Kanther Eindruck zu schinden, dem rasches Handeln gegen Nazis ein Fremdwort ist. Zum andern wollte Ziel den Mißerfolg der Durchsuchungen vertuschen.

Folglich arbeiteten einige der Medien mit falscher Angaben. Beispielsweise wurden nicht wie offiziel behauptet 7000 Stück der Zeitung Angriff gefunden sondern nur 7000 Blatt.

Anschließend stellt sich die Frage, warum so wenig gefunden wurde; waren die Nazis schon vorher über die Durchsuchungsaktion informiert? Woher wußten die Nazis, daß diese schon am 17.1.94 beantragt wurde, aber am 19.1. vom Verwaltungsgericht Berlin untersagt worden war, und erst nach der positiven Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht Berlin durchgeführt werden konnten? Sind die Verbindungen von Nazis bei den Gerichten und in der Polizei die undichten Stellen...? Warum sind so wenig Durchsuchungen in Berlin durchgeführt worden? Schließlich laufen doch die Fäden der JF in Berlin zusammen, die Organisation und ihre Aktionen werden von hier gesteuert.

Werfen wir noch mal ein Blick zurück in die letzten Monate, in denen der Ausbau der Strukturen vorangetrieben wurde.

Die Vorläuferorganistion der »Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF« hieß »Förderwerk Mitteldeutsche Jugend«. Diese hatte sich am 20.6.93 selbst aufgelöst, da ein Verbot ins Haus stand. Schnell war ein neuer Name parat; diesmal hieß das Kind »Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF«. Vorsitzender ist Ernst von Amhoff aus Oranienburg, Stellvertreter ist Klaus Dieter LÜCK und das Amt des Schatzmeister hat Olaf Degenhardt inne. Das JF Statut wurde am 1.8.93 in Brandenburg/Havel beschlossen und gleicht der NF Programatik.

Aufbau der JF

Gegliedert ist der Verein in Stützpunkt, Ortsgruppe, Vorstand und Organisationsleitung. Der Stützpunkt ist der kleinste Zusammenhang mit vier Mitgliedern und einem Leiter. Wenn die Gruppe zu groß wird, werden weitere Stützpunkte gebildet. Mehrere Stützpunkte schließen sich zu einer Ortsgruppe oder Bereichsgruppe zusammen, deren Leitung aus drei Leuten besteht. Der Vorstand wird von der Organisationsleitung eingesetzt. Letztere ist das oberste Organ und bestimmt die Gestaltung der Vereinspolitik. Der gesamte Aufbau ist streng hierarchisch gegliedert. Die jeweiligen Chefs werden nicht gewählt sondern von oben eingesetzt, weiteres regeln die Arbeitsanweisungen. Disziplin, Gehorsam und Unterordnen sind einige der Tugenden, mit denen man hier weiterkommt.

Die Ortsgruppe Osthavel ist der größte Zusammenschluß. In ihr sind Mitglieder und Stützpunkte aus Oranienburg, Hen-

nigsdorf, Velten, Kremmen, Nauen, Werder, Wilhelmshorst, Michendorf, Niederschönhausen, Potsdam und Beelitz organisiert. Mittlerweile haben sich die Berliner Stützpunkte mit dieser Ortsgruppe zum Bereich Spree-Havel zusammengeschlossen. In Berlin gibt es in Kreuzberg, Charlottenburg, Spandau, Hohenschönhausen, Buch und Pankow Stützpunkte.

Die Ortsgruppe Oder umfaßt Schwedt, Frankfurt/Oder, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde und neuerdingt auch Neubrandenburg in Mecklenburg Vorpommern. In Frankfurt/Oder existiert neben Velten ein weiteres Postfach, welches auch als Anti-Antifa Postfach fungiert. Inhaber ist Daniel KERSTEN.

Weitere organisierte Gruppen existieren in Luckenwalde mit drei Stützpunkten und Cottbus.

Aktivitäten

Die Nazis drängen nicht nur durch eigene Zeitungen, Flugblätter und Spuckis immer mehr in das öffentliche Bild. Sie organisieren Schulungsabende mit Abschlußtest, machen sich in Jugendclubs breit, agieren unter den Hools und Heavies, putzen Kriegerdenkmäler und organisieren Fahrten. Ganz oben in dem Programm stehen Wehrsport und »Überlebentraining«.

Vor den Kommunalwahlen in Brandenburg wurde flächendeckend ein Flugblatt verteilt, welches zum Wahlboykott aufrief. Gleichzeitig wurden vielerorts gleichlautende Parolen mit JF-Logo geprüht.

Am 18.Dezember 93 wurde in Güstrow eine Wintersonnenwende der JF abgehalten. Ein Höhepunkt der Feier war eine symbolische Bücherverbrennung.

Zeitungen

Die öffentliche Zeitung der JF ist genau wie bei der NF der »Angriff«, der inzwischen fünf Mal erschienen ist. Ab Nummer sieben, so wird geprahlt, könne die Zeitung professionell auf Hochglanzpapier erscheinen. Dieses Machwerk ist auf Jugendliche zugeschnitten, insbesondere sollen Heavys und Hools angesprochen werden.

Eine der lokalen Zeitungen sind u.a. der »Hennigsdorfer Beobachter«, der für die örtliche Leserschaft bestimmt ist.

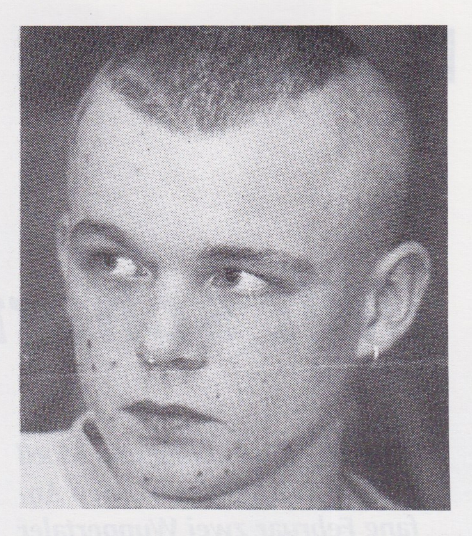
Schülerzeitungen der JF sind die »Schüler-Revolte« für Oranienburg und in Schwedt die JF nahe »Fräch«.

Besondere Schwerpunkte dieser Machwerke sind Ausländerhass zu predigen und zur Hetzjagt auf Antifas oder sonstige »mißliebige« Personen aufzurufen.

Verbindungen zu anderen Gruppen

Besonders nach den Verboten zeigt sich, daß die Nazis aller Couleur enger zusammenrücken. In Brandenburg sind die Kontakte zwischen den Nazis vielfältig.

Gemeinsame Schulungen mit der Deutschen Liga, wie z.B. in Nauen sind keine Seltenheit. Mit der Wiking Jugend trifft man sich zu gemeinsamen Fußballspielen wie im Herbst 93 in Berlin/Spandau. In Berlin ist der Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten, (FRVS) für die JF aktiv. Zusammen mit ihrer Propaganda-



Marco Wenzel: Er war beteiligt am Mord des Obdachlosen Rolf Schulze

zeitung »Stadtrebell« wird der »Angriff« verschickt. In Schwedt tauchten in jüngster Zeit massiv Spuckis vom FRVS auf. Seit neuestem wird die Weisung ausgegeben, bei der Europawahl die Stimme für die FAP abzugeben, Infomaterial sei in Bonn zu bestellen.

Insgesamt sind die Aktivitäten ersteinmal eher nach innen gerichtet als nach außen. Der Schwerpunkt liegt auf Schulung, um ideologisch aufgepeppte Kader ins Rennen zu schicken, die vor Ort anleiten und Gruppen aufbauen. Durch gemeinsame Fahrten, Sportveranstaltungen sowie Schulungen werden Mitglieder und Sympatisanten fest eingebunden. In Brandenburg gehört die JF mittlerweile zu der größten Naziorganisation, die auch ständig neue AnhängerInnen gewinnen kann.

Wuppertal

»Antisemiten verurteilt Von der NF geschult?

»Mit scharfem Auge beobachten«

Wegen Mißhandlung und Mord an Karl Hans Rohn wurden Anfang Februar zwei Wuppertaler Skinheads zu langen Haftstrafen verurteilt. Mit antisemitischen Parolen hatte sie der Wirt der Kneipe »Laternchen« angefeuert, der nun ebenfalls lange hinter Gitter soll. Ursprüngliche verharmlosende Darstellungen des Wuppertaler Oberstaatsanwalts Rosenbaum, der den Mord als Ergebnis einer wüsten Sauferei dargestellt hatte, erwiesen sich als nicht haltbar.

Der 53jährige Rohn fiel keinem gezielten rechtsradikalen Anschlag zum Opfer, aber Tätern, die in einem »*vom Alkohol enthemmten Moment genau nach rechtsradikalem Muster*« handelten. Das Gericht verurteilte die beiden »*mit rechtsradikalem Gedankengut vollgestopften*« ehemaligen Skins Andreas WEMBER (27) und Michael SENF (20) wegen schwerer Körperverletzung und Mord zu 14 und 8 Jahren Haft. Die hohe Strafe gegen den u.a. wegen mehrerer Gewalttaten vorbestraften Wember soll abschreckend wirken. Senf wurde nach dem Jugendstrafrecht verurteilt, das geringere Strafen vorsieht. Wegen strafmilderndem Alkoholeinfluß konnte bei beiden nicht die Höchststrafe verhängt werden. Gastwirt Marian GLENSK (32), in dessen Barmer Lokal die Mißhandlungen an dem vermeintlichen »Juden« Rohn ihren Anfang nahmen, wurde wegen der gleichen Delikte zu 10 Jahren verurteilt. Daß der »Jesus von Barmen« unter »Größenwahn« leidet, wurde in seinem Fall strafmildernd gewertet.

Die Vorgeschichte

Am 12. November 1992 mißhandelten die Wuppertaler Skinheads Andreas Wember und Michael Senf in der Barmer Kneipe ihr Opfer, das sich ihnen gegenüber als Jude zu erkennen gegeben hatte, tatsächlich aber keiner war. Der Spätaussiedler Glensk heizte die Stimmung mit wiederholt vorgetragenen Sprüchen wie »*Jude, du mußt nach Auschwitz*« an. Er machte den Skins deutlich, so das Gericht, »*ich stehe zu euch*«. Sie nahmen ihn beim Wort und fügten ihrem Opfer, daß sie zuvor mit Tritten übel zugerichtet hatten, mit Hilfe von Alkohol Verbrennungen zu.

Gemeinsam, so das Gericht, entschieden die drei, ihr Opfer verschwinden zu lassen. Sie einigten sich darauf, den noch lebenden Rohn in die Niederlande zu schaffen. Zeuge Thomas REUBER (24) aus Wuppertal half, das Opfer in den Wagen des Wirtes zu schleifen. Er wurde schon zuvor lediglich wegen »Strafvereitelung«

zu der lächerlich geringen Strafe von 30 Tagessätzen zu je 30 DM verurteilt.

In der Nähe von Venlo warfen Glensk und die beiden Skins ihr Opfer wie ein Stück Vieh aus dem Wagen. Das Verhalten der Täter und die äußeren Umstände zeigen, so das Gericht, daß Rohn sterben sollte. Ein Pathologe und ein Gerichtsmediziner wiesen in der Hauptverhandlung nach, daß Rohn zu diesem Zeitpunkt bereits tot war. Beim Transport im Auto des Wirts hatte der schwergewichtige Senf auf dem Brustkorb des Opfers gesessen und ihm so reihenweise die Rippen gebrochen. Rohn erstickte unter der Last der Zwei-Zentner-Glatze.

Die beiden Skins, so heißt es im Urteil, seien Angehörige der »Nationalen Front«, die größere Mengen rechtsradikalen Propagandamaterials besaßen. Dem Skinhead Senf, der über Beziehungen zur NF aussagte, ist der richtige Name der »Nationalistischen Front« (NF) offenbar nicht geläufig. Sein IQ, so ein Gutachter, liegt knapp über dem Schwachsinn. Gegenüber Wember, mit dem er vor der Tat etwa ein halbes Jahr zusammen wohnte, verhielt er sich unterwürfig wie ein Hund. Die *»trainierten Trinker«* handelten auch unter erheblichem Alkoholeinfluß nach *»rechtsradikalem Muster«*. *»Kalkül und nicht resignierende Unterordnung«* war es, was Gastwirt Glensk dazu veranlaßte, das Opfer den Skins als Juden vorzustellen und zu fordern *»Macht Auschwitz wieder auf«*.

Der Prozeß

Die RichterInnen am Wuppertaler Landgericht unter Vorsitz von Rolf Watty schlossen sich der Sichtweise von Staatsanwalt Büsen an, der auf Verurteilung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und Mord zur Verdeckung einer Straftat plädiert hatte. Sie betonten die Notwendigkeit, *»mit besonders scharfem Auge rechtsradikale Bewegungen zu beobachten«*. In ihrem Urteil machten sie deutlich, daß zu solch einer Tat die entsprechende neofaschistische Gesinnung und nicht bloß ein betrunkener Kopf gehört.

Offen blieb, wie die beiden Skins an die NATIONALISTISCHE FRONT (NF) gerieten. Nach Darstellungen von Rechtsanwalt Kaps soll Senf Aufkleber bestellt haben. Danach sei ihm mitgeteilt worden, er sei Mitglied. Gegen diese bagatellisierende Erklärung spricht, daß die beiden Skins in den Monaten vor der Tat selbst in Begriff waren, in Wuppertal eine Gruppe von ca. 10 Personen aufzubauen, vermutlich nach Vorgaben der NF. Die Polizei fand neben Material der NF und des FREUNDESKREISES FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND (FFD) entsprechende handschriftliche Unterlagen in ihrer Wohnung. Die frühere Verlobte von Andreas Wember sagte vor Gericht aus, Wember habe Ausweise bestellt. Wember selber verkehrte schon Ende der 80er Jahre in einem Wuppertaler Motorradclub, wo er an NF-Material gelangte.

In den Monaten nach den Pogromen von Rostock, als Wember und Senf in Wuppertal-Barmen ihre Gruppe aufbauten, wurden dort ungewöhnlich viele faschistische Übergriffe registriert. Der jüdische Friedhof wurde geschändet, gleich zweimal kam es zu Zerstörungen an der griechische Schule, wobei Hakenkreuze hinterlassen wurden, und ein Flüchtlingswohnheim wurde angegriffen. Hier hatten die beiden Skins schon vorher einen Flüchtling aus Togo mißhandelt. Wegen dieser Taten gab es mittlerweile einige Verurteilungen, einen möglichen Zusammenhang zeigten die Ermittlungsbehörden nicht auf.

Das politische Umfeld

Wurden die Skins durch eine Schulung der NF, die NF-Führer Meinolf Schönborn ein halbes Jahr vor der Tat im April '92 in der nahe gelegenen Solinger Kampfsportschule »Hak-Pao« durchführte, zum Aufbau einer Ortsgruppe motiviert? Ein NF-Schulungsbild *»Unsere Welt«* fand die Polizei in ihrer Wohnung. Die Kampfsportschule des berüchtigten Trainers Bernd SCHMITT, auch bekannt als DEUTSCHER HOCHLEISTUNGS-KAMPFKUNSTVERBAND, war ein Sammelbekken für Rechtsradikale aus dem Bergischen Land und dem Rheinland. Gehörten auch Wember und Senf zu dem erlesenen Kreis von Herrenmenschen, die sich von Kaderchef Schönborn aufhetzen und organisieren ließen?

Die zuständige Wuppertaler Polizei hält die Vorgänge in der Kampfsportschule, in der auch die Tatverdächtigen des Solinger Brandanschlags aus- und ein gingen, im Dunkeln. Ein Prozeß gegen einen Solinger Antifaschisten im Oktober letzten Jahres hatte gezeigt, daß Trainer Bernd Schmitt bei mindestens einem Beamten der politischen Polizei deutlichen Einfluß besitzt. Dieser Beamte versorgte Schmitt 1992 mit Informationen und Fotos von Solinger Antifaschisten und ließ ihn bei einer Vernehmung zugegen sein. Bei einem Einschüchterungsversuch im Solinger Infoladen im Spätsommer 1992 erschien Schmitt gleich mit einer ganzen Gruppe von uniformierten Polizisten, die sich ihm gegenüber nach Aussagen Solinger AntifaschistInnen unterwürfig verhielten.

Antifaschistische NRW-Zeitung

Berlin

Drohungen gegen Weißenseer PDS-Büro

Im Osten der Republik gerät die PDS ins Visier terroristischer Nazis. Auf das Haus des Oberbürgermeisterkandidats von Potsdam, Kuthsmuts, wurde ein Brandanschlag verübt, der neugewählte Bürgermeister der brandenburgischen Kleinstadt Sonnewalde wurde bedroht, die Nazis schickten sogar einen Brief an das Cottbuser Polizeipräsidium, mit der Aufforderung, den »Glatzen« doch »grünes Licht« zu geben. In Berlin bekannte sich ein »Weißenseer Arischer Widerstand« zu den Drohbriefen. Doch dabei blieb es nicht – zweimal wurden die Scheiben eingeworfen – zweimal wurde seitdem eingebrochen.

Nach den Drohbriefen begann die Polizei ihre Ermittlungen und diese führten sie zu der Gruppe WEIßER ARISCHER WIDERSTAND (WAW), die die Nazi-Postille (NS-)'Denkzettel' herausgibt. Der Denkzettel propagierte bereits in seiner Ausgabe Nr.4 das Konzept kleiner Terrorgruppen und druckte Teile des sog. »Wehrwolf-Konzeptes« ab. Laut Wehrwolf-Konzept sind Gruppen zu bilden, die unabhängig voneinander agieren können und nur durch Kontaktpersonen miteinander verbunden sind. In den Ausgaben 6 und 7 der Zeitung beziehen sich die Herausgeber, laut Polizeiangaben, auf den Weißen Arischen Widerstand. Der WAW ist eine Vereinigung, von der Beobachter der Szene annehmen, daß sie sich nach dem Vorbild der schwedischen VAM organisiert hat. Die VAM ist die best bewaffneteste NS-Gruppe Westeuropas und hat zahlreiche Überfälle auf ihrem Konto. Im Jahr 1993 demonstrierte sie den Schulterschluß mit dem deutschen NS-Netzwerk und entsandte eine schwarz-vermummte Delegation zum »Rudolf-Hess-Marsch« nach Fulda.



Frank Schwert (stehend) und DL-Kandidat Frank Hübner (sitzend) für den Cottbuser Bürgermeister-Posten

Die (NS-)'Denkzettel'-Redaktion bestreitet einen Zusammenhang mit den Drohungen gegen das PDS-Büro und erklärte in einem Brief an die 'Berliner Zeitung', daß sie solch lächerliche Drohungen nicht verschicken würden, wenn sie das PDS-Büro für angreifenswert hielten, würden sie auch über die dazugehörigen Mittel verfügen.

Deutsche Liga auf NS-Kurs

Im Netzwerk der Deutschen Liga kracht es an allen Ecken und Kanten. Das anfangs hochgelobte Projekt einer neuen Einheit aller Rechten ist gescheitert. Im Oktober dieses Jahres setzte der Bundesvorstand den Berlin-Brandenburger Vorstand um Frank SCHWERDT aus Berlin-Heiligensee kurzerhand ab und beauftragte den Kähnsdorfer Rentner Peter GILLIAN kommissarisch mit dem Amt. Der Grund lag in der Werbung des Vorsitzenden der verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE Frank HÜBNER für die offene Liste der DL bei den Cottbuser Kommunalwahlen.

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im hessischen Pfungstadt wurde die Absetzung Schwerdts durch den Bundesvorstand bestätigt. Dieser Schritt veranlaßte auch weitere einflußreiche Mitglieder der DL-Berlin aus der Partei auszutreten. Auch Karl-Heinz PANTELEIT, Vorsitzender des einflußreichsten Vorpostens der Liga Berlins, dem HOFFMANN von FALLERSLEBEN BILDUNGSWERK, erklärte seinen Austritt aus Ärger über den Bundesvorstand und seinen Abgrenzungskurs gegenüber »Nationalsozialisten«. Der Villinger Jürgen SCHÜTZINGER wandte sich sogar in einem Brief an die Potsdamer Landesregierung und verlangte von höchster Stelle, eine Kandidatur Hübners auf der Liste der Liga zu verhindern.

Den »sauberen« Berliner Nationalsozialisten und (ex) DL-Mitgliedern, gelang es neben Hübner (2,7%) auch den 40-jährigen Helmut WANDKE aus Peitz für eine Kandidatur zu gewinnen. Wadke erhielt zwar 3,8% bei den Wahlen und einen Gemeinderatsposten, doch stellte die Polizei umangreiches Diebesgut bei ihm sicher. Beschlagnahmt wurden Telefone, Fax-Geräte, Computer, Kopierer, Drucker und weiteres Büromaterial. Alles stammte aus zwei Einbrüchen im April und September letzten Jahres.

Lutherst. Wittenberg

Kreisvorsitzender der Deutschen Liga wollte PDS-Versammlung in die Luft sprengen

Auch Mitglieder der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL) sind in das Anti-Antifa-Bündnis der Neonazis verstrickt. In Berlin bedroht ein WEIßENSEER ARISCHER WIDERSTAND die PDS Geschäftsstelle und im anhaltinischen wollte ANDREAS MATTHEUS gleich eine ganze Parteiversammlung in die Luft jagen. Doch dem 30-jährigen Kreisvorsitzenden der Liga explodierte die Mischung in der eigenen Wohnung, der anwesende Liga-Geschäftsführer, MARKO BURDUKAT, wurde leicht verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen fahrlässiger Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, Mattheus und der Tatbeteiligte MARKO STREBE sitzen in Untersuchungshaft.

Hätte die Wittenberger PDS nicht schon Anfang Januar 1994 die Presse über faschistische Umtriebe in ihrer Stadt informiert, wäre die »fahrlässigen Herbeiführung einer Explosion« (so der Tatvorwurf) ohne öffentliches Nachspiel geblieben. Eventuell wären auch Mattheus' Aussagen, daß er eine Versammlung der PDS mit ihrem Vorsitzenden Lothar Bisky in die Luft jagen wollte, nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Der angetrunkene Mattheus endete jeden Satz des Verhörs mit »Heil Hitler«, die PDS wurde erst einige Tage später informiert. Trotz dieser eindeutigen Ermittlungslage wurde verlautbart, daß kein politischer Hintergrund zu erkennen sei. Doch da spielte die Wittenberger PDS nicht mit. Sie hatte schon drei Wochen vor der Explosion über die Umtriebe der DL in der Lutherstadt berichtet und die Presse auf eine Veröffentlichung des Antifaschistischen INFO-Blattes hingewiesen (INFO 22). Aus den dort zitierten Gründungsprotokollen des DL-Kreisverbandes Wittenberg ging hervor, daß Mattheus durch Boten des Bundesvorstandes der DL (Peter Liebchen und Bruno Brassat) angeworben und von der Berliner DL unter Leitung von Frank SCHWERDT, betreut wurde. Weiterhin

belegten die Gründungsprotokolle, daß schon damals Gewalt und Wehrsportübungen geplant wurden. Verbindungen bestanden zum Rudower Schriftführer der Berlin–Brandenburger-Zeitung der NATIONALEN, Christian WENDT, sowie zu Aktivisten der verbotenen Deutschen Alternative und zur DIREKTEN AKTION MITTELDEUTSCHLAND (JF).

Der Gipfel der Unverfrorenheit wurde erreicht, als die Polizei die PDS bat, den Vorfall zu verschweigen und den politischen Hintergrund geheimzuhalten – die Öffentlichkeit sollte nicht beunruhigt werden. Nach der Bekanntgabe des Attentatsplanes der Nazis auf eine PDS-Versammlung, an der schlußendlich 200 Leute teilnahmen, bemühen sich die Behörden um weitere Beschwichtigung – es habe sich nur um ein bißchen Schwarzpulver aus Silvesterknallern gehandelt, das in einem Einweckglas explodiert sei. Dabei weiß jeder 5.Klässler, daß loses Schwarzpulver im Einweckglas bestenfalls eine Stichflamme verursacht, nicht jedoch eine Druckwelle – und die hat es offensichtlich gegeben, das dokumentieren die zersplitterten Scheiben. Das Landeskriminalamt ermittelt und die leitende Dessauer Staatsanwaltschaft hält sich bedeckt.

Dresden

Marita Schieferdecker-Adolph, Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, ist von Nazi-Skins angegriffen und mißhandelt worden. Anläßlich eines Besuches von Düsseldorfer Fascho-Skins im Jugendclub »Espe« in Dresden wurde sie wegen ihres »nichtdeutschen« Aussehens beschimpft, ein Mädchen aus der Gruppe drückte ihr eine Zigarette am Hals aus. Nach dem Angriff wurden in Dresden weitere Personen angegriffen. Frau Adolph behauptet, von den Espe-Skins geschützt worden zu sein und stellt keine Anzeige, »um Projekte mit rechtsorientierten Jugendlichen nicht zu gefährden«. Im Rahmen eines solchen Projekts war sie im November nach Israel gefahren. Organisierte Nazis um den WJ-Gauleiter Sachsen, Franz KADEN, hatten auf dieser Reise massiv provoziert, jüdische Mitreisende bedroht, Kaden griff eine israelische Journalistin an. Rekrutierungsversuche der Kader gegenüber mitreisenden, unorganisierten rechten Skins, u.a. aus der Espe hatten Adolph und die beiden anderen Gruppenleiterinnen ebenso ignoriert, wie Nazi-Musik (RENNICKE, LANDSER), Uniformierung und faschistische Agitation, besonders die Leugnung des Holocaust. Die israelische Öffentlichkeit war empört. In Deutschland wurde die Reise unter Verdrehung der Tatsachen als voller Erfolg dargestellt. So titelte der »Stern«: »Frauenpower gegen rechts«. Antisemitische Äußerungen waren schon im Vorfeld gefallen und werden bis heute verschwiegen; Franz Kaden konnte Adolph die Bedingungen für die Reise quasi diktieren. Besonderer Skandal: Die Reise wurde vollständig aus Geldern für die Integration russischer Juden finanziert. Hierfür handelte sich Adolph eine Abmahnung ein; sie muß nun einen Kurs in Verwaltungsrecht machen. Darüber hinaus hatte sie entgegen den Tatsachen behauptet, ein Teil der Reise sei aus Geldern des AgAG-Programmes (vgl. Info Nr.21) finanziert worden. Tatsächlich hatte sie nur einen formlosen Antrag auf diese Gelder gestellt, der abgelehnt wurde. Für die Zukunft ist eine Reise nach Auschwitz geplant, diesmal unter Teilnahme von schwedter Nazi-Kids.

Die Angreifer von Dresden kommen aus dem AWO-Club in Düsseldorf, in dem Stefan RASCHE von »Störkraft« und der »Freien Wählergemeinschaft« Nachwuchs rekrutiert.

Guben/Schwedt

Die »Berlin-Brandenburger Zeitung« der NATIONALEN titelt im Nov./Dez. 1993: »Jugendtreffs statt Asyl-Heime – JUNG-NATIONALE fordern Jugendclub in Guben«. Demnach haben sich die Nationalen und die »NATIONALE JUGEND« Guben mit Bürgermeister Balzarek (CDU) getroffen, um »ähnlich wie in Schwedt, öffentliche Mittel für einen geplanten nationalen Jugentreff als Anlaufpunkt für interessierte Jugendliche« zu ergattern. Am Gespräch nahmen offensichtlich der Kreisvorsitzende der Nationalen GRAMKE und sein Stellvertreter WANDKE teil. Balzarek soll grundsätzlich einverstanden sein, könne aber kein Geld geben. Dafür schlug er dem Jugendbeauftragten Saupe potentielle Unterstützer vor. Vorbild für die Initiative ist erklärtermaßen die »NATIONALE JUGEND SCHWEDT«, eine NF-Vorfeldorganisation, die ebenfalls mit dem Bürgermeister über Räume und Finanzmittel verhandelt.

Schwedt

Die Stadt bleibt sich treu

Der Prozeß gegen den Schwedter Nazi-Schläger MIRKO HANNIG ist abgebrochen worden. Ihm wird u.a. vorgeworfen, im Februar 1993 mit einem Dutzend anderer Nazis eine Gruppe von fünf Antifas überfallen zu haben. Er selbst hatte dabei einen Punk fast zu Tode geprügelt.

Hannig meint, in Notwehr gehandelt zu haben, da der Punk ihn mit einer Pistole bedroht haben soll. Um die Pistole zu finden, wurde der Prozeß unterbrochen und wird später noch einmal neu aufgezogen. Die Verfahren der Mittäter sind abgetrennt worden, und werden in absehbarer Zeit nicht verhandelt.

Unterdessen bleibt Schwedt wie es war: Braun. So wurde z.B. Ende Januar eine Rapper-Party von Faschisten unter der Führung von SVEN HANSEN (SrA) überfallen. Die Nazis treffen sich fast jedes Wochenende im Café »Haltestelle« des Stadtjugendringes im Freizeittreff HIT. Ein Hausverbot für Leute wie Hansen, Hannig & Co gibt es nicht.

Die Antifa versucht, Anti-Nazi-Konzerte zu organisieren. Jugendvereine, wie der Karthausclub e.V. und der Rock e.V. verweigern jedoch jede Unterstützung, wie die Bereitstellung von Technik und Räumlichkeiten. Trotz dieses bewußten und konsequenten Boykotts jeglicher antifaschistischer Ansätze wurde der Karthausclub am Freitag, dem 18.2.94, von ca. 20 Schwedter Nazis angegriffen, dabei gab es zwei Schwerverletzte. Mit dabei wieder Mirko Hannig, aber auch MARSCHKE und BREHMER.

Im März erscheint die neue Ausgabe der Schwedter Antifa-Zeitschrift »Geierwally«, zu beziehen über:
aas, PSF 1053, 16290 Schwedt.

Angermünde

DVU-Veranstaltung verhindert

Am Freitag, den 11. Februar '94 sollte in Mürow (ca. 2 km von Angermünde, Land Brandenburg) die Gründungsveranstaltung des Ortsverbandes Angermünde der Deutschen Volksunion (DVU) stattfinden. Ein gewisser Wetzel (ca. 40 Jahre alt) hatte dazu »Schmidt's Imbiß am Autohaus« in Mürow gemietet. Noch vor Veranstaltungsbeginn zogen ca. 50 AntifaschistInnen auf, gefolgt von einem entsprechenden Bullen-Aufgebot. So wagten sich die DVUler nicht in die Kneipe, die Gründungsveranstaltung wurde abgeblasen. Die Antifas stellten Wetzel zur Rede. Dieser gab zu, schon mehrfach in der Kneipe, deren Besitzer selbst in der DVU sei, Propaganda-Material verteilt zu haben. Er würde auch weiter versuchen, die DVU in Angermünde zu etablieren. Er bot den Antifas Gespräche »unter Demokraten« an, die Antifas lehnten dankend ab.

Senftenberg

Prozeß gegen Wehrsportgruppe

Im Januar fand im Cottbuser Landgericht der Mordprozeß gegen vier Mitglieder der Wehrsportgruppe »Werwolf Jagdeinheit Senftenberg« statt. Bei einer Großrazzia im Oktober 92 wurden zwölf Mitglieder der »Wehrsportgruppe Senftenberg« festgenommen. Bei dieser Razzia wurden hundertfünfzig Handgranaten, Maschinenpistolen und mehrere Kampfausrüstungen sichergestellt. Vier Mitglieder dieser Wehrsportgruppe wurden wegen gemeinschaftlichen Mordes angeklagt, da in diesem Zusammenhang der Anführer der Gruppe, Jens-Werner Klocke gestand, zusammen mit drei anderen Gruppenmitgliedern, am Mord an Timo K. beteiligt gewesen zu sein. Um sich Geld für weitere Waffenkäufe zu beschaffen, beschlossendie vier einen Raubüberfall auf einen Lebensmittelladen. Das Fluchtauto sollte über eine fingierte Autopanne organisiert werden. Der 27-jährige Timo K. aus Senftenberg hielt an, um seine Hilfe anzubieten. Timo K. wurde brutal ermordet, als er sich weigerte, sein Auto zu verlassen. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, im Anschluß an die Großrazzia wegen Verdachts auf Bildung einer Kriminellen Vereinigung, wurden eingestellt. Begründung: Der Tatbestand war nicht erfüllt. Die Staatsanwaltschaft in Cottbus ermittelte nun nur noch wegen gemeinschaftichen Mordes. Das Gericht blieb in seinem Urteil, 15 Jahre für den Hauptangeklagten Jens-Werner Klocke und neun Jahre Jugendstrafe, erheblich unter den von der Staatsanwaltschaft geforderten Anträgen von Lebenslänglich für Klocke und zehn Jahre Jugendstrafe für Langner.

Mohnke vor seiner Villa in Barsbüttel



Lübeck

Mordverfahren gegen SS-Generalmajor eingestellt

Ende Mai 1940 leisten zwei britische Regimenter der auf Dünkirchen vorrückenden Wehrmacht in dem Ort Wormhoudt unerwartet hartnäckigen Widerstand. Einheiten der SS-Leibstandarte Adolf Hitler erleiden erhebliche Verluste. Während des Rückzuges werden am 28.Mai etwa einhundert britische und kanadische Kriegsgefangene in eine Scheune getrieben. SS-Soldaten werfen Handgranaten hinein und schießen die Gefangenen mit Maschinengewehren zusammen. Mindestens 80 Gefangene kommen ums Leben.

Der damals 29jährige Hauptsturmführer Wilhelm Mohnke hatte an diesem Tag die Führung des 2. SS-Bataillons übernommen.

Mohnke setzte fortan seinen Weg in der für ihre Härte und Rücksichtslosigkeit bekannten Leibstandarte Adolf Hitler fort. Als Generalmajor der Waffen-SS verteidigte er *bis Kriegsende* den »Führer«-Bunker in Berlin.

1955 kam er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück und baute sich in Barsbüttel bei Hamburg eine neue Existenz auf. Mohnke ist Angehöriger des Kameradenwerk »Korps Steiner« (siehe Info Nr. 19). Der heute 82jährige lebt zurückgezogen und ist nach den Worten seiner Frau schwer krank.

Die Ermittlungen

Nach dem Krieg ermitteln die Briten im Fall Wormhoudt, verfolgen die Sache aber nicht weiter, da Mohnke nicht greifbar ist.

1973 beginnt der Staatsanwalt mit den Ermittlungen wegen Mordes. Mohnke wird die Ermordung von 75 US-Kriesgefangenen 1944 in Malmedy vorgeworfen. Er wird vernommen und streitet alle Anschuldigungen ab. Zu Wormhoudt wird er nicht befragt (taz 21.1.94). Das Verfahren wird 1976 eingestellt.

Als der lübecker Staatsanwalt Negendank 1988 Informationen aus England erhält, beginnt er erneut ein Verfahren. Er reist nach England und studiert bisher nicht veröffentlichte Akten aus den Jahren 1943 bis 1948. Ein Bericht enthält die Aussagen der SS-Offiziere Carl Kummert und Oskar Senf, die von einem Adjutanten erfahren hatten, daß Mohnke den Mordbefehl gegeben habe. Der deutsche Staatsanwalt läßt darüberhinaus von Scotland Yard Überlebende befragen, jedoch keiner der britischen Gefangenen, die überlebt hatten, konnte Mohnke eindeutig identifizieren. Der Staatsanwalt kommt abschliessend zu dem Ergebnis, daß die Beweise nicht die Anklageerhebung wegen Mordes rechtfertigen.

Die Staatsanwaltschaft Lübeck stellt im Dezember 1993 das Verfahren »mangels Beweisen« ein.

Daraufhin entschließt sich die britische Regierung Mitte Januar '94 2000 Dokumente über den Zweiten Weltkrieg, die eigentlich erst im Jahr 2021 veröffentlicht werden sollten, freizugeben. Sie enthalten Aussagen von Alf Tombs, einem Überlebenden des Massakers, der von Untersuchungsbeamten der britischen Armee 1947 unter Eid befragt worden war. Der Lübecker Oberstaatsanwalt Heinrich Wille schließt, trotz der neuen britischen Unterlagen, die Wiederaufnahme der Untersuchung aus. Ein erneutes Verhör von Mohnke lehnt er ab, da man keinen Grund habe anzunehmen, daß Mohnke etwas anderes sagen würde als bei der ersten Befragung. »Die Akte ist geschlossen« teilt er mit und das Massaker werde wohl in das Kapitel »ungesühnte Kriegsverbrechen« eingehen.

Die britische Öffentlichkeit gibt nicht so schnell auf

Doch in Großbritannien werden Stimmen laut den Fall nicht ruhen zu lassen. Ein Abgeordneter der Labour Party äußert den Verdacht, der hohe Rang des Beschuldigten könne eine Rolle gespielt haben die Ermittlungen nicht nachhaltig genug zu betreiben und fordert die Regierung auf sich für die Anklageerhebung stark zu machen. Verteidigungsminister Rifkind informiert den parlamentarischen Ausschuß für Kriegsverbrechen, er wolle, daß die Beweise veröffentlicht werden, auch die Medien haben sich des Vorgangs angenommen Das Interesse ist zusätzlich angeregt, da Großbritannien seit fast drei Jahren wieder Kriegsverbrechen verfolgt.

Zwei der drei letzten Überlebenden äußerten sich in Gesprächen mit der Berliner Zeitung vom 15.12.93 angewidert über die Entscheidung der Lübecker Staatanwaltschaft. Der heute 81jährige Alf Tombs lebt heute mit seiner Frau von einer Wochenrente von 222,50 DM in einem Wohnwagen. »Mohnke lebt in Luxus und bekommt eine Generalspension, ist das nicht zum Kotzen«, sagt er. »Alles, was ich will, ist, auf seinem Grab stehen.«

(aus: Berliner Zeitung 15.12.93; taz 21.1.94; Tagesspiegel 23.1.94; atze Nr. 21/94)

Mit einer Auflage von 10.000 Stück (eigene Angabe) startete im April letzten Jahres das Düsseldorfer Bonehead-Fanzine MODERNE ZEITEN. Das angestrebte Ziel, *»...eine breit gestreute, monatlich erscheinende, bundesweite Szene-Zeitung über bzw. mit nationaler Gegenkultur von Rechts zu etablieren«* war für die Macher wohl doch etwas zu hoch gegriffen. Dabei kann das Fanzine auf eine lange Geschichte zurückgreifen.



»Moderne Zeiten«: Hemmungslos und Dumm

Entwicklungsgeschichte

Begonnen hatte alles Ende der 80iger Jahre mit dem »Querschläger« als Mitteilungsblatt des FAP-Kreisverbands Essen. Mit dem Motto *»Pressefrechheit gegen Meinungseinfalt«* entwickelte sich das Blättchen zu einem Kult-Fanzine der Boneheadszene. Inhaltlich lag es dabei auf der Linie des sog. Anti-Kühnenflügels der FAP um den Bundesvorsitzenden FRIEDHELM BUSSE und den damaligen Generalsekretär JÜRGEN MOSLER. So brachte die »Querschläger«-Redaktion, als Nachruf auf den im April 1991 verstorbenen MICHAEL KÜHNEN, das Urteil eines »schwulen Pseudo-Nazi« heraus.

Neuer Name, neues Konzept

Ende 91 stellte der »Querschläger« sein Erscheinen ein und wurde in das »Ketzerblatt FRONTAL« umgewandelt. Das Konzept, eine Boneheadzeitung unabhängig vom Parteiengeklüngel breit zu etablieren, wurde geboren. Mit einem professionellen Layout, Berichten, Interviews über und mit Nazi-Bands wie STÖRKRAFT, RADIKAHL, KAHLKOPF oder mit dem WIKING JUGEND Barden FRANK RENNICKE (Ehningen) sollten die kulturellen Ergüsse der Nazis über die Boneheadszene hinaus verbreitet werden. Gleichzeitig sollte die Zeitung als einigender Faktor innerhalb der Szene wirken. So fanden sich im FRONTAL auch Berichte über die SKINGIRL FRONT DEUTSCHLAND, ein Interview mit dem ehemaligen NF-Mitglied JOSEF SALLER (sitzt wegen Brandstiftung und Totschlag im Gefängnis), ein Bericht über das Nationale Infotelefon in



Moderne Zeiten

Das Ketzerblatt für Musik und Trends einer neuen Generation
Nr. 2, Mai 1993, Einzelpreis DM 2,-

Wir sind wieder da!
"Störkraft"

Die Zeit nach dem Presserummel
Alle gegen Störkraft, oder ...?

Interview mit Störkraft - Seite 1 und 2
Leserpost - Seite 3
Interview mit Ragnaröck - Seite 4 und 5

Moderne Zeiten

Das Ketzerblatt für Musik und Trends einer neuen Generation
Nr. 1, April 1993, Einzelpreis DM 2,-

Es ist soweit.

Die Schonzeit ist vorbei!

Stark angekündigt in verschiedenen TV-Programmen; nicht zuletzt in SPIEGEL TV.

Fortsetzung auf Seite 2

Solidaritätsaufruf:
Moderne Zeiten
Wir brauchen Eure Hilfe!

Düsseldorf, Oktober/Ernting 1993

Liebe Freunde,

Im Frühjahr diesen Jahres sind wir (Andreas Zehnsdorf - Ex- Frontal Fanzine, Torsten Lemmer - Ex-Störkraft Manager, Manfred Rouhs - Zeitschrift "Europa Vorn" (inzwischen wieder ausgestiegen) und Christian Eitel - 0815-Entdecker ...

Moderne Zeiten

... für Musik und Trends einer neuen Generation
..., Juni u. Juli 1993, Einzelpreis DM 3,-

08/15

Hemmungslos und geil:
Monique

Vergesst Doro, hier kommt Monique oder besser: die erste Frauenkombo!

Moderne

Ex-Störkraft Gitarrero Michael ...

Rheinwacht
Die-neue-Macht
Knüppelhart mit gutem Sound

Totgesagte leben länger...

Wir machen weiter, mit Euch...

Ab dem 1. März 1994 haben wir neue Rufnummern!

...weil die Qualität entscheidet!

Wiesbaden und der regelmäßige Abdruck der HNG-Gefangenenliste wieder.

Das Echo der Naziszene ließ nicht lange auf sich warten. So bedankte sich z.B. der kürzlich zu 10 Jahren Haft verurteilte VAPO-Führer GOTTFRIED KÜSSEL aus Wien für die Zusendung der FRONTAL Ausgabe Nr.2, *»...damit man drinnen auch weiß was draußen so läuft.«* Oder die englische Band SKREWDRIVER, Initiatoren des internationalen Bonehead Netzwerks BLOOD & HONOUR (B&H) urteilten *»Wir von Skrewdriver finden, daß es eine sehr gute Zeitung, mit sehr guter Aufmachung ist (...) und wünschen viel Glück für den Kampf um White Power.«* Der Grundstein für eine enge Zusammenarbeit im gemeinsamen *»Kampf um White Power«* war gelegt und FRONTAL (bzw. Moderne Zeiten; siehe Artikel weiter unten) wurde Teil des BLOOD & HONOUR Netzwerks.

In der ersten deutschen Ausgabe des gleichnamigen Fanzines (BLOOD & HONOUR Nr.1/Sommer 93) werden unter der Rubrik »Weiße Presse« einzelne Teile

Das Projekt Moderne Zeiten/MZ-Vertrieb/ Dorfmusik/Funny Sounds/ LER &Partner/ Creative Zeiten

Andreas Zehnsdorf
Welperstr.59, Hattingen (lt. Impr. MZ 1)
Herausgeber von Querschläger, Frontal und Moderne Zeiten (ViSdP Nr.1+2); Mitinhaber der »Creative Zeiten GmbH«; Autor in dem DL-Hetzblatt »Düsseldraht«; Sohn des FAP-Funktionärs Axel Zehnsdorf

Torsten Lemmer
Derendorfer Str.94, D'dorf
ex-REP; ex-FWG-Fraktionsgeschäftsführer (Freie Wählergemeinschaft D'dorf); jetzt DL; ex-Manager von Störkraft; Geschäftsführer der »CZ GmbH«; Ex-Mitherausgeber von Europa Vorn; MZ; Funny-Sounds

Christian Eitel
Holbeinstr.3, D'dorf
DL; FWG; (Ex-?)Mithrsg. von EV; Gesellschafter der »CZ GmbH«; MZ

Kurt Winter
Hermann-vom-Endt-Str.34, D'dorf
Mieter der Geschäftsräume in der Jägerstr. 4, (MZ-Büro, Ex-Büro der FWG); Vors. Konservatives Forum D'dorf; Gemeindevorsteher der Dt. Unitarier Religiosgemeinschaft D'dorf; Eigentümer des Verlags »Mehr Wissen« und des »Lebenskunde-Verlags«; MZ (ViSdP Nr.3/4)

Willi Schobert
Im MZ-Vertrieb; (ViSdP Nr.5/6+7/8)

Jörg Petritsch
Dorfmusik; Störkraft-Sänger; Ex-Mitherausgeber von EV

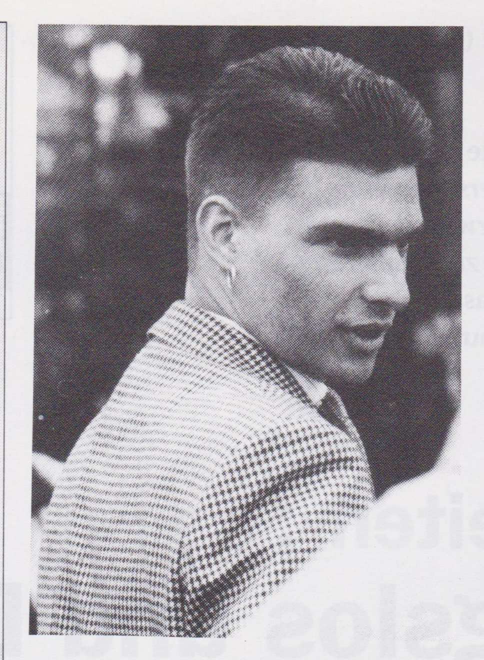
Volker Grüner
Dorfmusik; ex-Störkraft-Gitarrist

Klaus »Steve« Martin
Dorfmusik, ex-Störkraft Schlagzeuger

Stefan Rasche
Hansaallee 100, D'dorf
Aushilfsmusiker bei Störkraft, besonders bei den Interviews

Marc Peters
Plektrudisstr.17, D'dorf
Dorfmusik-Gesellsch.; (Ex-)Mithrsg. von EV; FWG; JN-Schatzmeister NRW und verantwortlich für JN-Schülerzeitung »Reflex«

Manfred Rouhs
Herausgeber von Europa Vorn; Mitglied der DL und Stadtrat in Köln; ex-JU und ex-Landesvors. der JN in NRW; ex-Teilhaber an der »LER und Partner GmbH«




Torsten Lemmer (links) und Christian Eitel (rechts) schauen skeptisch in die Zunfunft.

des Netzwerks aufgeführt. MODERNE ZEITEN wird an dieser Stelle u.a. neben STORM, dem Mitteilungsblatt der schwedischen Terrororganisation VAM (Weißer Arischer Widerstand) und der US Ausgabe von B&H genannt. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn IAN STUART (ex-Sänger von Skrewdriver und ex-Chef von B&H) die Kameraden von FRONTAL/MODERNE ZEITEN bei ihrer Arbeit unterstützte. Er hinterließ vor seiner im September angetretenen Heimfahrt nach Valhalla in der Frontal Nr.6 (Feb./März 93) und der Moderne Zeiten Nr.1 (April 93) seiner Fan-Gemeinde noch ein Interview mit der Parole *»Skrewdriver will never die...!!«*

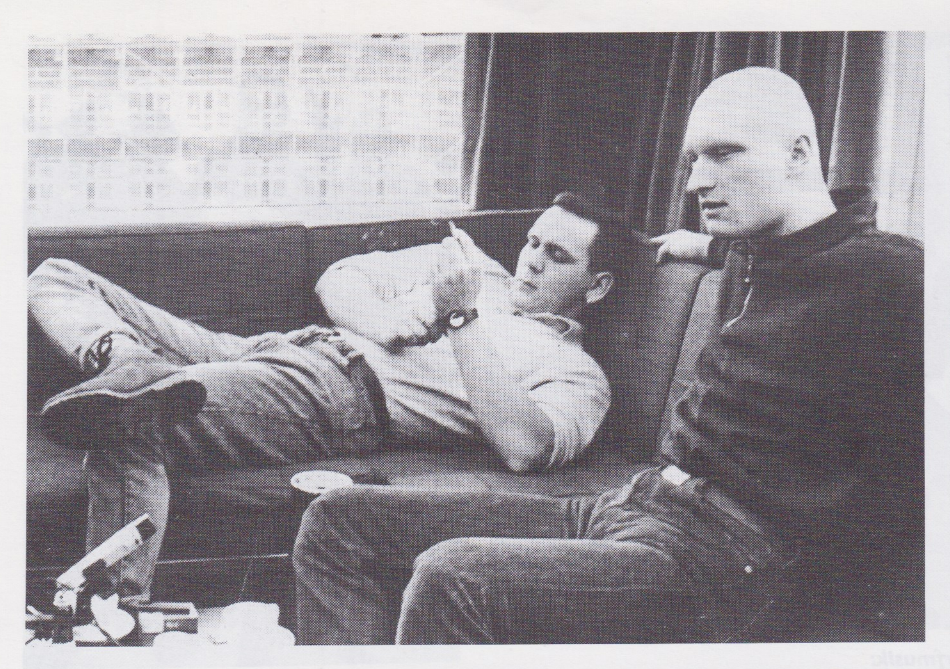
Spex von Rechts

Mit der Einstellung *»... eines der besten deutschen Fanzines Frontal«*, das *»nahtlos in das noch professionellere Nachrichtenblatt MODERNE ZEITEN«* überging (B&H Deutsche Ausgabe Nr.1), wollten die Macher *»neue Zeiten anbrechen«* lassen. *»Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs. Umbruch auf allen Ebenen: Ideologien, Machtsystem, Lebensräume und nicht zuletzt kulturelle Artikulationen. – Vorbei die Zeit, als haschisch geschwängerte Peacekids (...) in orgastischen Massenhappenings glaubten, eine neue Weltordnung installieren zu können.«* (MZ Nr.1). Eine neue Weltordnung aufzubauen hat sich auch die Trägerschaft von »Moderne Zeiten« vorgenommen. Ihr Ziel ist dabei, für eine rechtsextreme Gesellschaft die passende NS-Jugendbewegung aufzubauen und bereitzuhalten. Die Subkultur der Boneheads ist dabei das Mittel zum Zweck. Über ihre Musik und Inhalte sollen faschistische Positionen unter weite Teile der Jugend gebracht und dort gesellschaftlich etabliert werden. MANFRED ROUHS, der anfangs Mitherausgeber von MZ war, bringt dies auf den Punkt: *»Hat der (...) Jugendliche ersteinmal an Bands, die patriotische Motive in ihren Texten verarbeiten, Gefallen gefunden, dann fragt er möglicherweise nach Mehr, nach dem Woher und Warum des Nationalismus, das ist der Moment in dem wir von EUROPA VORN, zuschlagen, ihm Inhalte und Kontakte bieten müssen.«*

Die Neue Rechte und die Boneheads

Mit Rouhs engagierte sich kein Unbekannter für MZ. Seit 1987 erscheint in Köln die Postille der Neuen Rechten, »EUROPA VORN«, unter seiner Federführung. Auf den ersten Blick erscheint das Engagement des Schlips-und-Kragen-Faschisten Rouhs in der Boneheadszene noch skurril. Genauer betrachtet verfolgt er damit jedoch das Ziel der Neuen Rechten, ihre politischen und kulturellen Inhalte in alle Kreise der Gesellschaft zu tragen. Angestrebt wird die sog. kulturelle Hegemonie, um auf diesem Weg die Gesamtgesellschaft hin zum Faschismus zu verändern. Über den Umweg der Boneheads will Rouhs dies unter Jugendlichen erreichen.

Rouhs scheint sich dabei in finanzielle Schwierigkeiten gebracht zu haben. Durch den Verkauf rechtsradikaler Musik sollen nun Finanzlöcher ausgeglichen werden. Um den Verkauf der Platten anzukurbeln, war er gezwungen, das gesamte Angebot des »MZ-Vertrieb« in »Europa Vorn aktuell« abzudrucken. Statt Inhalten bietet die Zeitung seit Juni letzten Jahres ihren LeserInnen lieber *»Sauf- und Raufliedern im knalligen Oi-Sound«* Marke



Jörg Petritsch (links) und Stefan Rasche fühlen sich wohl auf der »SPIEGEL«-Couch

SPRINGTOIFEL oder die »*... lustige neue Oi-Kapelle«* RABAUKEN, »*deren Vaterländische Musik«* mit Titeln wie »*Bier macht uns lustig und froh«*, »*zu begeistern versteht«*. (Europa Vorn aktuell Nr.60)

Dabei ist Rouhs wohl der einzige, der davon begeistert ist. Seine Herangehensweise hat innerhalb der Neuen Rechten zu Auseinandersetzungen geführt. MICHAEL WALKER (Lützowstr. 39/Köln) einer der führenden Köpfe der Europäischen Neuen Rechten und Herausgeber der Zeitschrift THE SCORPION, der selber zum ständigen Mitarbeiterkreis von EUROPA VORN gehörte, ist dabei federführend. »*Skinheads* (Walker meint damit Nazi-Skins, d.Red.) *sind typische, verwöhnte Bälger der modernen Erziehung und der materialistischen Gesellschaft (...). Sie haben alle Gesichtszüge der vergangenen Brutalität der Nazis; ihnen fehlen die Qualitäten Loyalität und Mut sowie alle Liebe zum Volk. (...) sie sind Hinterweltler durch und durch.«* (Europa Vorn spezial Nr.6). Walker bezieht sich damit auf die Erfahrungen, die die englische NATIONAL FRONT in den 80iger Jahren mit ihren Versuchen, Boneheads zu erziehen und zu benutzen, gemacht hat. Dies ist mit dem Abrutschen der Partei von einer Massenbewegung hin in die Bedeutungslosigkeit einer militanten Splittergruppe einher gegangen.

Inzwischen ist Rouhs aus dem »Moderne Zeiten«-Projekt wieder ausgestiegen. Dennoch hält er an seinem eingeschlagenen Kurs gegenüber Boneheads fest. So vertreibt »Europa Vorn aktuell« weiterhin die gesamte Palette von Nazi-Rock. Was für diese Trennung letztendlich ausschlaggebend war, ist nicht bekannt, beide Seiten haben nichts darüber verlauten lassen. In gutem Einvernehmen wird es aber sicher nicht gegangen sein, da der nach dem Ausstieg gegründete eigene Europa Vorn-Vertrieb (EV-Vertrieb) Störkraft-Artikel nicht mehr anbietet bzw. nur noch die Restbestände abstößt.

Auf einer ganzseitigen Anzeige in Europa Vorn Nr.60 (Nov.93) kündigt Rouhs sogar den Aufbau einer eigenen Plattenfirma, der TONTRÄGERPRODUKTION MANFRED ROUHS, an. Dazu fehlen ihm nur noch die Bands: »*Ihr habt einen Namen und Perfektion zu bieten und sucht das richtige Label? Meldet euch bei uns! Wir brauchen nicht jeden, aber vielleicht brauchen wir gerade euch.«*

Wollen wir hoffen, daß sich Rouhs mit seinem eingeschlagenen Weg dorthin begibt, wo die englische NF ist: in die Bedeutungslosigkeit.

Aktueller Stand

Neben Rouhs wurde das »Moderne Zeiten«-Projekt, zu dem noch der gleichnamige MZ-Vertrieb und das Plattenlabel DORFMUSIK gehört, von einem breiten Personenkreis ins Leben gerufen: der »LER & Partner GmbH« (LER – Lemmer, Eitel, Rouhs); nach dem Ausstieg von Rouhs umbenannt in »CREATIVE ZEITEN GmbH«. Ihr gehören mit TORSTEN LEMMER, CHRISTIAN EITEL und ANDREAS ZEHNSDORF ebenfalls keine Unbekannten an (s. Kasten).

Bereits kurz nach Erscheinen der ersten Ausgabe der MODERNE ZEITEN (4/93) wurden erste Schwierigkeiten sichtbar: Angekündigt war eine monatliche Zeitung mit aktuellen Themen. Auf die Doppel-

Anmerkung zum Label Dorfmusik/Funny-Sounds:

Das Label »Dorfmusik« ist inzwischen durch das Label »Funny Sounds GmbH« weitestgehend abgelöst worden. »Dorfmusik« besteht zwar noch auf dem Papier (z.B. auf dem neuesten Spendenaufruf von MZ), alle Bands, die »Dorfmusik« aber mal unter Vertrag hatte (08/15, Monique, Rheinwacht [ex-Volkstroie]), haben inzwischen einen Vertrag bei »Funny Sounds«. Wer die Gesellschafter der neuen GmbH sind, konnten wir leider noch nicht in Erfahrung bringen, der Chef zumindestens ist ein weiters Mal Torsten Lemmer.

Der »durchschlagende« Erfolg von »Dorfmusik« läßt sich am besten daraus ersehen, daß sie außer Luftblasen in »Moderne Zeiten« bisher nichts zu stande gebracht haben. Selbst Störkraft hat sich nicht darauf eingelassen, ihre Platte(n) auf ihrem eigenen Label »Dorfmusik« zu produzieren und sind lieber bei Rock-O-Rama geblieben. Ganz davon abgesehen sind dem Sänger von Störkraft, Jörg Petritsch, die Leute weggerannt.

Ableger von Moderne Zeiten?

Laut einer Veröffentlichung in der »ZAP« hat SVEN ANTOSCH (Gerresheimer Landstr. 146, D'dorf) ehemals bei »Moderne Zeiten« mitgemacht und betreibt jetzt einen mehr oder weniger erfolgreichen eigenen Versandhandel/Label (Wikkies Sound). Wie Nachfragen bei anderen Leuten ergaben, tut er das inzwischen aber nicht mehr über seine Privaträume sondern über neue Räume in Ratingen, Oberste Linde 5. Mit der geplanten Ladeneröffnung hat es da (noch) nicht so richtig geklappt (wieder zu hoch gepokert?), deswegen müssen vorerst weiter Umschläge geklebt werden. Neben Platten des nicht unbekannten Fascho-Labels »Skull« und von »Moderne Zeiten« war man auch bemüht, nicht-faschistische Musik ins Angebot zu bekommen. Das wurde hoffentlich durch einen Boykott-Aufruf verhindert. »Moderne Zeiten« bestreitet natürlich die Aussage dieser ZAP-Veröffentlichung (getroffene Hunde bellen!?).





Foto oben: ***Vorstellungsrunde des Labels Dorfmusik:***
Jörg Petritsch, Torsten Lemmer, Klaus Martin, Volker Grüner, Christian Eitel (v.l.n.r.)

Foto rechts: ***Angetreten, um die Lücke in der »Szene« zu füllen, die die »Verräter« Böhse Onkelz hinterlassen haben: Störkraft. Die jetzige Bruchlandung war sicher nicht mit eingeplant. Volker Grüner (Ex-Gitarre, links), Jörg Petritsch (Sänger, mitte) und Klaus Martin (Ex-Schlagzeug, rechts) gelten in der »Szene« ebenfalls als Verräter, denen das Geld zu Kopf gestiegen ist.***

ausgabe 3+4 mußten die LeserInnen zwei Monate, auf die Doppelausgabe 5&6 (12 Seiten für 6,- DM!) bereits 3 Monate warten. Nach weiteren 3 Monaten gab es eine »Notausgabe« 7&8 (4 S. + 4 S. Versand für 3,-). Hier scheint es ernsthafte Schwierigkeiten zu geben, der Umfang ist geringer und die Erscheinungsweise seltener als beim Vorläufer FRONTAL. Die neueste Ausgabe wurde Mitte Februar verschickt. Die Entwicklung wird durch sie bestätigt: Der Preis ist wieder teurer geworden, viele Versandartikel werden zu noch höheren Preisen angeboten.

Inhaltlich liegt die Zeitung um einiges neben dem *»Trend einer jungen Generation«*. So wird in der ersten Ausgabe die Düsseldorfer Band »08/15«, vom hauseigenen Dorfmusik-Label produziert, als die neue Kult-Band der Rechten überhaupt vorgestellt. »08/15« ist immerhin so »aktuell«, daß die Band sich nach einem halben Jahr wieder auflöste und in dieser Zeit genau eine Demo-Kassette mit *»mäßiger Tonqualität«* (MZ Nr.5&6) produziert hat. Der Trend zum Aktuellen hat sich in der zweiten Ausgabe fortgesetzt, hier wird ein zehn Jahre altes Interview mit der *»ersten deutschen nationalistischen Rockband«* RAGNARÖCK als die Sensation verkauft. Unter der Überschrift *»Hemmungslos und geil: MONIQUE«* wurde in der dritten Ausgabe die erste Renee-Band der Szene angekündigt. Inzwischen ist klar, daß diese Band genau so ein Flop wie »08/15« ist. Sie sollte ebenfalls von Dorfmusik produziert werden, hat aber noch nicht einmal eine Demo-Kassette veröffentlicht und sich bereits nach drei Monaten wieder aufgelöst (der Name wird von der Sängerin für ein Solo-Projekt weiterbenutzt). Alles in allem hält die Zeitung inhaltlich nichts von dem, was sie verspricht. Sie dient in der Realität einzig dazu, den Verkauf von Platten anzuheizen und damit Geld von den eigenen Kameraden abzuzocken. Das die Zeitung nicht im »Trend« liegt, haben sogar die Macher erkannt. So bezeichnen sie die neue Ausgabe nicht mehr als »Zeitschrift für Musik und Trends« sondern nur noch als »Zeitschrift für Musik«

Die weitere Zukunft von MODERNE ZEITEN sieht ebenfalls nicht sehr vielversprechend aus. Mit der Ausgabe 5/6 wurde ein Bettelbrief unter dem Motto *»Wir brauchen Eure Hilfe«* mitgeschickt. Durch die Arbeit von AntifaschistInnen wurden sowohl die MZ-Büroräume als auch der Vertrag mit der Druckerei gekündigt. *»Erneut standen wir vor dem Nichts, kratzten die letzten Gelder zusammen und beauftragten ein Makler-Büro mit der Suche nach geeigneten Geschäftsräumen (...) In Düsseldorf fand sich nichts. (...) In einer Kleinstadt (...) um Düsseldorf (...) konnten wir (...) ein stark restaurierungs- und renovierungsbedürftiges Gebäude (...) ab dem 15. Oktober anmieten.«* Die notwendigen Instandsetzungskosten sollen 30.000 DM betragen. Damit scheint der finanzielle Kollaps des Projektes einherzugehen: *»Dies übersteigt bei weitem die finanziellen Möglichkeiten von uns. Wir haben für die »Modernen Zeiten« (...) unser gesamtes erspartes Geld investiert, und sogar bei unseren vorherigen Arbeitsstellen gekündigt. Wir setzten alles auf die »Modernen Zeiten«, und nur durch die linke Antifa darf das (...) Unternehmen nicht am Ende sein«*. Die Büroräume in der Jägerstr.4 in Düsseldorf sind tatsächlich gekündigt worden und die gute Arbeit der Antifa war daran nicht unschuldig, der endgültige Räumungstermin ist Ende März dieses Jahres. Lange Zeit wurden jedoch die alten Räume noch weiterbenutzt. Die neuen Büroräume im Süden von Düsseldorf sind inzwischen bezogen. Angeblich wurde der erste Spendenaufruf massiv befolgt und somit war die Renovierung der Räume möglich. Da aus der Szene aber noch viel mehr rauszuholen ist, wurde gleich nochmal auf die Tränendrüse gedrückt und der Spendenaufruf erneuert.

Bei »Skull-Records« haben inzwischen fast alle erkannt, daß sie nur den Profit im Auge haben. Es ist so nur noch eine Frage der Zeit, bis das auch bei »Moderne Zeiten« (*»einer der wenigen, die mit Skull noch Geschäfte machen«*, A. Gängel, ESV) erkannt wird und sie die entsprechende Abfuhr erfahren.

Bleibt abzuwarten, ob die Zeiten vorbei sind, in denen *»Hinterweltler«* in instandgesetzten Büroräumen davon träumen, eine Zeitung zu machen, geschweige denn die Welt neu zu ordnen. ■

Danke für Material und Mitarbeit geht an:
ABiDoZ (Rothenburger Str. 106, 90439 Nbg.),
TERZ (Stattzeitung, Mulvanystr. 38, D'dorf)
und andere Leute aus D'dorf und Wuppertal



Roma in Europa

Im September 1992 unterzeichneten die Innenminister der Bundesrepublik und Rumäniens ein Abkommen »über die Rücknahme von sich illegal in Deutschland aufhaltenden rumänischen Staatsbürgern«. Mit der Unterzeichnung dieses Abkommens hat sich die Bundesrepublik ein Instrumentarium geschaffen, das ihr ermöglicht, die 40.000 in der Bundesrepublik lebenden Roma nach Rumänien abzuschieben. Zum wiederholten Mal in der Geschichte zeigt es sich hier, daß es wieder einmal die »Zigeuner« sind, denen sich der deutsche Staat entledigen will. Verfolgt und fast vollständig vernichtet von den Nationalsozialisten, werden sie jetzt wieder Zielscheibe von Rassismus und staatlicher Repression.

Doch die Verfolgung der Roma greift auf eine noch viel längere Geschichte zurück. Hierüber einen Überblick zu verschaffen ist das Ziel des vorliegenden Artikels.

Die Geschichte von Sklaverei liefert bis heute einen Schlüssel für das Verständnis der gegenwärtigen sozialen und politischen Situation der Roma – ähnlich, wie die Sklaverei entscheidend ist für das Verständnis der Geschichte und Probleme der Schwarzen in Amerika.

Die Vorfahren der Roma und Sinti* stammen ursprünglich aus Nordwest-Indien. Ihre Sprache, das Romanes, ist bis heute mit indischen Sprachen verwandt. Sie hielten sich längere Zeit in dem Gebiet zwischen Indien und Europa auf und zogen auf verschiedenen Wegen von Osten nach Westen. Die Flucht einzelner Gruppen von Roma geschah stets, um Leibeigenschaft und Verfolgung zu entkommen.

Die Sklaverei hinterließ ihre Spuren. Fehlende Bildung, Arbeitslosigkeit, Vorurteile und aggressive Haltung der Mehrheitsbevölkerung bestimmen die Lebenssituation der Roma.

Fünf Flucht-Wanderungen

Historisch betrachtet kann man die Flucht-Wanderungen der Roma in Europa in fünf Etappen unterteilen.

Ihre Ankunft in Europa hing mit der islamischen Eroberung Nordindiens zusammen (9./10. Jhdt). Roma wurden als Sklaven in das byzantinische Reich verschleppt. So erreichten die ersten Roma Europa wahrscheinlich als Gefangene.

1. Das Gebiet zwischen Griechenland und Ex-Jugoslawien war etwa bis zum 15. Jahrhundert die Heimat von Roma-Gruppen.

Die *erste* Westwanderung von Roma im späten 14. Jhdt. wurde wohl durch das Eindringen der Osmanen und die Zerstörung dieser Region ausgelöst. Bis zum Ende des Jahres 1417 hatten zahlreiche kleine Gruppen von Roma – unter der Leitung je eines Führers – auch Deutschland durchquert.

Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß die Vorfahren der Sinti sich unter diesen Gruppen befanden.

Die Mehrzahl der Gruppen blieb jedoch in Osteuropa, wo ihre Nachfahren die verschiedenen Roma-Gruppen bildeten. Jahrhundertelang wurden die Roma-Familien als Eigentum von Fürsten, Grundbesitzern und Kirchen weitergereicht. Familienverbände bildeten oft zugleich Berufsgruppen, aus denen sich manche Gruppennamen herleiten: Kalderascha (rumän. Kesselschmiede), Lovara (ung. Pferdeführer) usw.

Aufgrund der sozio-ökonomischen Zustände im Europa des 15./16. Jhdts. veränderte sich eine vorherrschende relative Toleranz gegenüber Roma zu einem Konflikt zwischen den armen, nichtseßhaften Gruppen und der privilegierten, seßhaften Bevölkerung. Im 16. Jhdt. begannen die systematischen Verfolgungen der Roma und Sinti durch die Staatsmacht, die durch die Kirche unterstützt wurde: Verbannung, Gefängnisstrafen und Todesurteile waren in vielen Regionen an der Tagesordnung. Bis ins 18. Jhdt. hinein wurden sie, ebenso wie die Jüdinnen und Juden, beschuldigt Kinder zu entführen,



sie ihren Göttern zu opfern und nicht selten meldete man auch den Vorwurf des Kannibalismus.

2. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte man in Mitteleuropa die *zweite* große Flucht-Wanderungsbewegung der Roma. Nach dem Frieden von Adrianopel 1829 und der schwindenden Macht des osmanischen Reiches wurden schätzungsweise 200 000 Roma befreit, deren Vorfahren u.a schon seit dem 14. Jhdt als Sklaven des Staates, der Großgrundbesitzer oder der Kirche ihr Leben fristeten. Während die europäischen Aufklärer den Sklavenhandel in Amerika anprangerten, wurden vor der eigenen europäischen Haustür hunderttausende Roma in Sklaverei gehalten, vor allem in den verschiedenen Provinzen Rumäniens und Bulgariens. Nach der entgültigen Abschaffung der Sklaverei, 1864, machten sich Teile der nun freien Roma auf den Weg nach Westen. So entstand der Mythos vom »Wandertrieb des nomadisierenden Zigeunervolks« – eine Verquickung von Romantisierung, Verachtung und Mißtrauen, die bis heute in der öffentlichen Meinung über das »fahrende Volk« vorherrscht.

Da ihnen der Zugang zu Bildung und beruflicher Qualifikation verwehrt wurde, blieben sie sozial ausgegrenzt. Sie konnten die Staatsangehörigkeit der Länder, in denen sie sich aufhielten, nicht erwerben und wurden daher nach kurzer Zeit wieder ausgewiesen und abgeschoben.

Wie bei der ersten Wanderungswelle fanden auch diesmal die Migrationen in kleinen Gruppen statt. So verteilten sich die verschiedenen Roma-Gruppen über ganz Europa. Darüberhinaus wanderten viele Familien nach den USA, Südamerika, Mexiko, Südafrika und Australien aus.

3. Schon ab den 20er Jahren unseres Jahrhunderts wurde »der Zigeuner« als potentieller Verbrecher betrachtet. Vor der Zeit des Nationalsozialismus wurden durch rassistische Gesetzgebungen die Existenzgrundlagen der Roma zerstört. Doch erst die Pläne der Nationalsozialisten, durch die die vollständige Vernichtung der »Zigeuner« angestrebt wurde, führten fast zum Ethnozid. Die genaue Zahl der zwischen 1940 und 1945 in den Konzentrationslagern umgekommenen und durch Einsatztruppen ermordeten Sinti und Roma ist noch heute umstritten. Die Angaben schwanken zwischen 220 000 und 600 000.

Nach 1945 verließen viele Roma Osteuropa, um sich in Westeuropa niederzulassen, einige der überlebenden Sinti kehrten in ihre Heimatstädte zurück. Sie mußten in der BRD versuchen, ohne jegliche Dokumente ihre ehemals deutsche Staatsbürgerschaft zu beweisen. Diese aussichtslose Situation dauerte Jahrzehnte an, und erst in den 70er Jahren gelang es einigen Sinti ihre deutsche Staatsbürgerschaft zurückzuerhalten. Vielen Personen dieser *dritten* »Migration« fehlt bis heute eine Daueraufenthaltserlaubnis der Länder, in denen sie sich niederließen.

Es gab nach dem Krieg zwar in der Bundesrepublik Deutschland keine staatlich gelenkten Vernichtungsmaßnahmen, jedoch weiterhin Verfolgung von offizieller Seite. Zudem kam die Praxis der Wiedergutmachungsverfahren einer zweiten Verfolgung gleich.

4. Die Unterdrückung von Roma in den sozialistischen Ländern (Assimilationsdruck, Ausschluß aus Berufsausbildung und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen genauso wie offener Rassismus) führte in den späten 60ern, frühen 70er Jahren oftmals zu einer *vierten* Auswanderung. Roma verließen die Länder, in denen eine relative Reisefreiheit herrschte: Jugoslawien, aber auch Polen und Rumänien. In den beiden letztgenannten Ländern waren diese Gruppen einer starken Verfolgung durch den Staat ausgesetzt. In Jugoslawien herrschte unter Roma extreme Armut.

Auch kamen Roma zu der Zeit im Zuge der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer als Staatsangehörige verschiedener Länder nach Westeuropa, um hier zu arbeiten.

5. Eine *fünfte* Migration von Roma begann nach dem Zusammenbruch sozialistischer Systeme in Osteuropa in den Jahren 1991/92. Vor allem Roma aus Rumänien suchten einen Platz zum Überleben. Ethnischen Spannungen und wiederholte Übergriffe auf Roma-Gemeinden führten in vielen Regionen zu Panik. Staatliche Institutionen sind nicht in der Lage, Schutz und Sicherheit zu garantieren. Oftmals weigern sie sich einzugreifen oder nehmen sogar aktiv an gegen Roma gerichteten Pogromen teil.

So nannte der rumänische Premierminister, Jelu Voika, die Roma »die Plage Bukarest« und im Juni 1990 verwüsteten vom Präsidenten Iliescu aufgehetzte Bergarbeiter das Roma-Viertel Bukarest: sie »plünderten, vergewaltigten Frauen, schlugen Männer, Frauen und Kinder; 200 Menschen wurden willkürlich verhaftet.«

(zit. nach: Pro Asyl: Roma in Europa – verfolgt und verdrängt, 2.Auflage, Frankfurt/M. 1992)

In den vergangenen Jahren versuchten viele Roma in die BRD zu flüchten.Doch in der BRD sind diese Flüchtlinge unerwünscht. Die Gemeinden versuchen sie sich gegenseitig zuzuweisen. Anwohner eines Asylheims z.B. machten Skinheads 1990 in Essen das Angebot, 5000 DM demjenigen zu zahlen, der Zigeuner umbringt.

Auch von staatlicher Seite aus haben die Roma nicht die Möglichkeit eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis zu erlangen, da die BRD trotz der beschriebenen Menschrechtsverletzungen davon ausgeht, daß die Roma in Rumänien keiner staatli-

chen Verfolgung ausgesetzt sind. Roma haben daher kaum eine Chance als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Darüber hinaus gelten die Roma als staatenlos und verfügen weder über Ausweispapiere noch über die zur Beantragung von Asyl notwendigen Visa. Als staatenlose flüchten die Roma aus der Sicht der BRD nicht aus ihrem Heimatland, sondern aus Ländern, im denen sie als eine ausgegrenzte Minderheit verstreut leben. Schon die Befragungspraxis während des Asylverfahrens bezieht diese spezifische Situation der Roma als Minderheit nicht ein. Hilfeleistungen bei dem Verfahren werden erschwert, da keine anerkannte Vertretung konsultiert werden kann. Vorurteile einzelner Beamter und Behörden wirken oft negativ auf die Fallbearbeitung ein.

Gegenwärtige Situation

Es gibt folglich verschiedene Gruppen von Roma:

– seit Generationen **seßhafte** Roma

– Roma, die seit der Aufhebung der Leibeigenschaft ohne Anspruch auf Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsrecht **heimatlos** sind

– Roma, die aus wirtschaftlicher Not zur Wanderung getrieben werden, »**Saisonwanderer**«

– Roma, die in den 60er und 70er Jahren als **ausländischer** Arbeitnehmer nach Westeuropa kamen

– Roma, die als **Flüchtlinge** vor Diskriminierung und Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen und in westeuropäischen Ländern Asylanträge stellen

Heute leben in Europa zwischen 10 und 12 Millionen Roma und Sinti. Trotzdem sie als einziges europäisches Volk keinen territorialen Zusammenhalt haben, haben die Roma ihre kulturelle und ethnische Eigenständigkeit beibehalten.

Seit vielen Jahren ist in zahlreichen Empfehlungen und Entschließung des Europarats und des Europäischen Parlaments die Lage der heimatlosen Roma Gegenstand von Debatten. Die europäischen Gremien haben jedoch keine Kompetenzen, um die Umsetzung ihrer Beschlüsse zu bestimmen. Den europäischen Aufrufen folgen keine Taten. Die jeweiligen Regierungen der europäischen Länder zeigen keine Bereitschaft, die Ursachen der Flucht-Wanderung zu erkennen und im Sinne der betroffenen Menschen zu handeln.

In Deutschland versucht die offizielle Politik die Roma als Volk totzuschweigen. Roma und Sinti sind bislang nicht als ethnische Minderheit anerkannt. Die BRD hat als einziger europäischer Staat die Resolution 62 der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5. März 1992 mit dem Titel »Schutz der Roma« nicht unterzeichnet. Gleichzeitig finanziert die Bundesregierung für Roma errichtete »townships« in den Ghettos osteuropäischer Staaten.

Die Genfer Konvention als Ausweg

In der Anwendung der Genfer Konvention sieht die Roma-Selbstvertretung »Rom & Cinti Union« (RCU) einen möglichen rechtlichen Ausweg aus dem Teufelskreis der Ausgrenzung, Vertreibung und Zwangsnomadisierung, der das Schicksal der heimatlosen Roma ist.

Bislang wurde den Roma das Recht verweigert, sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention zu berufen. So wird internationales Recht gebrochen. Denn als einziges bindendes internationales Statut in Bezug auf Flüchtlinge und Staatenlose hat die Genfer Konvention von 1951 gesetzlichen Charakter in den meisten europäischen Staaten. Die Konvention fand bisher keine Anwendung auf heimatlose und de facto staatenlose Roma. Ihre Anwendung wurde jedoch bisher niemals eingeklagt. Würde dieses geschehen und die Klage Erfolg haben, wären die Roma nicht mehr von der Anerkennung als politische Flüchtlinge abhängig, sondern hätten bezugnehmend auf die Genfer Flüchtlingskonvention das Aufenthaltsrecht in denen von ihnen gewählten Ländern. – Vielleicht ein erster Schritt zur rechtlichen Anerkennung der Roma und Sinti als Angehörige einer verfolgten Minderheit und vielleicht ein erster Schritt zur Gleichstellung dieser Menschen. ■

* Anmerkung: Als Roma bezeichnen sie sich selbst. Der Name »Rom« (= »Mensch«) geht auf den indischen Stammesnamen »Dom« zurück. Dieser Name geriet jedoch im Volksmund der Invasoren, unter denen sich viele Türken befanden, in Vergessenheit. Stattdessen gab man ihnen die alttürkische Bezeichnung »tschigan«: »Arme Leute«, »Habenichts«. Daraus wurde in den europäischen Sprachen »tsigan«, auf Deutsch: »Zigeuner«. »Zigeuner« werden sie nur von Nicht-Roma genannt. Sinti nennen sich die seit 600 Jahren in Deutschland lebenden Roma. Die Roma unterscheiden sich von den Sinti vor allem dadurch, daß sie eine walachisch geprägte Form des Romanes sprechen, das vom Romanes der Sinti – das viele deutsche Lehnwörter enthält – stark abweicht.

(Zusammengestellt aus Veröffentlichungen der Rom & Cinti Union Hamburg, Simon-von-Utrecht Straße 85, 20359 Hamburg)



Grenzabschottung:

Deutsche Diktate gegen skandinavische Länder

Mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts hat die BRD bekanntlich ihr Flüchtlings»problem« auf ihre Nachbarstaaten abgewälzt. Polen und Tschechien wurden durch deutschen Druck dazu gezwungen, abgeschobene Flüchtlinge »zurückzunehmen«. Ihrerseits wälzen diese Staaten das »Problem« auf ihre weiter östlich gelegenen Nachbarländer ab. Weniger bekannt ist, daß in Skandinavien ein ähnliches System instaliert wird.



Deutsche Behörden schieben Flüchtlinge nach Dänemark ab. Die dänischen Behörden vertreiben diese Menschen dann weiter nach Schweden, von wo aus sie über Dänemark eingereist sind. Derart von Deutschland zum Handeln gezwungen, wird Dänemark nun wieder Paßkontrollen im Grenzverkehr zu Schweden durchführen. Damit weicht es von der Nordischen Paßunion ab, derentsprechend zwischen skandinavischen Ländern keine Pässe kontrolliert werden.

Die deutschen Behörden verlangen darüberhinaus von schwedischen Fähr- und Busunternehmen die Kontrolle der Reisedokumente ihrer Passagiere. Damit werden diese privatwirtschaftlichen Unternehmen zu Hiwis des deutschen Grenzschutzes gemacht, unter Androhung der Übernahme der Kosten für den »Rücktransport« von Leuten, die keine gültige Einreiseerlaubnis haben (immerhin 2000-30.000 Deutschmark).

Damit nicht genug: »...die schwedischen und dänischen Reedereien (sollen) die Autos sortiert an Bord nehmen: Wagen mit 'unverdächtigen, nordischen' Passagieren sollen in den deutschen Häfen zuerst an Land fahren; danach wollen die deutschen Grenzer sich konzentriert den 'fremdländischen' widmen.« (Tagesspiegel, 19.1.'94). Damit auch alles nach deutschen Wünschen klappt, werden deutsche Grenzer schwedische Kollegen und Reedereipersonal in die deutschen Bestimmungen einweisen.

Vermutlich ebenfalls auf deutschen Druck verschärft auch Finnland seine Asylpraxis. Jedenfalls ist die populistische Methode der Ausnutzung des Rassismus mit Sicherheit nach deutschem Vorbild angelegt. Diese rassistische Hetze, namentlich gegen Flüchtlinge aus Rußland und dem Baltikum, kann wahrscheinlich an älteren finnischen Hass gegen Russen und Rußland anknüpfen. Am selben Tag, als der deutsche Druck auf Schweden und Dänemark in die deutsche Presse kommt, schließt Finnland mit sofortiger Wirkung seine Grenze zu Rußland (vgl. taz, 21.1.1994). Flüchtlinge aus Rußland und Estland können demnach ohne Prüfung der Asylgründe abgewiesen werden. Geplant ist von der regierenden Mitte-Rechts-Koalition auch eine Abweisung durchreisender Flüchtlinge; der Beschluß hierzu ist vorläufig verschoben worden. Propagandistisches Mittel ist die Behauptung, es gäbe einen »Asyltourismus«. Wie die taz herausstellt, wird eine derartige Agitation seit letztem Herbst in allen skandinavischen Ländern betrieben. In Finnland wurden schon seinerzeit die Prüfungsverfahren beschleunigt, so daß die Argumentation nurmehr propagandistische Funktion und keinen wahren Kern mehr hat. Wie hierzulande werden Asylsuchende für die angeblich steigende Kriminalität verantwortlich gemacht. Die taz betont, daß einreisende Kriminelle in aller Regel über Geschäftsvisa verfügen und völlig legal einreisen. Gemeint ist vorallem Prostitution, so daß die rassistische Hetze gleichzeitig mit sexistischen Vorurteilen verknüpft wird. Statt die finnischen Freier oder die Zuhälter – sofern Osteuropäer sind sie wiederum zumeist im Besitz gültiger Visa – verantwortlich zu machen, werden osteuropäische Frauen als »kriminell« gebrandmarkt.

Diese Tendenzen in Skandinavien deuten darauf hin, daß Deutschland sich nach seinem osteuropäischen Vorhof nun auch einen im Norden schafft.Erzwingen kann Deutschland diese Kollaboration durch seine enorme Wirtschaftsmacht in Europa. In der dänischen Bevölkerung gibt es ein verbreitetes Gefühl, Dänemark sei heute nicht mehr als eine deutsche Kolonie. Den osteuropäischen Ländern ist die Kollaboration durch angedeutete Versprechen schmackhaft gemacht worden, wer brav mitmache, komme irgendwann in die EG. Wer nicht mitmacht, kriegt auch keine Wirtschaftshilfe. Schweden ist vor seinem möglichen EG-Beitritt in ähnlicher Weise erpreßbar.

Zur Durchsetzung seiner expansiven Interessen in Osteuropa hat Deutschland die Auflösung bestehender Staaten und Föderationen vorangetrieben. Das Ausschwenken Dänemarks aus der Paßunion könnte eine deutsche Politik andeuten, die nun auch zur Destabilisierung des skandinavischen Staatenverbundes führt. Die europäischen »Randstaaten« werden zurechtgemacht, damit die Kernmacht Deutschland sie häppchenweise verschlingen kann... ■

(Stand: Januar '94)



LeserInnen-briefe

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.

Hallo!
Erst einmal vielen Dank für hoffentlich immer aktuellen Lesestoff! Trotz allem möchte ich doch etwas Kritik äußeren, nämlich zu Eurem **»Nazi-Rock« in Ausgabe 25.** Im Vorwort des Artikels schreibt Ihr von rechtsradikalen Strömungen in verschiedenen Musikrichtungen. Im Metal gibt es dieses sicherlich (Type-O-Negative etc.), aber im Punk oder Hardcore davon zu sprechen entbehrt jeder Grundlage. Da ich mich selber dieser Szene zugehörig fühle, würde ich eine ausgewogenere Berichterstattung begrüßen. Sicherlich gibt es auch im Punk/Hardcore immer schwarze Schafe, diese werden aber sozusagen Szeneintern geoutet. Gerade für AntifaschistInnen, die sich mit eben dieser Musik nicht so auskennen, erscheint nun ein völlig falsches Bild der Undergroundmusik. Punk/Hardcore mit seinem antifaschistischen Grundgedanken mit Nazi-Rock in einem Atemzug zu nennen, ist gelinde gesagt ein böser Fehler. Und nicht jeder junge Mensch, der gerne (weil zweckmäßig) Tarnklamotten und kurze Haare (weil bequem) trägt, ist ein Fascho.
Mit der Hoffnung auf Besserung in den nächsten Ausgaben verbleibe ich mit freundlichen Grüssen **A. H.**

Hallo A. H.!
In unserem Artikel heißt es: »Ein Großteil dieser Musik (Nazi-Rock) wird von rechtsradikalen Skinheads gemacht, aber auch im Metal-, Hardcore-, Punk-, sogar Gruftie-Spektrum gibt es rechtsradikale Strömungen« Und genauso ist es leider auch. Du gibt's mir ja sogar recht (»im Punk/Hardcore immer schwarze Schafe«), die sicher vorhandene, sehr starke ungleichmäßige Verteilung erkennt man ja daran, daß wir über Bonehead-Musik 4 Seiten geschrieben haben, Punk/Hardcore hingegen lediglich in einem Nebensatz erwähnt haben. Vielleicht schreiben wir ja mal was über Nazi-Punks, davon gibt's in England und auch in der BRD einige. So gibt es durchaus auch Punk-Bands, die in Zeitungen wie »Moderne Zeiten« (s. Art. in dieser Ausgabe) und »Europa Vorn« gefeiert werden, sicher nicht wegen Ihrer antifaschistischen Grundeinstellung. Tut mir leid, daß ich Deine »Hoffnung auf Besserung« nicht erfüllen konnte. ***Die Red.***

Betr.: Info Nr. 25, S. 6, Foto Mitte:
Der Kamerad in Bomberjacke und schönem Hemd, mit deutschem Scheitel – beidseitig eingehakt – ist Dirk Zimmermann aus Leipzig. FAP-Führer Ortsverband Leipzig, DA-Mitglied, vorgesehen zur Leitung des MEK-Ost Bereich Leipzig. Literaturhinweis: Burkhard Schröder, »Rechte Kerle«: Dort ist Zimmermann (23 Jahre alt), eingehakt mit Polacek, in Bayreuth 91 und anderen Leipzigern zu bewundern.

Hallo Antifas,
In Ergänzung zum Artikel im INFO 25 (**Deutsche Kulturgemeinschaft**), schicken wir euch die Unterlagen über die »17.Gästewoche« des 'Fördervereins der Vereinigung der Opfer des Stalinismus' (VOS). Hierbei handelte es sich um einen weitere Organisationsbezeichnung der von euch beschriebenen Scharnierorganisation des NS-Faschismus, Deutsche Kulturgemeinschaft.
Als Vorsitzender der VOS fungiert ein Gerhard NÖLLER aus Leipzig. Geredet haben praktisch die selben Leute, wie im Juni 1993 in Saalfeld, nur ging das Programm der 150 angereisten Faschos nicht so reibungslos über die Bühne. An einem Tag stand eine Besichtigung Leipzigs auf dem Nazi-Kalender, doch die Faschos konnten gar nicht aus dem Bus aussteigen. Antifas scheuchten die zum Schutz abkommandierte Wiking Jugend durch die Gegend und wackelten ein bißchen am Bus.
Die Gästewoche fand im Naumburger Ratskeller statt und es waren nur geladene Gäste erwünscht. Der Claudius-Männerchor der Stadt Naumburg sollte für die alten und neuen Waffen-SS-Fans Heimatliches von sich geben, aber nach einem Blick ins Programm der Gästewoche sagte der Chor den vertraglich zugesagten Auftritt ab.
Viele Grüße, **Antifas aus Sachsen**

Liebe GenossInnen!
Euren Versuch einer **Darstellung** der ideologischen Grundlagen und strukturellen Verbindungen **der »Neuen Rechten«** im Antifa Infoblatt halte ich für sehr gelungen. Besondere Bedeutung kommt dabei, meines Erachtens, der Auseinandersetzung mit der Ideologie und daraus resultierend, mit der Terminologie solcher periodischen Publikationen wie der »Jungen Freiheit«, der »Mut« oder der »Nation und Europa« zu.
Die »Nationalzeitung« Frey's als faschistisch zu klassifizieren, ist auch mit einem Blick möglich. Deren Sprache und Inhalte haben sich auch in dreißig Jahren nicht geändert.
Schwerer wird das schon bei der »Jungen Freiheit«. Beginnend mit dem Politikteil (wo sich das neu-Rechte Gedankengut oftmals hinter einer allgemeinen Politikerschelte verbirgt) über den Kulturteil bis zur Literaturbeilage für die Buchmesse muß man/frau schon genau hinsehen.
Dort werden unter der Maßgabe, daß sich die Politikfelder links/rechts aufgelöst hätten, faschistoide und biologistische Interpretationen angeboten, welche in ihrer Tragweite zu erfassen höchste Konzentration und eine möglichst genaue Bestimmung des eigenen politischen aber auch philosophisch/weltanschaulichen Standortes erfordert. Diese Bestimmung fällt jedoch auch der radikalen Linken schwer (s. »Türcke Debatte« um den »KONKRET«-Kongreß). Hier reicht es ganz offensichtlich nicht mehr, das Moral- und Sittengeschwafel der Fichter's, Enzensberger's und Reiche's auseinander zu nehmen. Vielmehr ist darauf zu achten, wer und wie sich Journalisten und PolitikerInnen zu Begriffen wie »Nation«, »Kulturidentität« usw. äußern.
Der Ausbreitung rechten Gedankenguts ist, so scheint mir, nur mit Erfolg entgegen zu treten, wenn mensch nicht nur moralisch-emotional argumentieren kann, sondern den Faschos aller Coleur auf vielen Ebenen mit wirklich fundiertem Wissen begegnet – unabhängig von Art wie mensch sie bekämpft.
Für Eure weitere Arbeit wünsch ich Euch viel Kraft und Ausdauer
liebe antifaschistische Grüße **M.B.**

Liebe GenossInnen!
Bei der Recherche zu dem **Situationsbericht** in der Stadt **Brandenburg/Havel**, ist euch offensichtlich ein Fehler unterlaufen (INFO 25).
Im November 1989 fand in Brandenburg nicht die Gründungsversammlung der Nachfolgeorganisation der NF, 'Direkte Aktion – Mitteldeutschland', statt. Vielmehr wurde das auf dem Originaldokument genannte Datum (9.11.89) nachgetragen. Mir und auch anderen AntifaschistInnen der Stadt, welche sich damals mit diesen Dingen auseinandersetzten, sind diese Vorgänge unbekannt. Es fehlen schlußendlich auch die Beweise für diese Gründungsversammlung. Wann und wo diese Versammlung stattfand, steht weiterhin im Dunkeln. So bitte ich im Interesse der Wahrheitsfindung um eine Richtigstellung.
Viele Grüße

Liebe/r BrandenburgerIn!
Für den Fehler im Brandenburg-Artikel möchten wir uns entschuldigen. Aufgrund eines Mißverständnisses in der Produktion der Zeitung, ist die nicht überarbeitete Version des Artikels gedruckt worden. Deshalb haben wir auch mehrere tausend Exemplare der Zeitung geschwärzt, da der Artikel eine weitere unrichtige Passage enthielt. Anzufügen bleibt hier, daß die Abkürzung »JF«, für Direkte Aktion Mitteldeutschland, sich laut Parteienlexikon, von dem Namen der 1982 verbotenen JUNGEN FRONT (JF) ableiten läßt.
Die JF war die Jugendorganisation der VSBD, der unter dem Vorsitz des heutigen FAP-Vorsitzenden FRIEDHELM BUSSE Teil der illegalen NSDAP war. Aufgrund weitgehender ideologischer Übereinstimmungen zur 1985 gegründeten NF, kann diese Organisation als ihr Vorläufer bezeichnet werden. Diese Truppe wurde 1982 nach einem vereitelten Banküberfall verboten. ***Die Red.***

Hallo!
... wobei wir gleich beim Thema wären. Ich möchte mich bei Euch dafür bedanken, daß Ihr mich mit Eurer Zeitung immer gut informiert, ehrlich gesagt kann ich es nie erwarten, daß endlich das neue Info erscheint. Leider vermisse ich Artikel über Ökofaschismus, das ist ein Thema, das mich zur Zeit brennend interessiert. Eine Bücherliste oder so könntet Ihr ja mal abdrucken. Wäre echt toll! Ich weiß ja nicht, wie es bei Euch aussieht, aber es wäre schön, wenn Ihr öfter erscheinen könntet.
Das wäre es dann auch, macht weiter!!
Mit antifaschistischem Gruß, M.

Broschüren, Zeitschriften und Bücher

Aktionshandbuch gegen Rassismus

»Aktionshandbuch gegen Rassismus«. Kölner Appell e.V., Edition Der Andere Buchladen, 86 S., A5, 8,- DM.

Was tun gegen den alltäglichen Rassismus, gegen brennende Flüchtlingsheime und brandschatzende Schreibtischtäter? Der Kölner Appell hat zu diesem Thema ein Handbuch herausgegeben. Sicher bleiben auch nach der Lektüre dieses Buches immer noch Fragen offen, doch es gibt viele Anhaltspunkte.
Der erste Teil befaßt sich mit den eigenen Forderungen (Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland, doppelte Staatsbürgerschaft, Antidiskriminierungsgesetz usw.), der zweite Teil mit möglichen Aktionen gegen den Rassismus (Schutz organisieren, Zivilcourage, Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus, Öffentlichkeitsarbeit, interkulturelle Arbeit, Vernetzung usw.) und der dritte Teil mit den praktischen Fragen der Schaffung einer Initiative (Finanzierung, Arbeitshilfen, Adressen, Zeitschriften, Bücher, ReferentInnen, usw.)
Soweit zum Inhalt. Wir stimmten mit den Ansichten des Kölner Appell öfters nicht überein, z.B. in der Gewaltfrage. Auch bei den Fragen der Schaffung einer Initiative geht es mehr um öffentliche Ini's, die dann z.B. auch ganz andere Möglichkeiten der Finanzierung (staatliche, EG-Gelder) haben und nicht um die Schaffung unabhängiger Antifa-Gruppen. Wer sich also in dieser Hinsicht Tips und Anregungen holen will, ist mit diesem Buch gut beraten.
Bestellungen und Infos: Kölner Appell e.V., Wahlenstr. 1, 50823 Köln.

AIDA – Infobulletin

AIDA – Infobulletin, Januar 94, AIDA München, 50 S., A4, 3,- DM + 3,- Porto.
Die Münchener »Antifaschistische Informations-, Dokumentations-und Archivstelle« (AIDA) gibt seit dem Januar 1994 in Bulletin heraus, »irgendwo zwischen Flugblattsammlung, Pressespiegel und Infobörse«.
Der Inhalt besteht größtenteils aus gesammelten Zeitungsartikeln über alles, was so in München und Bayern an faschistischer und antifaschistischer Arbeit gelaufen ist.
Ergänzt wird es durch Flugblätter, Plakate, Einladungsschreiben, Presseerklärungen usw. antifaschistischer Gruppen, einer Liste des neuzugegangenen Materials (sowohl linkes wie rechtes) des Archivs und einer Münchener Adressenliste von verschiedenen antifaschistischen/antirassistischen Initiativen.
Dieses Bulletin könnt Ihr Euch nach Hause schicken lassen, für ein Jahr kostet das 60,- DM, für ein halbes Jahr 30,- DM.
Die Adresse ist: A.I.D.A., Postfach 430 147, 80731 München, Tel: 089/407540, Fax: 089/45067041.

Der Prozeß gegen Bögelein & Kielhorn

»Geschichte wird gemacht, Der Prozeß gegen G. Bögelein & K. Kielhorn«. Autonome Infogruppe Kiel & AG Bögelein Neumünster, 52 S., A5, 4,- DM.
»Diese Broschüre soll allen Interessierten an dem Prozeß gegen die beiden Antifaschisten und ehemaligen DDR-Bürger G. Bögelein und K. Kielhorn einen kurzen, aber umfassenden Überblick geben. Sie schließt an unsere Broschüre »Gegen das Vergessen –Freiheit für G. Bögelein« vom September 1992 an. Dieser Text ist die überarbeitete und ergänzte Fassung unseres Veranstaltungsmanuskriptes, mit dem wir von 1992/93 auf bundesweit über 50 Veranstaltungen von dem Prozeß und seinen Hintergründen berichteten.« (aus den Vorbemerkungen der Broschüre)

G. Bögelein & K. Kielhorn wurde vorgeworfen, in einem russischen Kriegsgefangenenlager den Wehrmachtsrichter Erich Kallmerten ermordet zu haben. Die bundesdeutsche Justiz, die sich in voller Kontinuität zur Justiz des Nazi-Deutschlands sieht, sann auf Rache, konnte diese aber 40 Jahre nicht verwirklichen, da die beiden Angeklagten in der DDR lebten.
Im Dezember 90 wurden die beiden verhaftet, 1 Jahr später begann der Prozeß und endete mit einem Freispruch für Kielhorn und einer Verurteilung von Bögelein. Durch die Haftbedingungen und durch fehlende Medikamente verschlechterte sich Gerhards Gesundheitszustand erheblich, kurz vor seinem absehbaren Tod bekam er noch Haftverschonung und starb dann in März 1993.

Die Broschüre gibt einen guten Überblick über die Ermittlungsmethoden, den Prozeß und den Umgang mit diesem Justizskandal.

Zu bestellen ist sie bei: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431/577056 für 4,- + 1,50 Porto, ab 10 Ex. 3,20 + 2,50 Porto, ab 20 Ex. 2,80 + 4,50 Porto.

Fuldaer Ansichten

»Fuldaer Ansichten«. Nr.1 / Okt. 93, 44 S., A4.
Da haben wir es ja mal wieder geschafft, völlig unaktuell mit einer Broschüren-Ankündigung zu sein. Ist halt etwas problematisch bei der 3monatigen Erscheinungsweise.

Bei der Broschüre handelt es sich um eine Zusammenstellung von Presseartikeln, amtlichen Schreiben, Gedächtnisprotokollen, antifaschistischen Veröffentlichungen und Flugis rund um den Hess-Aufmarsch am 14.8.93 in Fulda.

Von der Broschüre waren 4 Teile geplant, die zusammen für 15,- DM (incl. Porto) bei folgender Adresse bestellt werden können:

Fuldaer Ansichten, Postfach 105, 36001 Fulda.

Ich war bin dabei

»Ich war bin dabei«, Werfende Verbindung, Anarcho Randalia!, 48 S., A4, ?? DM.

Es gibt einige Themen, mit denen beschäftigt sich die halbe Antifa-Szene, weil sie gerade modern sind und dann gibt es Themen, die eigentlich genauso wichtig sein sollten, oftmals aber hinten runter fallen. Solch ein Thema sind z.B. die Burschenschaften. Wer also seine Wissenslücken auf diesem Gebiet auffüllen will, dem sei diese Broschüre empfohlen. Es geht um die Wurzeln der Burschenschaften, deren Verhältnis zu Weimarer Republik und NS, ihre heutigen Verbindungen, Aufbau, Zusammenarbeit mit Beispielen und um prominente Mitglieder, welche man gerne vergißt und welche, die man gerne hervorhebt u.v.a.m.

Zu bestellen bei: Anarcho Randalia!, c/o Antifa-Archiv OS, Postfach 1211, 49002 Osnabrück.

Multimillionär Frey u. seine DVU

»Multimillionär Frey u. seine DVU«. Autonome Infogruppe Kiel, 64 S., A4, 6,- DM.

Diese Broschüre baut auf der vor 1 1/2 Jahren erschienen Broschüre über die DVU auf. Die Artikel wurden überarbeitet, ergänzt und vervollständigt. So bietet sie einen Überblick über die Biographie von Gerhard Frey und die Entwicklung der DVU, deren »Engagement« in den verschiedenen Landtagen und Gebieten, die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen und Parteien der Faschisten, den Unterschied zwischen Freys Verlautbarungen in Sachen Sozialpolitik und seiner Mietenpolitik in seinen Mietshäusern u.v.a.m.
Die DVU wird ohne Zweifel im Wahljahr 94 eine wichtige Rolle spielen, diese Broschüre gibt Anregungen und Material für eine antifaschistische Arbeit gegen die zu erwartende Wahlwerbung der DVU.
Sie ist zu bestellen bei Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431/577056 für 6,- + 1,50 Porto, ab 10 Ex. 4,80 + 4,50 Porto, ab 20 Ex. 4,20 + 6,- Porto oder zu den gleichen Bedingungen bei unserer Adresse.

antifa-info

»antifa-info«, Nr.5 / Januar 94, 48 S., A4

Die neueste Ausgabe dieses regionalen Antifa-Infos mit dem Schwerpunkt der FAP in Halstenbek dokumentiert antifaschistische Aktionen, die dagegen gelaufen sind, und benennt die Verantwortlichen für den Faschoterror. Der zweite Schwerpunkt liegt beim Thema Organisierung. Dazu sind Texte der AA/BO, von F.e.I.S. und der Antifa Quickborn und ein längerer Artikel zum Thema »Inhalte antifaschistischer Politik« veröffentlicht. Alles in allem eine inhaltlich gut abgerundete Nummer, ein **ein-**

heitliches Layout und deutlichere Fotos würden die Lektüre des Infos allerdings angenehmer gestalten.
Zu bestellen für 4,- DM + Porto bei: antifa-info, Kreis Segeberg-Pinneberg / Nord - HH, c/o Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Das Rechte Netz Rhein-Neckar

»Das Rechte Netz in der Region Rhein-Neckar und Rhein-Hessen«, 56 S., A4, 6,- DM.

»Die ... Broschüre ist die chronologische Fortsetzung und Erweiterung (der Broschüre »Lauter Einzeltäter – das braune Netz in der Rhein-Neckar-Region«). Denn seit die letzte Kerze der Lichterkette verlöscht ist, sind die ausländerfeindlichen Übergriffe unvermindert fortgesetzt worden.« (aus dem Vorwort)

Sehr umfangreich und ausführlich wird über alle Richtungen der FaschistInnen berichtet, die in der Region vertreten sind. Es geht los mit Gruppen und Organisationen (ANK, Anti-Antifa, Nazi-Bands »Tonstörung« und »Sperrzone«, NF und Nachfolge, Nordische Jugend, IHV, Skinheads, Hooligans), geht weiter mit den rechtsextremen Parteien DL, NPD, DVU, REP und Deutscher Arbeitnehmerverband bis hin zur Braunzone (Junge Union, Liste unabhängiger Studenten, Forum 90, Christliches Konservatives Deutschlandforum, rechte Juristen, Evangelikale, Lebensschützer, Österreichische Landsmannschaft). Auch wenn die Broschüre unter dem lokalen Aspekt zusammengestellt wurde, sind doch viele Sachen auch bundesweit zutreffend und somit ist sie auch außerhalb der Region sehr stark zu empfehlen. Die Broschüre wird eingeleitet mit einer Chronik des Jahres 1993. Das am Schluß befindlichen Namens- und Organisationsregister macht die Broschüre zu einem sinnvollen Nachschlagewerk.

Die Broschüre ist erhältlich für 6,- DM + 2,- Porto, ab 10 Ex. 5,- DM + 2,- Porto bei:
Pumuckl, Stichwort »Rechtes Netz«; L 14, 6; 68161 Mannheim.

Der 9.November

Die AA/BO veröffentlichte anläßlich der Aktionstage zum 9.11.1993 ein kleines »Flugbuch«. In den Abschnitten »1918 – Revolution in Deutschland«, »1923 - Putschversuch der Faschisten« und »1938 – 'Reichskristallnacht'« wird der Zusammenhang zwischen diesen Daten aufgezeigt. Der Text unter dem Titel »1989 - Fall der Mauer« versucht einige ökonomische, soziale und politische Tendenzen im vereinigten Deutschland aufzuzeigen.

In professionellem Layout – angelehnt an zwei Hefte der Autonomen Antifa (M)/Göttingen – haben hier die Mitgliedsgruppen der AA/BO ein erstes gemeinsames, inhaltliches Produkt veröffentlicht.

Die geschichtliche Darstellung bleibt leider darauf beschränkt, Ereignisse in ihrem Ablauf nachzuzeichnen. Prozesse, gesellschaftliche Strukturen und die Funktion vieler dargestellter Fakten kommen zu kurz. Als Ansatz zur Aufarbeitung deutscher Geschichte von links kann das Flugbuch zu Diskussionen beitragen. Insbesondere macht es die Absicht deutlich, die hinter der Thematisierung des 9.11.1918 steht. Diese hatte im letzten Jahr zu Mißverständnissen und Auseinandersetzungen geführt (s.Info Nr.25).

Preis 2,- DM; Stichwort: »Geschichte wird gemacht!«. Autonome Antifa (M) c/o Buchladen, Rote Str.10, 37073 Göttingen.

Die Zeitung für Jugend und Subkultur

»Tacheles, Die Zeitung für Jugend und Subkultur«, 44S., A4, 1,-DM

Diese Zeitung ist eine Jugendzeitung aus Kassel in Zusammenarbeit mit Leuten/Gruppen aus der Region Bodensee/Südbaden. Die thematische Palette umfaßt verschieden Bereiche, die Zeitung ist bemüht, »ein Sprachorgan für lobbylose Jugendgruppen und freie Jugendliche zu bieten«.

Sie ist zu bestellen bei: Tacheles/Ini. »Unser JuZe«, c/o Nebelhorn, Schottenstr. 3, 7750 Konstanz für 1,- DM + Porto.

Vordenker der Vernichtung

Das Buch liest sich wie ein Resümee aus den vorangegangenen Einzelstudien von den AutorInnen Götz ALY und Susanne HEIM. Die Arisierung Wiens, die Besatzung Polens, die Studien zu Helmut Meinhold und zur »T 4«-Aktion zur Euthanasie begegnen uns wieder im Rahmen einer übergeordneten Fragestellung. »*Wir beschreiben die Wechselbeziehungen von bestimmten Plänen und Taten, die ... darauf gerichtet (waren), dem Deutschen Reich und schließlich dem gesamten europäischen Kontinent neue politische, ökonomische und soziale Strukturen aufzuzwingen... Dies setzte den Krieg ebenso voraus, wie die Entrechtung und Enteignung von Menschen. Diese Pläne verbanden sich mit der aggressiven Ideologie des Nationalsozialismus zur politischen und militärischen Aggression.*« (9) Folgerichtig geht es den beiden um die Planungseliten im deutschen Faschismus, die die politischen Machthaber wie Himmler und Göring mit »wissenschaftlichen« Analysen beraten sollten. Insbesondere 1940-41 entfalteten diese Kreise eine rege Planungstätigkeit zur Gestaltung der »Neuen Ordnung«. Aus einer kaltblütigen mathematischen »Bevölkerungspolitik« wurde die Notwendigkeit zum Massenmord »errechnet«.

Hier vermittelt das Buch durch seine Gewichtungen stellenweise den Eindruck, diese Planungen seien verantwortlich für Auschwitz. Es geriet also nicht zufällig in die Auseinandersetzung darum, ob die NS-Vernichtungspolitik aus einer rassistischen Eigendynamik entstand, oder ob ökonomische Interessen zu Auschwitz führten.

Welche Einschätzung man auch in diesem Konflikt hat, das Buch liefert wichtige, z.T. bislang unveröffentlichte Dokumente und wird durch ein ausführliches Register und eine Chronologie 1938-42 zu einem immer wieder benutzbaren Handbuch. Einzelne Personen, Organisationen und Stichworte sind in gesonderten Kästen kurz erläutert. Dabei werden insbesondere auch Kontinuitäten nach 1945 aufgezeigt (was zur gerichtlich verordneten Tilgung einer Passage über Oberländer führte).

Ein Zwischen- und ein Endergebnis (276-299; 481-492) bieten eine genaue Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse. Die ausführliche Darstellung der Pläne, der Technokraten, die diese entwarfen – und zum Teil der NS-Ideologie eher distanziert gegenüberstanden – erinnern z.T. erschreckend an aktuelle Tendenzen, mit »errechneten« Sachzwängen bestimmte innenpolitische Zielsetzungen und Vorhaben in Osteuropa voranzutreiben. So muß heute besonders das Kapitel zur Europapolitik »'Menschenüberschuß' im Großraum« (331-364) interessieren. Die 20,- DM für die neu aufgelegte Paperback-Ausgabe (zuerst: 1991) sind also ein durchaus angemessener Preis.

Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/Main: Fischer 1993, 539 S., DM 19,90

Europastrategien

Im Vorfeld der Europa-Wahl in diesem Jahr legt der GNN-Verlag zusammen mit den »Politischen Berichten« eine Broschüre »Gegen den DM-Imperialismus – zur Kritik der Europastrategien von Konzernen, Regierungen und Faschisten der BRD« vor.

Die Broschüre knüpft inhaltlich an eine Reihe von Veröffentlichungen der »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« im Umfeld der letzten Europa-Wahl 1989 an, die leider vergriffen sind. In z.T. sehr ausführlichen Beiträgen beschäftigen sich 7 Autoren mit der Kontinuität der Ostexpansion des deutschen Kapitals, den aktuellen Unternehmungen des Kapitals in Osteuropa, der Unterhölung bürgerlicher Demokratie nach dem Maastricht-Vertrag – hier eine ausführliche Einschätzung des Verfassungsgerichtsurteils zu Maastricht – und der Pläne und Aussichten für einen europäischen Großraum.

Die These der Autoren ist, daß die EG bzw. ein von Deutschland beherrschter Großraum zunehmend nicht mehr durch Konsens herbeigeführt wird, sondern durch einfache Machtpolitik,durch Hegemonialpolitik und wirtschaftlichen Druck. Mit einer Reihe von Zitaten aus Kreisen der herrschenden Klasse wird deren aktuelle Europa-Politik dokumentiert.

Am Ende beschäftigt sich die Broschüre mit der faschistischen Europa-Politik: »Im Bündnis mit Kohl und Kinkel gen Osten«, insofern »die Bundesregierung eine solche Politik mitträgt und finanziert.« Diese Einschätzung deckt sich mit der des Infoblattes: »Bei der Eroberung der Ostgebiete ... besteht eine Interessengemeinschaft mit bürgerlichen Parteien, die auch in den kommenden Jahren dafür sorgen wird, daß die Nazis von diesem Staat gebraucht werden.« (Info Nr.25, S.46) Leider betrachten die Autoren vor allem die mitgliederstarken Wahlparteien DVU und Reps, am Rande allerdings auch Kreise der »Neuen Rechten« sowie die braune Ecke VDA-Vertriebenenverbände.

Die Broschüre liefert eine hervorragende Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situation, bleibt aber v.a. beschreibend. Unbefriedigend ist, daß außer einigen Bausteinen für eine linke Anti-Währungsunion-Argumentation, keine konkreten Eingriffsmöglichkeiten und Widerstandsformen diskutiert werden.

Layout und Sprachstil erfordern einige Konzentration beim Lesen, die sich aber allemal lohnt.

Lötzer (Hrsg.) u.a.: Gegen den DM-Imperialismus. Beiträge zur Kritik der Europastrategien von Konzernen, Regierung und Faschisten der BRD, November 1993, 48 S., DM 5,-.

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Zülpicher Str.7, 50674 Köln.



Die Ergebnisse der italienischen Kommunalwahlen vom Dezember vergangenen Jahres veranlaßte die sogenannten 'fortschrittlichen Kräfte' zum Jubeln. Anlaß dazu schien die Tatsache, daß die Koalitionen um die Nachfolgepartei der früheren KPI, die 'Demokratische Linkspartei' (PDS), ihre Kandidaten im zweiten Wahlgang beinahe in allen Wahlbezirken ins Bürgermeisteramt bringen konnten. Ob der Jubel bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse dieser Stichwahlen jedoch noch als gerechtfertigt erscheint, bleibt die Frage.

Geschichten aus Italien

Versuch einer Einordnung: Beziehungen zwischen Mafia, Geheimbünden, Faschisten und Geheimdiensten/Militär.

So ist die sezessionistische 'Liga' (deren Chef BOSSI vom Industriellenverband der Region Latium unterstützt wird) im Norden des Landes überall stärkste Partei geworden. In zwei Dritteln der Lombardei, Piemonts und Venetiens stellt sie den Bürgermeister und auch in denjenigen Städten, in denen sich die Kandidaten der 'Fortschrittlichen' durchgesetzt haben (Genua, Venedig, Triest) erhielten sie immerhin noch bis zu vierzig Prozent der Wählerstimmen. Und selbst in Mittel- und Süditalien, wo es zwar den KandidatInnen um die PDS gelang, den Sieg zu erringen (Rom, Neapel) wurde die neofaschistische Partei der 'Sozialbewegung Italiens' MSI mit Abstand stärkste Partei mit Stimmenanteilen bis über dreißig Prozent. Dagegen kam die PDS nirgendwo über die zwanzig Prozent-Marke. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die 'klaren' Siege eigentlich doch wohl eher knapp ausfielen (Rom 47:53, Neapel 44:56).

Doch warten wir es ab. Immerhin waren es zwanzig Prozent der Stimmberechtigten Italiens, die ihr Votum abgeben durften und die Fragen, ob es sich bei diesen Wahlen um bloße Protestwahlen, Wahlen um das 'kleinste Übel' oder Ausdruck rechtsextremer oder gar faschistischer Gesinnung der italienischen Wählerschaft handelte, werden womöglich bald ihre Antwort finden. Und zwar bei den für Ende März/Anfang April diesen Jahres angesetzten Parlamentswahlen.

Traditionelle Beziehungen

Einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Parlamentswahlen muß der Aufdeckung von Verbindungen zwischen Freimaurerlogen, Faschisten, Mafia und Geheimdiensten/Militär zugeschrieben werden. Diese sonst in der Öffentlichkeit – und ganz besonders hier in der BRD – als voneinander getrennt dargestellten 'Gruppierungen' bilden in Wirklichkeit ein eng verflochtenes Netzwerk der Zusammenarbeit und Organisierung. Und das mit Tradition.

Im Laufe der Ermittlungen gegen die NATO-Geheimdienstorganisation 'stay behind' (GLADIO) im Jahre 1990 (s. Info 14) wird ein Bericht der US-amerikanischen Botschaft in Rom an das 'State Department' aus dem Jahre 1949 aufgefunden. Darin wird erklärt, wie unter dem damaligen Innenminister SCELBA eine 'Spezialpolizei' für den anti-kommunistischen Kampf aufgebaut wurde, »... unter Verwendung von Abteilungen der ehemaligen faschistischen Geheimpolizei (OVRA) auf der strukturellen und organisatorischen Ebene«. Diese Organisation bestand also schon vor Unterzeichnung des formellen Geheimvertrages zwischen CIA und dem italienischen Geheimdienst SIFAR (Nachrichtendienst der Streitkräfte) im November 1956.

Der Unterzeichner dieses Vertrages war kein Geringerer als General DE LORENZO, der von 1972 bis zu seinem Tode



Donatella DI ROSA, italienische Faschistin, spricht von Putsch Ende '93/Anfg. '94

1973 als neofaschistischer Abgeordneter im Parlament saß. Und dieser General war es auch, der 1964 durch einen Putschplan mit dem Namen 'piano solo' in die italienische Geschichte einging. Unter seiner Regie und tatkräftig unterstützt vom CIA gelang es, einen 'Staat im Staate' zu installieren mit dem Konzept der Besetzung von Schlüsselpositionen bei Carabinieri, Geheimdiensten, Parteien und Presse.

Trotz der späteren Umgruppierung der Geheimdienste blieb jedoch das erreichte Machtpotential bestehen und der Dauerkontakt zu den Faschisten wurde beibehalten. 1966 wird der SID (Nachrichtendienst der Verteidigung) als SIFAR-Nachfolger geschaffen. Denselben Namen trug



Der Faschist Gianni NARDI, wieder auferstanden von den Toten?

auch ein Geheimdienst der faschistischen Republik. Als 1970 ein Journalist einer sizilianischen Zeitung verschwand, ergeben die Untersuchungen, daß er wegen seiner Kenntnisse über die GLADIO-Gruppe 'X-Mas', die schon während des Faschismus als Kampfgruppe aktiv war, umgebracht wurde. Außerdem wurden bei CIA-Mann HARVEY – der für die Beziehungen CIA-SIFAR zuständigen war – und im CIA-Archiv in Rom Namen von faschistischen, paramilitärischen Organisationen gefunden, die schon seit längerer Zeit ihre Zusammenarbeit anbieten.

Beteiligung von Geheimdiensten an Terroraktionen

Eines der wohl schrecklichsten Zeugnisse einer solchen nachweislich bekannten Zusammenarbeit ist der Bombenanschlag von 1980 auf den Bahnhof von Bologna , bei dem 85 Menschen getötet und 200 verletzt wurden.

Die Liste der Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Faschisten, deren Attentaten viele Menschen zum Opfer fielen, ist lang und reicht bis ins Jahr 1993. Als im Juli letzten Jahres drei Bomben in Mailand und Rom explodierten und 5 Menschen das Leben kosteten, bekannte sich eine Gruppe 'falange armata' (bewaffnete Phalanx) zu den Anschlägen. Diese Gruppe wurde der Öffentlichkeit gegenüber zuerst als »...bisher unbekannt...« und »...Gruppe von Spinnern...« abgetan. Doch solchen Aussagen steht entgegen, daß es in den letzten drei Jahren keinen großen Bombenanschlag in Italien gegeben hat, zu dem sich nicht die 'falange armata' in anonymen Anrufen bekannt hätte. So unbekannt waren sie also doch nicht. Es ist anzunehmen, daß es sich bei der Phalanx, die sich selbst als 'nationalrevolutionär' bezeichnet, um einen Ableger des 'Bewaffneten Revolutionären Stoßtrupps' (NAR) handelt. Dieser Gruppe, die in den siebziger Jahren besonders aktiv war, wurden gute Beziehungen zu den italienischen und deutschen Geheimdiensten nachgesagt.

Zumindest die Beziehungen zu den italienischen Geheimdiensten scheinen sich jetzt wieder zu bestätigen. Im Oktober '93 ist es das erste mal gelungen, ein Mitglied der 'falange armata' festzunehmen. Die Stimme des 56-jährigen ranghohen Beamten des Justizministeriums wurde eindeutig als eine derjenigen identifiziert, die in den letzten drei Jahren Anschläge für die falange reklamiert haben. Außerdem wurden zehn Mitarbeiter der SISMI (militärische Inlandsaufklärung des Geheimdienstes SISDE) entlassen, unter dem Verdacht, für die falange telefoniert zu haben. Einige weitere Dutzend SISDE-Mitarbeiter stehen unter Beobachtung und etwa 300 stehen unter Verdacht.

Ebenfalls im Oktober '93 ergab sich ein weiteres Indiz der Beteiligung von Geheimdiensten an Terroraktionen. Diesmal jedoch in Zusammenarbeit mit der Mafia! So wurde im Schnellzug 'Ätna-Pfeil' zwischen Palermo und Turin eine Sprengstoffladung ohne Zünder gefunden. Ob nun allein die Tatsache, daß eine Bombe, die zur Zeit ihres Auffindens keinen Zünder trägt, ein Indiz dafür ist, daß sie gar nicht explodieren soll, bleibt zu bezweifeln. Jedenfalls wurde dies so der Öffentlichkeit präsentiert.

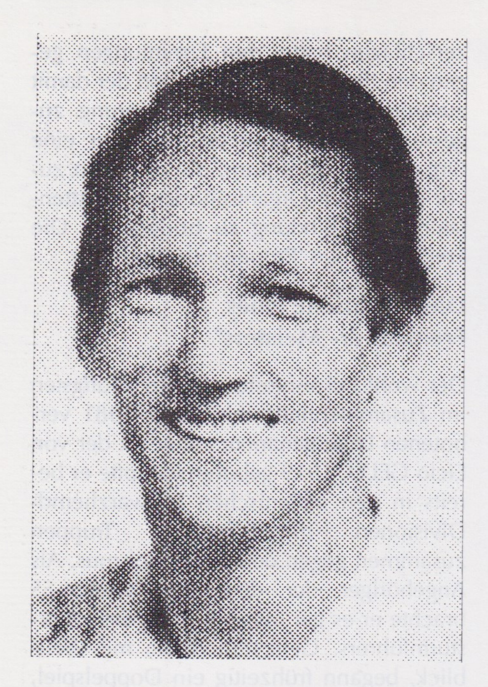
In diesem Zusammenhang wurden Mitte Oktober '93 zwei Angehörige der Camorra festgenommen, die behaupteten, im Auftrag des Geheimdienstchefs Augusto CITANNA gehandelt zu haben. Der wiederum verweist auf Auftraggeber in den höheren SISDE-Etagen. Demzufolge sollen die Chefs von Citanna von einer Zusammenarbeit mit der Mafia gewußt haben. Dies läßt Erinnerungen wach werden an die Verhaftung des damals dritthöchsten SISDE-Mannes, Bruno CONTRADA im Jahre 1992. Dieser soll jahrelang den Schutz von Salvatore ('Toto') RIINA, dem 'Boss der Bosse', gewährleistet und dessen Clan die Informationen gegeben haben, die die Ermordung des Mafia-Jägers FALCONE ermöglichten. Riina soll, nach Aussagen neuerer, junger Mafia-Aussteiger, Chef einer weltweit organisierten Dachorganisation sein.

Diese Dachorganisation verbindet die unterschiedlichsten Gruppierungen, vom Drogen- und Waffenhandel bis hin zu 'Ehrenmännerzirkeln' bzw. Freimaurerlogen. So ließ der erste große 'Kronzeuge' der Mafia-Prozesse, Tommaso BUSCETTA, verlautbaren, daß General DALLA CHIESA, der 1982 in Palermo ermordet wurde, bereits drei bis vier Jahre früher ermordet werden sollte. Dalla Chiesa hatte sich, nachdem er den 'Linksterrorismus' zerschlagen hatte, den Ermittlungen gegen den 'Rechtsterrorismus' und der damit zusammenhängenden Organisierung zugewandt. Unter anderem nahm er eine Organisation aufs Korn, die mit allen zuvor genannten Organisationen und Attentaten in Verbindung zu bringen ist. Die Freimaurerloge 'Propaganda Due' (P2).

Die Machtfülle eines Freimaurer-"Meisters"

Der wohl bekannteste und am häufigsten im Zusammenhang mit dieser 1981 verbotenen Loge genannte Name ist der von Licio GELLI. 1919 geboren kämpfte er bereits in den italienischen Schwarzhemd-Divisionen mit Francos Truppen zusammen gegen den Kommunismus. Als Angehöriger der deutschen Waffen-SS brachte er es gar bis zum Rang des Obersturmführers. Gelli, ein Mann mit Weitblick, begann frühzeitig ein Doppelspiel, indem er mit den Partisanen, die er eigentlich aufspüren sollte, zusammenzuarbeiten begann. Mit dem Versprechen, nach Kriegsende weiterhin als Spion für die Kommunisten zu arbeiten, rettete er vor einer antifaschistischen Spruchkammer sein Leben.

Kaum wieder frei, begann er sofort einen Nazi-Fluchtweg, die sogenannte 'Rattenlinie' nach Süd-Amerika zu organisieren. Über eben diesen Weg gelang auch Klaus BARBIE, dem 'Schlächter von Lyon' die Flucht. Barbie wurde damals von der Vorgängerorganisation des CIA, des 'Counter Intelligence Force' (CIC) unterstützt. Barbie fungierte übrigens später auch im Rahmen der deutschen 'stay behind'-(Gla-



Friedrich SCHAUDINN, Sprengstoffexperte im Dienste italienischer Faschisten

dio)-Vorgängertruppe 'Technischer Dienst' als Rekruteur von Ex-Nazis und Mitgliedern des 'Bundes Deutscher Jugend' (BDJ). 1954 setzte sich Gelli selbst über seinen Rattenpfad nach Argentinien ab, wo er sich rechtsextremen Gruppen anschloß.

Als Freund von General PERON wurde er schließlich zu dessen Berater, was ihn nicht hinderte, nach Perons Flucht der neuen Junta zu dienen und so seinen Einfluß auf fast ganz Süd-Amerika auszuweiten. Über Kontakte in Rumänien spionierte er sogar für die Sowjet Union. Nachdem er 1972 zusätzlich zur italienischen die argentinische Staatsbürgerschaft erwarb, schickte ihn die Regierung als ihren Wirtschaftsberater nach Italien, wo er vorrangig Waffenkäufe tätigte. Um auch in Italien seinen Machtbereich ausweiten zu können war Gelli bereits 1963 in eine Freimaurerloge eingetreten. Binnen kurzer Zeit brachte er es zum 'Meister' und erhielt so die Berechtigung, eine eigene Loge zu führen. So entstand die Loge 'Raggruppamento Gelli P2' (P für Propaganda, Name einer Freimaurerloge aus dem 19. Jahrh.). Gellis Ziel:

"Alle Macht der Rechten !"

Dies beinhaltete die Besetzung aller wichtigen Machtpositionen in Staat und Gesellschaft mit Männern rechter Gesinnung und letztendlich bedeutete es die totale politische Kontrolle. Für den Fall, daß die Kommunisten an die Macht kämen, würde man auch nicht vor einem Staatsstreich zurückschrecken.

Gellis Zuversicht, daß seine Bestrebungen von den Westmächten honoriert würden, wurde belohnt. Die P2 erhielt von Anfang an Unterstützung vom CIA. Um das Machtpotential zu verdeutlichen, das Gelli geschaffen hat und um einmal von dem Bild des 'Alte Herren-Verein' wegzukommen: Allein in Italien (P2 existiert international!) gehörten der P2 Geheimdienstchefs, hochrangige Militärs (Armeekommandanten, 30 Generäle, 18 Admirale), Polizeichefs, Minister, Journalisten, Politiker sowieso, Industrieführer, Fernseh- und Mediengewaltige, Bankiers etc. an. Und als einziger kennt Gelli alle Namen auf der Mitgliederliste.

Ein Name auf dieser Liste, der heute wieder Schlagzeilen macht, ist der von Silvio BERLUSCONI, einem mit Hilfe der P2 vom kleinen Bauunternehmer der 70er Jahre zum Chef des zweitgrößten Medienkonzern Europas aufgestiegenen Logenbruder. Berlusconi unterstützte bei den Regionalwahlen '93 den von der MSI in Rom nominierten Bürgermeisterkandidaten Gianfranco FINI. Und mit Gründung seiner neuen Partei 'Forza Italia' (Vorwärts Italien) liebäugelt er hinsichtlich der Parlamentswahlen '94 mit der rassistischen 'Lega Nord'.

Viele der P2-Mitglieder wurden durch Erpressung, worin Gelli ein Meister ist, angeworben und bei der Stange gehalten. Der italienische Geheimdienst SISMI (Nachfolgeorganisation der SID) geht von ca. 3.000 Mitgliedern aus, Gelli selbst hat 2.400 angegeben. Europas Geheimdienste sind sich einig darin, daß die meisten P2-Mitglieder noch unbekannt sind und daß dazu rund 300 der mächtigsten Personen der Welt zählen. So sind derzeit, nach Aussagen des Mafia-Aussteigers CALDERONE, fast alle Mitglieder des Mafia-Leitorgans 'cupola' Logenmitglieder. Und bereits im Oktober '81, als die Loge P2 aufflog, fanden sich auf sichergestellten Listen die Namen fast aller Geheimdienst-Chefs, sowohl derer, die unter 'Gladio' gearbeitet hatten, als auch die Chefs der Nachfolgeorganisationen. Böse Zungen sprechen gar dem ehemaligen Ministerpräsident ANDREOTTI eine Führungsrolle in der P2 zu. Doch die ihn belastenden Dokumente verschwanden flugs hinter den Mauern des geheimen Staatsarchivs in Rom.

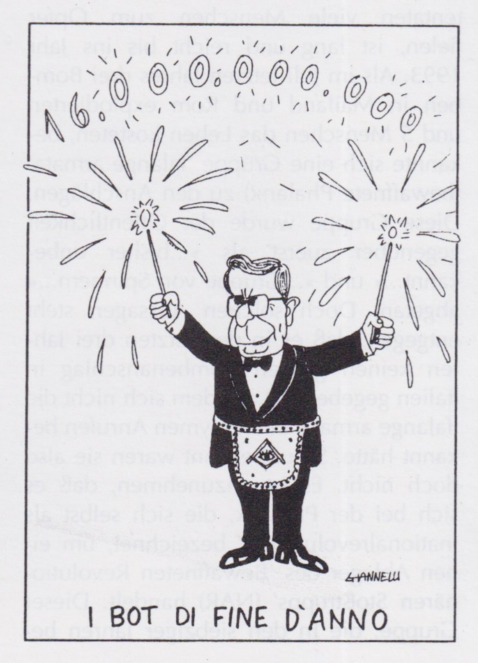
Und so verwundert es auch nicht, daß putschwütige Gladio-Mitglieder, die 1972 die Stunde X für gekommen hielten und deswegen von ihren Kameraden entwaffnet wurden, ebenso fast alle Mitglieder der P2 waren. Ebensowenig überrascht der Umstand, daß bei dem tödlichen Bombenanschlag von 1991 auf Richter FALCONE der 'Großmeister' einer Freimaurerloge, der neben vielen Prominenten Mitgliedern der Oberschicht auch führende Mafiosi angehören, die Finger im Spiel hatte.

Putschpläne

Vor diesem Hintergrund erscheinen dann die Putschgerüchte vom Herbst letzten Jahres, gestützt auf die Aussagen der, nach eigenen Aussagen seit sieben Jahren aktiven Faschistin, Donatella DI ROSA doch nicht so abwegig, wie es zuerst dargestellt wurde. Erhärtet werden ihre Beschuldigungen von den Aussagen des italienischen Vertreters der internationalen Söldnerorganisation 'soldiers of venture' vor der Staatsanwaltschaft, denen zufolge er von einem für seine Kontakte zu rechtsradikalen Organisationen bekannten Piloten der Luftwaffe angesprochen worden war, ob er nicht 100 Mann stellen könne, um eine Fernsehstation zu stürmen.

So soll General Franco MONTICONE, Kommandierender der 'schnellen Eingreiftruppe', zusammen mit einem Dutzend weiterer hoher, faschistisch orientierter Offiziere einen Putsch für Ende letzten bzw. Anfang diesen Jahres geplant haben. An diesen Treffen nahm neben Di Rosa auch ihr Ehemann Aldo MICHITTU, Luftwaffenoffizier und seit 25 Jahren aktiver Unterstützer faschistischer Organisationen, teil. Weiterhin beteiligt gewesen sein sollen der Waffenschieber und für den Anschlag auf den Schnellzug '904' im Jahre 1984 Mitverantwortliche Friedrich SCHAUDINN, sowie der angeblich 1976 auf Mallorca als tödlich verunglückt gel-

Licio Gelli, genannt 'il burattinaio' (der Puppenspieler) hält auch heute noch alle Fäden fest in der Hand.



tende italienische Faschist und millionenschwere Erbe des gleichnamigen Rüstungsunternehmens, Gianni NARDI.

Letzterer mußte in den 70er Jahren aus Italien fliehen, wo ein Haftbefehl wegen Mordes an einem Polizisten gegen ihn erlassen wurde. Nardi entkam mit Hilfe des Vatikans nach Spanien, wo er dann bei einem Autounfall umgekommen sein soll. Für den Wahrheitsgehalt von Di Rosas Aussage, Nardi im Sommer 1993 gesehen zu haben, sprechen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Florenz wegen Waffenhandels und terroristischer Bandenbildung. Solcherlei Ermittlungen gegen Tote sind im allgemeinen unüblich. Und ganz zufällig sind die Berichte der spanischen Behörden an Interpol über die Leiche von Nardi 'verlorengegangen'. Laut Di Rosa soll Nardi mit einem Diplomatenpaß ausgerüstet sein.

Eine noch interessantere Rolle spielt der derzeit in Frankfurt/M. lebende Friedrich SCHAUDINN, der nach den Aussagen von Di Rosa zu den Treffen immer durch Militär-Limousinen von der Grenze abgeholt worden ist, wobei er italienische Militärkleidung getragen haben soll. Schaudinn hatte im Dezember 1984 per Funk die Bombe gezündet, welche bei Florenz im Schnellzug '904' explodierte und 15 Menschen tötete. Er wurde deswegen zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt. Während des Prozesses konnte nachgewiesen werden, daß Schaudinn den Anschlag im Auftrag der Mafia und rechtsextremer Gruppen ausgeübt hatte. Schaudinn gelang die Flucht, u. a. mit Hilfe eines von der deutschen Botschaft ausgestellten Passes.

Und hier schließt sich der Kreis. So bestätigten die italienischen Behörden kurz nach dem bereits erwähnten Anschlag auf die heiligen Uffizien in Florenz im Mai des vergangenen Jahres einen wahrscheinlichen Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Schnellzug '904'. Wir erinnern uns: Für den Anschlag in Florenz zeichnete die 'falange armata' verantwortlich.

Und zuguterletzt: Anfang diesen Jahres beschlagnahmte die Finanzpolizei Vermögenswerte in Höhe von umgerechnet 16 Millionen Mark, die auf verschiedene Konten verteilt waren und möglicherweise für die Putschvorbereitungen vorgesehen waren. Es waren dies die Konten von: Licio GELLI. ■

Quellen:
Zu Licio Gelli und P2: David A. Yallop: Im Namen Gottes?, München 84
Zu Putschplänen: ND 20.10.93, Corriere della Sera 18.10.93
Zu Schaudinn: Welt 6.2.93

Schweden

Briefbombe als Video getarnt

In der ersten Februarwoche 94 erhielt ein Mitglied des »Arbeiterverbundes Offensiv«, der auch in der Organisation »Koalitionen gegen Rassismus« in Stockholm aktiv ist, einen dicken Brief, der ohne Absender, aber in Stockholm abgestempelt war. Er war mißtrauisch, öffnete ihn aber trotzdem. In dem Brief war eine Videokassette mit einem Aufkleber »30. November«.

Diese Videokassette war eine Bombe, so groß, daß sie ihn sicherlich getötet hätte. Glücklicherweise spielte er das Video nicht ab, sondern übergab es der Polizei. Nach deren Aussage war diese Art von Bombe bisher einmalig für Schweden, möglicherweise weltweit, und technisch sehr ausgefeilt. Obwohl die Polizei von Mordversuch ausgeht, hat sie bisher keinerlei Spur des Absenders.

Zum 5. März wird in Stockholm eine Demonstration gegen faschistische Gewalt vorbereitet.

Wir suchen:
Leute und Gruppen, die das Info auf Büchertischen, in Kneipen, bei Konzerten oder Demos etc. weiterverkaufen.
Info-, Buch-, Zeitungsläden, die unser Info weiterverkaufen.
Und das in der ganzen BRD und auch in Berlin. Wir wollen an möglichst vielen Stellen erhältlich sein. Setzt Euch bitte mit uns in Verbindung. Wir allein sind damit leider überfordert und brauchen Eure Unterstützung. Das gilt auch für Berlin, wo der Vertrieb längst nicht alle möglichen Läden erfaßt.

Antifaschistisches INFO WEITERVERKAUFEN!!!

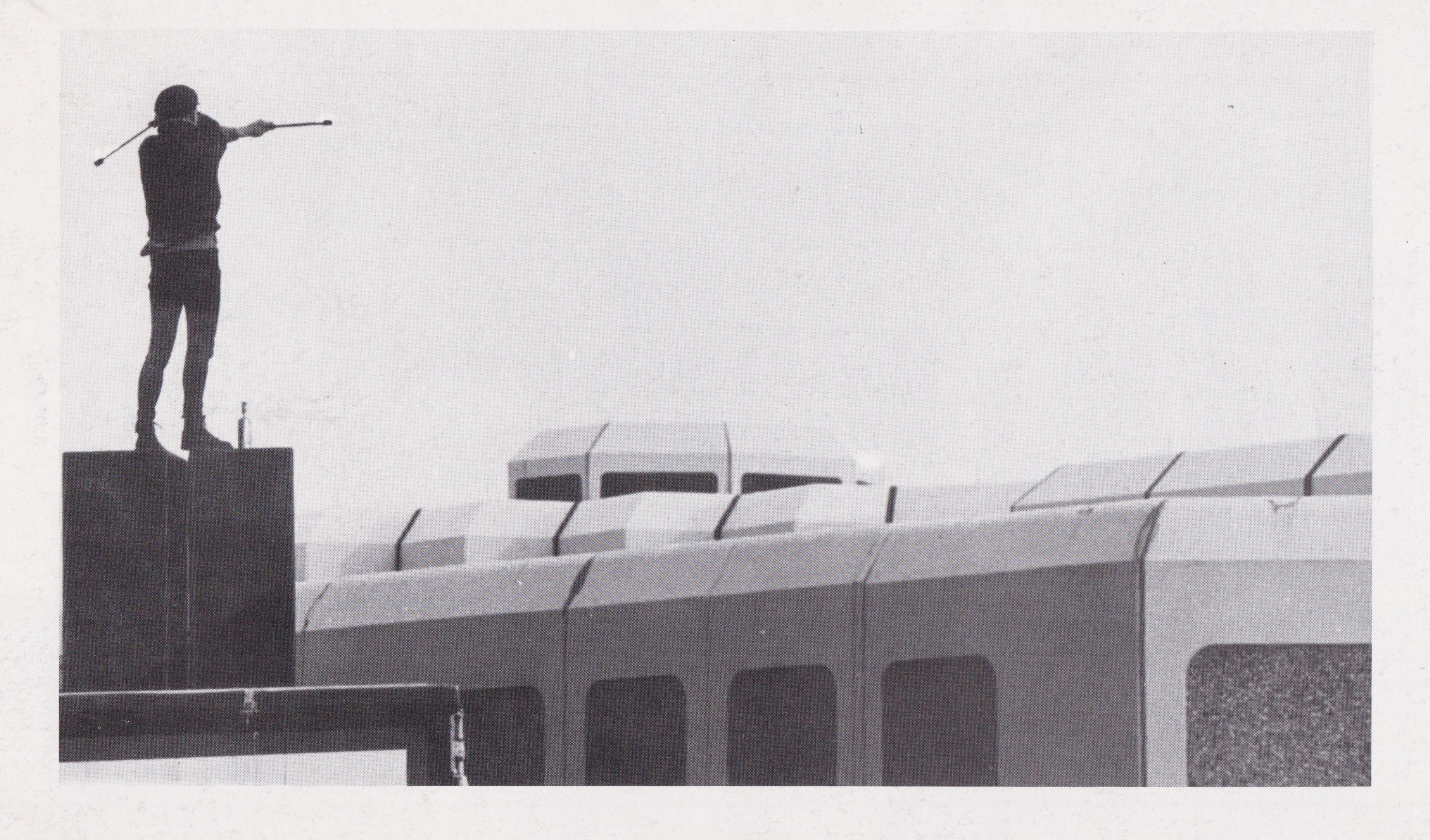
Wie geht's?
Ganz einfach: Ihr sagt uns, ab welcher Nummer Ihr wieviele Exemplare vom Antifa-Info zum Weiterverkaufen haben wollt. Ihr könnt nach jeder Ausgabe die Anzahl erhöhen oder verringern oder, wenn es nicht läuft, abbestellen.

Wie läuft die Bezahlung?
Wir verschicken die Exemplare mit beiliegender Rechnung, die Ihr nach Erhalt der Lieferung auf unser Konto überweisen könnt. Vorkasse ist gut, aber nicht Bedingung.

Zuviel bestellt?
Wenn Ihr einige Exemplare nicht verkauft, braucht Ihr sie natürlich auch nicht zu bezahlen. Dann sollten die entsprechenden Exemplare aber zu uns zurück gelangen. Ihr seht: Ihr geht kein Risiko ein, wenn Ihr mehr bestellt. Das ist besser als wenn Ihr immer nachbestellen müßt, wenn die Infos ausverkauft sind.

Preise:
Ab 3 Ex. 4,- DM, ab 5 Ex. 3,60 DM, ab 10 Ex. 3,20 DM pro Ausgabe. Alle Preise incl. Porto und Verpackung.

Unterstützt die verfolgten und



inhaftierten AntifaschistInnen!